

# saarbrücker hefte

Herbst 2004  
EUR 7,80

## 92 *Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft*

### Jubiläen durchgecheckt

Deutschland feiert  
seine Stars und Helden

### Nazi-Akten wiederentdeckt

Röchling huldigt  
seinem Führer

### Stadtautobahn versteckt

Blühende Landschaft  
inmitten der Stadt?

### Grammatik aufgedeckt

Das Saarländische  
unter der Lupe

### Weisheiten ausgeheckt

Neues vom kleinen  
Großmeister

### Sozialstaat abgespeckt

Morbides Saarland  
Pflege postmortal  
Gesundheit trinational  
Prävention ante portas  
Ethik und Genetik

### Literatur

Portrait Werner Reinert  
Erinnerungen eines  
Metzer Bürgers  
Kafka und die Weltliteratur

### Galerie

Malerei von Mane Hellenthal

### Rezensionen

Dury, Wettmann-Jungbluth



*saarbrücker hefte* Nr. 92, Herbst 2004

**Herausgeber:**

Verein Saarbrücker Hefte e. V.

**Redaktion:**

Bernhard Dahm, Achim Huber, Dietmar Schmitz,  
Herbert Temmes, Herbert Wender (v.i.S.d.P.)

**Redaktionsadresse:**

Hohe Wacht 21, 66119 Saarbrücken, Telefon / Fax: 06 81 / 58 54 18,  
e-mail: info@saarbruecker-hefte.de

**Postadresse:**

Saarbrücker Hefte, Postfach 102616, 66026 Saarbrücken

**Internet:**

www.saarbruecker-hefte.de

**Verlag:**

Pfau-Verlag, Postfach 102314, 66023 Saarbrücken,  
Telephon: 06 81 / 4 16 33 94, Fax: -95, e-mail: info@pfau-verlag.de

**Herstellung:**

Druckerei und Verlag Steinmeier, Nördlingen

**Layout:**

Uwe Loebens

**Verkaufspreis:**

Einzelheft EUR 7,80

Jahres-Abò EUR 11,80 (2 Hefte zuzüglich Porto)

Abo-Bestellungen an den Pfau-Verlag, Postfach 102314, 66023 Saarbrücken

Die Zeitschrift ist im Buchhandel erhältlich.

Einsendung von Manuskripten an die Postfachadresse der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

**Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:**

Jürgen Albers, Georg Bense, Bernhard Dahm, Ulrike Demske, Manfred Engel,  
Andreas Fiehn, Wolfram Henn, Hans Horch, Helga Hudler, Christel Kohls, Angela Mense,  
Wolfgang Reuter, Eckart Rolshoven, Dietmar Schmitz, Herbert Temmes, Elisabeth Thalhofer,  
Klaus Theweleit, Herbert Wender

**Abbildungen:**

Rudy Auer; aus: Vera Albrech / Albert Raasch, *Wörter französischen Ursprungs in saarländischen Dialekten*; aus: Ausstellungskatalog des Regionalgeschichtlichen Museums Saarbrücken *Von der Stunde Null zum Tag X*; Georg Bense; aus: Broschüre: *Saarbrücken. Stadtmitte am Fluss, Masterplan*; Conte Verlag; Mane Hellenthal; Herder Verlag; aus: Gerhard Seibold, *Röchling. Kontinuität im Wandel*; sr-online.de; Statistisches Bundesamt; Ullstein Bild

**Titelabbildung:**

Aus Privatbesitz, siehe auch Preisrätzel S. 4

ISSN 0036-2115

Für freundliche Unterstützung danken wir der Landeshauptstadt Saarbrücken,  
unseren Sponsoren Friedrich von Oppeln, Sparkasse Saarbrücken und Saarland Sporttoto GmbH,  
sowie unseren Werbepartnern.

*saarbrücker*  
**hefte**

*Herbst 2004*

**92** *Die saarländische  
Zeitschrift für Kultur  
und Gesellschaft*



*Erdrutsch im Saarland*

<b>Editorial</b>	
Krise. Welche Krise?	5
<b>Zeitgeschichte</b>	
<i>Elisabeth Thalhofer</i>	
Feste feiern im Gedenken. Zur Saison im Staatstheater Deutschland	7
<i>Hans Horch</i>	
Röchlings Verbrechen oder: Der deutsche Imperialismus vor Gericht	15
<b>Gesundheit und Soziales</b>	
<i>Wolfram Henn</i>	
Gesundheit – ein Menschenrecht?	29
<i>Herbert Temmes</i>	
Von explodierenden Ausgaben und implodierenden Thesen	33
<i>Andreas Fiehn</i>	
Gesundheitsmarkt Europa. Ein Vergleich der nationalen Gesundheitssysteme Deutschlands, Schwedens und Großbritanniens	37
<i>Eckart Rolshoven</i>	
Wie gesund oder krank sind die Saarländer?	
Zur gesundheitlichen Lage im Saarland	45
<i>Jürgen Albers</i>	
Expresß ins Nirwana. Das Glück des Sparens	48
<i>Herbert Temmes</i>	
Blick zurück auf einen verschleierte Generationenkonflikt	
Zur Lage der Sozialen Pflegeversicherung	49
<i>Christel Kohls</i>	
Straßenjugendliche und Gesundheit. Eindrücke und Reflexionen aus der Arbeit mit Jugendlichen auf der Straße	53
<i>Helga Hudler / Wolfgang Reuter</i>	
Mehr Gesundheit durch ein neues Gesetz? Eine Präventionsstiftung soll die Gesundheitsförderung voranbringen	54
<b>Satire</b>	
<i>Jürgen Albers</i>	
Der Wunsch und das Wesentliche. Die kastenlose Gesellschaft	57
<b>Geschichte(n)</b>	
<i>Philippe de Vigneulles</i>	
Von Seiltänzern, Prozessionen und heißen Wintermonaten	
Aufzeichnungen eines Metzger Bürgers	59
<b>Galerie</b>	
<i>Mane Hellenthal</i>	
Malerei	64
<b>Stadtplanung</b>	
<i>Angela Mense</i>	
Die geträumten Städte	69

## Literatur und Sprache

---

*Georg Bense*

Welchen Abschied werden wir nehmen?

Skizzen zu einem Portrait Werner Reinert 73

*Jürgen Albers*

Das Geheimnis von Samamo. Die Einheit von Ost und West

78

*Ulrike Demske*

Zu einer Grammatik des Saarländischen

79

*Herbert Wender*

Kafka am Schloß. Nachlese zu einem internationalen Kongreß  
im VHS-Zentrum des Stadtverbands

85

*Manfred Engel*

Franz Kafka, Der Proceß. Eine Einführung

89

## Rezensionen

---

*Dietmar Schmitz*

Leben in der Schachtel (Andreas Dury)

93

*Bernhard Dahm*

Saarländische Rechtsgeschichte (Peter Wettmann-Jungbluth)

94

## Autorinnen und Autoren

---

96

### National aufgestellt

#### Das Preisrätsel zum Titelfoto

Grimmige Entschlossenheit herrscht in Stadt (SPD/Britz) und Land (CDU/Müller). Entschlossen zu sparen, was das Zeug hält, ist man allerorten, und auch die öffentlich subventionierten Kulturträger sollen ihr Scherflein zum Scherf beitragen, auch wenn es ihr Zeug nicht aushält. (Deshalb schon hier die Bitte: Beachten Sie unseren Spendenaufruf nach S. 96!)

Kein Zweifel: Wir müssen uns auf schwierige Zeiten einstellen. Darüber hinaus muß man sich ganz im Ernst fragen, wie ernst es noch werden soll. Wird der alten Mehrheitsparole „Heim ins Reich!“ bzw. „Nix wie hemm!“ (jenseits und diesseits der Grenze spricht sich das ja verschieden; vgl. unseren Beitrag zur Grammatik des Saarländischen) schon bald eine neue Bedeutung zuwachsen? Wird auch die dünnere Linie verschwinden, wo einst eine kräftige Markierung diesen unseren Fleck auf der Landkarte vom Reichs- bzw. Bundesgebiet abgrenzte?

Auch im Fall des Falles wird die nationale Jubiläumskultur fortbestehen, und unser Beitrag zum Nationaltheater, der den Fußballjubiläum vor dem Anschluß aus der Perspektive von nach dem Anschluß behandelt, wäre um so passender. Ungebrochen wird aber wohl auch dann noch – vielleicht dann erst recht! – eine Minderheit bedauern, daß dieses Eckchen nicht mehr national sich präsentiert, weil unsere Funktionsebenen neu, und das heißt: weiträumiger national, sich aufstellen woll(t)en.

Jener bedauernden und bedauernswerten Minderheit ist das Rätsel dieser Ausgabe gewidmet, mit dem wir allen Leserinnen und Lesern, die so was mögen, zum Ende der alten Zeit noch eine, wenn auch kleine, Freude bereiten wollen.

Die Preisfrage: *Welche Nationalspieler zeigt das Foto auf der Titelseite?*

Der Preis: **Olympische Geschichte des Saarlandes**. Von Volker Bernardi, Martina Fischer u. Peter Meyer; erschienen im Gollenstein-Verlag.

Antworten bitte bis 31.3.05 an: Saarbrücker Hefte, Postfach 10 26 16, 66026 Saarbrücken. Bei mehreren richtigen Einsendungen (bzw. gleicher Anzahl richtiger Namenszuordnungen) entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. (hw)

# Inhaltsverzeichnis

## Krise. Welche Krise?

### Zeitschriften und andere Medien

Früher einmal saßen wir in den Lofts der Redaktion, anmutig hoch über der Stadt gelegen, lichtdurchflutet, geschmackvoll und doch dezent mit de Sede-Sofas, Vitra-Stühlen und Philipp-Starck-WC ausgestattet – nur der Carrara-Marmor (woher kam der gleich noch mal?) war uns schon zu wuchtig –, und wir haben uns oft gewundert, wieso nicht viel mehr Menschen sich danach drängen, mit uns eine eigene Zeitschrift in die Welt zu setzen. Heute – gehen wir in Sack und Asche ... und jetzt heißt es plötzlich auch noch, daß wir uns bald nicht einmal mehr Fußnoten werden leisten dürfen. Wer aufmerksam die örtliche Tageszeitung nutzt, kann nachvollziehen, wie wir uns fühlen, weshalb darüber nicht mehr gesagt werden muß.

Früher, das ist jetzt ebenfalls schon wieder Jahre her, haben wir gern auch nach neuen Zeitschriften Ausschau gehalten. Wir meinen jetzt nicht die Fachzeitschriften aller Art. Auch nicht sogenannte Publikums- oder *special interest*-Magazine, die und deren Märkte sich sowieso nie wirklich ändern und in der Spanne von STERN bis BUNTE, BRIGITTE bis VOGUE, PRALINE bis PLAYBOY, BRAVO bis SPEX, von SCHÖNER WOHNEN, ESSEN & TRINKEN bis CHIP und COMPUTER BILD eigentlich immer schon existierten (oder in nuce ihre Nachfrage erwarteten), also praktisch seit den 50er Jahren das bundesrepublikanische Leben begleiten. (Die einzigen echten Inventionen hier, ein Abstieg, der sich aber zu halten scheint, sind ein Konkurrenzblatt zum bis dahin einzigen Nachrichtenmagazin und ein Druckerzeugnis für Menschen in den neuen Ländern. Doch der FOCUS läßt sich meiden, solange man noch fähig ist, den SPIEGEL zu lesen und SUPER ILLU wird erst dann interessant für uns werden, wenn die Angleichung der Lebensverhältnisse im Sinne einer Vermecklenburg-Vorpommerisierung auch des Westens vollzogen sein wird.)

Schöner waren Zeiten, als noch ständig neue Kulturzeitschriften erfunden wurden, wobei die Unbestimmtheit des Begriffs es ja möglich macht, allerlei Unterschiedliches als Kulturzeitschrift anzubieten und vielerlei als solche zu konsumieren. Schön war etwa in den 80er Jahren die Spannweite zwischen der Münchner TRANSATLANTIK der damals schon älteren und dem Hamburger TEMPO der damals noch jüngeren Generation. Nicht wiederholbar. Danach scheint es langsam bergab gegangen zu sein mit den Kulturzeitschriften, ganz unmerklich zunächst (siehe *Fanzines*), weil jetzt viele so beduselt von den sogenannten Neuen Medien waren.

Inzwischen schließlich dürfte es sich weithin ausgezeitschriftet haben. Die Verlage, ob in der Hand von *global players* oder noch echte Mittelständler, geben Zeitschriften ab und auf, daß man kaum noch nachkommt. Die alten Schlachtschiffe (siehe KURSBUCH) werden weitergereicht, verscherbelt und bald eingemottet sein. Werden Kulturzeitschriften jetzt noch neu gegründet (siehe CICERO, MONOPOL ...), dann haben sie gleich von Beginn an eine seltsam angestaubte, abschreibungsprojektmäßige Anmutung. In Jochen Hörischs *Geschichte der Medien* übrigens, einem 2001 erschienenen Standardwerk, kommen Zeitschriften nicht einmal mehr im Stichwortverzeichnis vor, nur auf ein paar der über 450 Seiten erfährt man noch etwas zur Entstehungsgeschichte der Zeitung und in ihrem Gefolge von Zeitschriften. Dann kommen schon all die anderen Medien ...

Früher konnte man meinen, daß wir in einer Welt der vielen Medien leben. Heute hören wir von den Leuten, die MTV, VIVA und solche Sachen machen, daß „das Musikfernsehen praktisch tot“ ist. Die CD ist aber auch schon – praktisch – hinüber,

der Videorecorder auf dem Müll, der „stationäre“ Buchhandel am Ende, die Theater (sind das nicht auch ne Art „Medien“?) warten nur noch auf ihre Schließung. Gibt's eigentlich noch was?

Ja doch. Über allem, nein, eher subkutan unter allem, offenbar als einzige Instanz neben dem Fernsehen die Lebenswelt noch zusammenhaltend, dräut natürlich das Internet. Beispiel Druckwerke: Warum noch für eine Zeitschrift bezahlen, wenn es der Einsatz von paar DIN A4-Bogen und etwas Druckerverschleiß auch tun? Warum 15 Artikel einpacken, wenn mich nur einer interessiert? Warum warten, bis der Text des Autors durch die Schleifen von Redaktion, Korrektur, Erfassung, Layout, Korrektur, Umbruch, Druckerei, Binderei, Auslieferung gegangen ist, wenn der Rechner dem Autor doch die Möglichkeit bietet, sein Produkt sofort zu verbreiten? Warum nicht also wenigstens – weil das Problem, die Aufmerksamkeit der Nachfrageseite zu finden, der völlig individualisierten Distribution natürlich Grenzen setzt – nur noch Plattformen für das Angebot bereithalten, das bis dahin in Zeitschriften verbreitet wurde? Warum aber kauft nun überhaupt noch jemand zum Beispiel den SPIEGEL, wo es doch mit SPIEGEL-ONLINE ein phantastisch schnelles, übersichtliches, in seiner Informationsmenge und Tiefenstruktur kaum auszulotendes Medium gibt? Rätsel der Medienwelt ...

Es werden aber nicht alleine Technik und Ökonomie sein (alteuropäisch hätten wir beinahe gesagt: Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse), die einem hier in die Quere kommen. Irgendwie muß Mentales auch eine Rolle spielen. Ist die Zeit der Zeitschriften einfach abgelaufen? Erschöpfung einer Idee vielleicht? Christian Kracht, aktuell letzte Hoffnung, wenn man in deutscher Sprache diesseits der sogenannten Popliteraten noch einen begabten unter 40jährigen Schriftsteller finden will, hat gerade noch einmal eine neue Kulturzeitschrift gegründet. DER FREUND ist vielleicht auch nur eine Eintagsfliege, interessant ist, was Kracht, nach seinem Konzept gefragt, antwortet: „Das Konzept ist recht einfach: Ausgehend von einem Überdruß Bildern gegenüber, Fotos, Videoaufnahmen, dem Computerprogramm Photoshop, jeglicher Digitalisierung, wollen wir zurückfinden zu einem Sprachkosmos ...“ – Wenn das mal länger als ein Jahr gutgeht.

Ganz genau 15 Jahre ist es immerhin her, daß diese Zeitschrift unter einem regional eingeführten Namen, aber mit neuen Köpfen und neuem Konzept an den Markt ging. Konzept ist schon etwas hochgegriffen, es gab Ideen, Wünsche und das im Rückblick schwer verrückt wirkende großspurige Ansinnen, einmal in die Liga der weltbekannten Intelligenzblätter à la NEW YORKER aufzusteigen. Schon zum 10. Geburtstag der HEFTE konnte das nur mehr kopfschüttelnd kolportiert werden (vgl. Nr. 82/1999). Vielleicht – so die in solchen Fällen immer beliebte Story – braucht es vermessene Ziele, um sich das zeit- und nervenraubende, finanziell völlig unergiebig und nur wenig geachtete Geschäft überhaupt anzutun.

Der unbestreitbare Nachteil der SAARBRÜCKER HEFTE, nur einen winzigen regionalen Markt zu bedienen, ließ sich in der Folge häufig sogar in einen Vorzug verwandeln. Hier konnte das Label Kulturzeitschrift ganz nach akuter Notwendigkeit, nach Wünschen und Interessen weit gedehnt werden – wem sollte man vor Ort schon ins Gehege kommen – und machte möglich, daß in diesen 15 Jahren ein ziemlich ... na, das reicht jetzt, Sie werden selbst wissen, was Sie an uns haben. *Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft* will Sie jedenfalls auch im nächsten Jahr noch erfreuen. Wenn Sie uns lassen.

Achim Huber

## Feste feiern im Gedenken

Zur Saison im Staatstheater

der Bundesrepublik

Von Elisabeth Thalhofer

**S**chwierig, unsicher und schmerzlich – so charakterisierte der französische Historiker Pierre Nora das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation. Und nirgends wird dies so offenbar, gewinnt dies so deutliche Konturen, wie in der Jubiläumskultur. Die Bundesrepublik, die verspätete Nation, sie hat viele Erinnerungsorte und viele Schicksalstage. Aber hat sie auch eine Jubiläumskultur, deren Wurzeln in dieser gemeinsamen Erinnerung gründen?

Jubiläen und Jahrestage inszenieren die Erinnerung. Die Nation putzt sich heraus für einen Besuch im Staatstheater. Zur Aufführung kommt ein kunstvolles *Potpourri* aus Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive. Denn Jubiläen und Jahrestage bieten Vergangenen eine Bühne, sorgen für Publikum und betten die Aufführung in ein Rahmenprogramm ein. Oft wird auf der Bühne der Republik ein Drama gegeben, ab und zu auch eine Komödie, selten ein Lustspiel, manchmal eine Posse. Was bot die Freilichtbühne in diesem Jahr?

Im Juli 2004 standen zwei Jubiläen auf der politischen Tagesordnung, die auf den ersten Blick unterschiedlicher nicht sein könnten. Anfang Juli feierte die Nation lauthals und überschwänglich die Helden, die sie von der ersten Stunde an in ihre Herzen geschlossen hatte; in der Monatsmitte gedachte sie wesentlich leiser und verhaltener jener Helden, deren Weg zwar in die Geschichtsbücher, nicht aber in die Herzen der Deutschen führte. Der WM-Sieg der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in Bern am 4. Juli 1954 und das Attentat der Verschwörer um Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf Hitler am 20. Juli 1944 zeichneten sich monatelang durch mediale Dauerpräsenz aus. Während es sich bei

dem Fußballwunder doch eher um einen *Newcomer* unter den Jahrestagen handelt, gehört der 20. Juli zum festen Inventar der bundesdeutschen Jubiläumskultur.

Beide Ereignisse verbindet, daß sie – wenn auch in unterschiedlicher Form und Funktion – Teil bundesrepublikanischer Jubiläumskultur wurden und somit auch die Verfaßtheit der Republik spiegeln: ihren Gemütszustand. Wenn die Nation sich jubelnd feiert, wenn sie gedenkend innehält oder mahnend trauert, dann inszeniert sie sich selbst, dann zeigt sie ihr Gesicht. Manchmal erscheint dieses Gesicht mit einer kunstvoll präparierten und effektheischenden Theatermaske – manchmal offenbart es aber auch die Spuren, die von durchlebter Geschichte zeugen, zeigt ungeschminkt seine Falten, Schrammen oder gar Narben. Auf dem Spielplan standen in dieser Saison Volksstück und Drama, frenetische Beifallstürme und achtungsvolle Ehrenbezeugungen.

### Deshalb noch einmal: Vorhang auf für den Theatersommer 2004!

Die Geschichte der Bundesrepublik, sie nahm ihren triumphalen Anfang – so schien es diesen Sommer – eigentlich in der Schweiz. Vor 50 Jahren, am 4. Juli 1954, zwischen 18 und 19 Uhr.

*Toooooor!!! Tooor!! Toor! Toor! Tor für Deutschland!*

Gellend hallte der Schrei des Hörfunkkommentators Herbert Zimmermann durch die Radiogeräte und in die Wohnstuben der Deutschen. Der Deutschen, die '45 noch immer als Niederlage empfanden und '54 nun endlich einen Sieg feierten. Den Weltkrieg hatte man verloren, die Fußball-Schlacht aber gewonnen.

An jenem Abend in der Schweiz ereignete sich jedoch noch viel mehr, nämlich das, was am 23. Mai 1949 nicht gelungen war: Das Wunder, das sich im Wankendorfstadion zu Bern als 3:2 gegen die hoch favorisierten Ungarn offenbarte, wurde zu einem Gründungsmythos für die junge Bundesrepublik. Deutschland durfte wieder mitspielen. Deutschland war wieder am Ball. Zumindest Westdeutschland. Doch irgendwie wurden auch die DDR-Bürger Weltmeister. Der Jubel machte an der Demarkationslinie zum real existierenden Sozialismus nicht Halt, wohl aber der Mythos, den er im Gepäck hatte. Und so wurde der



## Margarinealbum. Der Sieg von Bern

Von Klaus Theweleit

Heute steht in allen Büchern, der WM-Sieg der deutschen Kicker 1954 in Bern sei so etwas wie die Auslöschung der Kriegsniederlage gewesen ... Deutschland wieder aufgenommen in den Kreis der anständigen Völker ... die Nazi-Schande gelöscht. Mag sein, daß einige vergangenheitsbewältigende Reporter- und Funktionärsköpfe die Sache gleich so aufgefaßt haben, also ihre Ausschlichtbarkeit erkannten – nutzenbringender Fußball! Sonst ist es eher eine nachträgliche Übertreibung.

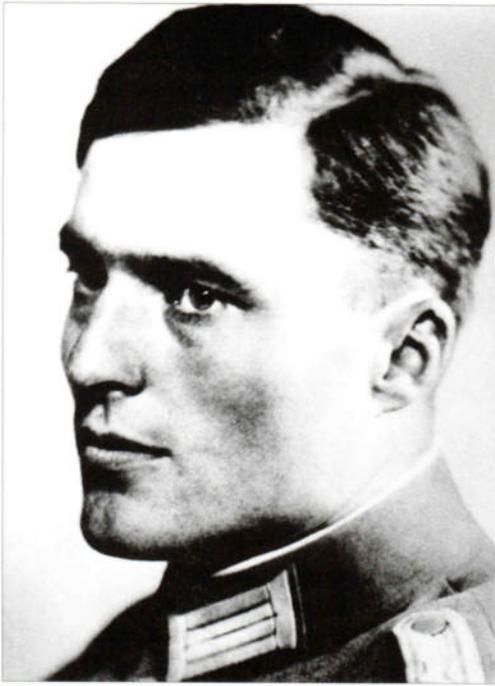
Die Kriegsgeneration, jedenfalls wie ich sie um mich herum werkeln sah, feierte diesen Sieg nicht in solcher Weise. Sie war viel zu sehr mit ihren zwei Haupttätigkeiten beschäftigt. Die Erste bestand in der absoluten Nichtbefassung mit der eigenen Verstricktheit ins Hitlertum; das fraß schon mal eine große Menge der Tagesenergie. Die Zweite war die Befassung mit dem, was sie euphorisch den Wiederaufbau nannten. Für groß Fußballsin blieb da nicht viel. Sie fügten diesen Sieg dem Schatz hinzu, den sie sich sowieso schon erworben hatten. Im Fach aller Fächer, dem übergreifenden Hauptfach Fleiß, waren sie längst im Besitz der allerverdientesten Bestnoten mit der Anstecknadel des „Wir sind wieder wer“. Weltmeister in deutschem Fleiß – ein bißchen wichtiger als Fußball-siege! – und sogar vor den so siegreichen Alliierten. Erst waren sie die fleißigsten gewesen im Europa-Zer-

deppern, dann die Fleißigsten im Ausblenden von Kriegsursachen und Kriegsfolgen, jetzt häuften sie fleißig Stein auf Stein und segelten voran mit bewimpelten Pirogen ins Wirtschaftswunderfleißland und hörten nicht auf, zu beteuern, wie (angeblich) schlecht es doch wirtschaftlich den Engländern ginge. König Fußball lief 1954 dem König Fleiß bei diesen Leuten nicht den Rang ab. Das Wunder von Bern toppte ihr Wirtschafts-Wunder nicht.

Das tat es aber bei den Jungen, bei den Nachkriegsgören, widerstandslos und dauerhaft. Denn: Weltmeister sein hieß etwas, da brauchte es nicht den geringsten „politischen“ Nebengedanken. Weltmeister im Fußball! In unserer eigensten genuinen Tätigkeit. Die Ungarn geschlagen! Wir Sandplatz-, Straßen- und Vordeichbolzer! So vorwitzig es klingt – ohne Fernseher!! –, wir hatten eine genaue Vorstellung davon, wer das war, diese Ungarn. Die wirklichen Weltbesten, das war keine Frage. Von einem tollen deutschen Team an einem glücklichen Tag geschlagen. Um so toller. Aber niemand hätte Max Morlock, Helmut Rahn oder Werner Liebrich im Ernst über Ferenc Puskás, Nándor Hidegkuti oder den großen Sándor Kocsis gestellt; höchstens vielleicht ein Toni Turek, den Torwart, und, ein wenig, den Fritz Walter mit seiner ungarähnlichen Eleganz. Ein Ebenbürtiger wenigstens.

*Mit freundlicher Genehmigung des Verlages*

*Aus: Klaus Theweleit, Das Tor zur Welt. Fußball als Realitätsmodell, © 2004 by Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln.*



#### Deutsche Helden

links: Die deutsche National-Elf nach dem Gewinn des Weltmeistertitels am 4. Juli 1954 (von links nach rechts): Trainer Sepp Herberger, Fritz Walter, Helmut Rahn, Jupp Posipal, Horst Eckel, Werner Liebrich, Ottmar Walter, Hans Schäfer, Max Morlock (untere Reihe) Karl Mai, Torwart Toni Turek, Werner Kohlmeyer

oben: Widerstandskämpfer und Verschwörer des 20. Juli 1944: Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg

Siegschuß von „Boß“ Helmut Rahn zum Startschuß der Wunderrepublik – jedenfalls in der Erinnerung vieler Zeitgenossen. In der von einem „Wundergreis“ – so Sebastian Haffner über Konrad Adenauer – regierten Bundesrepublik folgte auf das Fußballwunder das Wirtschaftswunder, das wiederum ward Fleisch im Fräuleinwunder. Wirtschaftswunderland Deutschland – war nun plötzlich alles anders? War nach dem Spiel tatsächlich vor dem Spiel und das deutsche Vaterland binnen 90 Minuten ein anderes geworden?

Die Geschichte des anderen Deutschland – desjenigen, an das die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg in der offiziellen Jubiläumskultur so gerne anknüpfen wollte –, sie fand ihren tragischen Endpunkt am 20. Juli 1944.

*Eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer, dummer Offiziere hat ein Komplott geschmiedet, um mich zu beseitigen ...*

Wenige Stunden nach dem mißglückten Attentat wandte sich Hitler in einer Radioansprache an die Volksgenossen vor den Volksempfängern. Das Diktum von der verbrecherischen Adels-Clique verfehlte seine Wirkung nicht. Bis weit in die 50er Jahre hinein beurteilten breite Bevölkerungsschichten die Männer des 20. Juli als Hochverräter und Eidbrecher.

Die offizielle Jubiläumskultur hingegen zelebrierte auf der Suche nach positiven Traditionslinien eine andere Erinnerung und wurde damit bezeichnend für die Doppelstrategie, die die Bundesrepublik im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens verfolgte: Sie lavierte hin und her zwischen Integration der Täter, Mitläufer und Nutznießer auf der einen Seite, bei gleichzeitigem Bruch mit Ideologie und Praxis des nationalsozialistischen Staates auf der anderen. Amnestie und Amnesie erwiesen sich als Geburtshelfer der Republik. Das „Dritte Reich“ war kein Tabu – Landsererzählungen hatten Hochkonjunktur. Aber peinlich genau trennten die frisch gebackenen Demokraten ihre individuelle Erinnerung von der Gegenwart der Bundesrepublik. Sie schien mit diesem Teil der eigenen Lebensgeschichte in keinerlei Verbindung zu stehen. „Unschärfe Bilder“ ließen den gesellschaftlichen Spagat zwischen individueller und öffentlicher Erinnerung weniger schmerzen. Partielles Vergessen war erlaubt. Und so feierte die Nation im offiziellen Gedenken an die Männer des 20. Juli Helden, die sie in der inoffiziellen Erinnerung nicht als die ihren empfand. Jubiläen ohne Jubelnde? Stand die deutsche Jubiläumskultur vor dem Aus?

*Aus! Aus! Aus! Das Spiel ist aus! Deutschland ist Weltmeister!* Der Weltverbrecher war Weltmeister. Der 4. Juli 1954 wurde fortan als Schicksalstag deutscher Geschichte empfunden – und überhöht: Inkarnation der Stunde Null und Initiationsritus der Nachkriegsgesellschaft in einem. Doch der WM-Titel erzeugte keinen nationalistisch angehauchten Wir-sind-wieder-wer-Taumel – er bescherte den Menschen das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit und erleichterte die Identifikation mit dem neuen Staat. Der Historiker Joachim Fest urteilte einmal, es habe drei Gründungs-



*Grenzenloses Entsetzen – Grenzenlose Freude*

*oben: Hitler im Gespräch mit Hermann Göring und Joseph Goebbels kurz nach dem Attentat im Führerhauptquartier Wolfsschanze*

*unten: Trainer Sepp Herberger und Spielführer Fritz Walter werden von begeisterten Fans auf den Schultern durch das Stadion getragen*

## 21. Juli, Freitag gegen Abend

Ich saß bei der Disposition meiner Rosenzweig-Notizen – mühseligste Arbeit, noch immer und längst nicht fertig –, da kam wie tags zuvor um halb zwölf Alarm, erst kleiner, dann großer. Der Kelleraufenthalt war diesmal ein bißchen kürzer und ganz ohne Sensation, d.h. er war ganz ausgefüllt von anderer Sensation, vom Attentat auf Hitler. Vielleicht wird mir das in wenigen Jahren so fernliegen, eine so verschwommene Sache sein, wie mir heute die Bürgerbräu-Affäre von 39 fernliegt.\* Was war es damit, wer war der Täter, was war die Absicht etc. etc.?? Weder Eva noch ich können uns darauf besinnen, weil eben die Sache folgenlos blieb und so vom Nachfolgenden übermalt, verdrängt wurde. Vielleicht geht es mit diesem Anschlag ebenso, vielleicht aber ist er Wendepunkt. Der Miterlebende weiß nichts. Ich halte fest: Auf der Treppe sagte uns Frau Witkowsky: Es sei eben bekannt geworden, daß ein Attentat auf den Führer verübt worden, im Hauptquartier durch *namentlich aufgeführte, bereits erschossene deutsche Offiziere*. Ich wandte mich mit dieser Nachricht, als einer absoluten Neuigkeit, im Keller an Neumark. Darauf er: Das stehe schon im *Freiheitskampf*, sei gestern geschehen, der Führer habe heute nacht im Rundfunk gesprochen. Er gab uns die Zeitung. Da stand das Attentat, die Namen der anwesenden und der verletzten Offiziere – aber nichts von den Tätern, nur die Vermutung, der

väter der Republik gegeben: Adenauer im politischen, Erhard im wirtschaftlichen und Fritz Walter im mentalen Bereich.

Das schwierige Vaterland, es hatte endlich einfache Helden. Um wie viel einfacher war es doch, sich mit den Helden von Bern zu identifizieren, als mit den Verschwörern der Wolfsschanze, wie viel leichter war der Geist von Spiez zu beschwören, als der Aufstand des Gewissens zu würdigen. Dies gelang nur auf der offiziell-abstrakten Ebene staatlichen Gedenkens. Anlässlich des zehnten Jahrestages nahm Bundespräsident Theodor Heuss den Widerstand des 20. Juli in die staatlich-öffentliche Memorialkultur der Bundesrepublik auf, zwei Tage nachdem er „meine lieben Weltmeister“ in Anwesenheit von 80.000 Zuschauern im Berliner Olympiastadion mit Ehren dekoriert hatte.

Doch Fußballsiege und Mercedeswagen können die Ehre eines Landes nicht wieder-

Secret Service sei der Schuldige. Neumark fügte hinzu, von deutschen Offizieren munkte man (aber die Juden hätten besondere Vorsicht zu wahren, denn sie würden bestimmt beobachtet); die Frau Witkowsky sagte: Es seien aber eben „Extrablätter“ mit den Namen der Erschossenen herausgekommen.

Mehr und Authentischeres habe ich bis jetzt, sieben Uhr abends, im Judenhaus nicht erfahren können. Auch Stühlers rätseln. Er sagte: Vielleicht sei alles Lüge, weil ER sich in den Ruf der heiligen Unverletzbarkeit setzen wolle. Ich: Es wäre Selbstmord anzugeben, daß sich die Armee gegen den Führer gewandt habe, das sei ja nicht einmal im November 18 geschehen. Stühler: Vielleicht ist die Nachricht, deutsche Offiziere seien die Täter, falsch. Wie sollten sie, mitten im Hauptquartier? Und wie sollte der deutsche Rundfunk das zugeben? [...] Eva ist bei der Kreislerin, vielleicht bringt sie von da Neuigkeiten mit. Und hoffentlich solche, die uns über den krassen Hunger der letzten Tage trösten und hinweghelfen. – Eben Musik vorbeimarschierender Soldaten; Stühlers berichten, es sei durch Maueranschlag Großkundgebung für Hitler angesagt.

\* Gemeint ist das mißglückte Attentat Georg Elzers am 8.11.1939

Aus: Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933 - 1945, Aufbau Verlag, Berlin 1995, zit. nach: DIE ZEIT 29/2004.

herstellen, urteilte noch im selben Jahr der Historiker Hans Rothfels, der 1934 von den Nationalsozialisten zwangsemeritiert worden war.

*Es ist Zeit, daß jetzt etwas getan wird, so* Stauffenberg am Vorabend des Attentats. Das Land der Taten aber wollte keine solchen Täter. Den Männern des 20. Juli um Stauffenberg, Beck und Tresckow blieb eine positive Verankerung in Volkes Seele lange Zeit verwehrt. Zu sehr zeigte ihr mutiges Handeln, daß das „Dritte Reich“ Gehorsam zum Verbrechen und Widerstand – Resistenz – zur Pflicht pervertiert hatte. An was aber erinnert man sich, wenn man doch eigentlich vergessen möchte? Welche Lieder singt man, wenn man zu verstummen droht?

*Deutschland, Deutschland über alles ...* Voller Inbrunst – wenn auch sicher weniger aus wieder aufflammendem Chauvinismus als vielmehr aus Unkenntnis der erst zwei Jahre

zuvor zur neuen Hymne erhobenen dritten Strophe – schmetterten die Zuschauer die kontaminierten Hoffmannschen Verse des *Deutschlandliedes* im Stadion der neutralen Schweiz. Voll Sehnsucht erwartet, voll Scham unterdrückt, brach sich das nationale Hochgefühl zu Haydns Klängen in deutschen Wohnzimmern und Gaststätten Bahn. Zumindest bis die Schweizer Rundfunkanstalt ob der Beschwörung von Maas und Memel, Etsch und Belt den Ton abdrehte.

Doch das Deutschland von 1954 war nicht dasjenige von 1944. Dies hatte es nicht zuletzt den Männern des 20. Juli zu verdanken: *Sie hatten vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt ...* Ihr Erbe bot der westdeutschen Nachkriegsidentität eine positive Projektionsfläche und lieferte Anknüpfungspunkte an ein zumindest in Teilbereichen moralisch intaktes Deutschland. Und so wurde der 20. Juli im Verlauf der wiederkehrenden Jubiläen schließlich von einem ungeliebten Stiefkind zum Vorzeigesproßling der Bundesrepublik – nicht zuletzt in den heißen Legitimationsschlachten der kalten Nachkriegsjahrzehnte.

### Letzter Akt?

Das Sommertheater 2004 – es hat wieder die Vergangenheit inszeniert. Auf der Bühne der Republik wurden auch diese Jahrzehnt-Jubiläen wieder feste gefeiert. Wir schwelgten in der Vergangenheit. Oder beschworen wir die Gegenwart?

Die Inszenierung des 50. Jahrestages des Weltmeisterschaftssieges, sie sagt viel aus über den gesellschaftlichen Wunsch nach einer – vielleicht ein wenig entstaubten – Renaissance der 50er Jahre: Die harmonisatte Glorifizierung der Bonner Republik zeugt von der Empfindung einer als problembeladen und überkomplex empfundenen sozialen Realität im wiedervereinigten Deutschland. Der Geist von Spiez – man möchte ihn zu gern in die Berliner Republik retten. Man erinnert sich gerne der Freß- und Konsumwellen in Tagen, in denen Geiz geil und Gürtel-enger-Schnallen *en vogue* ist. Die Sehnsucht nach den eindeutigen 3:2-Ergebnissen, die keine Zweifel über Sieg und Niederlage zulassen und keine Kollateralschäden kennen, ist groß. Zugleich wies die Inszenierung des WM-Wunders aber auch den Weg in eine neue Form bundesrepublikana-

nischer Erinnerung. Eine Form, die ihre Konturen nicht über die Negativfolie der Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur erhält, sondern sich aus der Gewißheit speist, inzwischen eigene, gleichsam autonome Traditionen entwickelt zu haben.

Die Inszenierung des 60. Jahrestages des Attentats auf Hitler gehört hingegen zu den Klassikern auf der bundesdeutschen Staatsbühne. Werden sie im vereinigten Deutschland ihr zukunftsweisendes Potential für die Jubiläums- und Erinnerungskultur entfalten können? Die Feierlichkeiten zum Jahrestag des 20. Juli repräsentierten die Form eines kanonisierten rituellen Gedenkens, das sich nicht mehr nur auf die Grenzen der eigenen Nation bezieht. Der Aufstand des Gewissens – er kann in Zeiten global werdender Deutungsbedürfnisse und Erinnerungsgemeinschaften Universalität beanspruchen. Der Historiker Eckart Conze beschrieb den 20. Juli als einen „Lichtpunkt in dunkler Zeit“. Ein Lichtpunkt, dessen Strahlkraft dennoch ausreichte, um positive Anknüpfungspunkte und Traditionslinien für die Bundesrepublik zu finden. Und nun vielleicht über sie hinaus. Denn die Bühnen werden in Zukunft größer, das Publikum internationaler, die Spielpläne komplexer.

### Der Vorhang senkt sich.

Doch das Programm der neuen Spielzeit hat uns schon in seinen Bann gezogen. Denn die kommende Saison wird eröffnet von einer Neuinszenierung, die von Kommentatoren und Feuilletonisten entweder mit feiernden Elogen oder mit herber Kritik bedacht wird.

„*Meine Herren, in hundert Jahren wird man einen schönen Farbfilm über die schrecklichen Tage zeigen, die wir durchleben*“, prophezeite Goebbels im April 1945. Er hat sich verschätzt, der Film ließ nur 59 Jahre auf sich warten. *Der Untergang* war das Kino-Ereignis dieses Herbstes. Und er läutete bereits den Höhepunkt eines neuen Aktes im bundesrepublikanischen Staatstheater ein: die 60-Jahrfeier zur Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur am 8. Mai 2005. Und tatsächlich – Hitler, Goebbels und Speer scheinen sich in den nächsten Monaten in Kinosalen und Fernsehstudios die Klinke in die Hand zu drücken.

Am Anfang dieser Geschichtsinszenierungen steht dabei das Ende. *Der Untergang* lei-

stet Pionierarbeit: Er ist die erste deutsche Produktion, die Hitler durch einen Schauspieler zu neuem Leben erweckt. Der Kinobesucher soll versuchen, sich über den „Menschen Hitler“ dem „Phänomen Hitler“ zu nähern – seiner Person wie auch seinem charismatischen Herrschaftsstil, der eine ungeahnte zerstörerische Dynamik freisetzte.

Der Kinobesucher darf dem Führer in die Augen blicken. Was wird er sehen? Er wird nicht den gängigen – und in zahlreichen Dokumentationen über den Nationalsozialismus immer wieder gern in Szene gesetzten – Leni-Riefenstahl-Hitler sehen, sorgfältig inszeniert von der Goebbelschen Propagandamaschinerie. Der Kinobesucher wird ein anderes Bild von Hitler sehen. Hitler im Bunker – das ist der Diktator, der von physischem und psychischem Verfall gezeichnet und in Wahnvorstellungen gefangen ist. Hitler im Bunker – das

links: Filmplakat zu Sönke Wortmanns Film *Das Wunder von Bern* (2003)

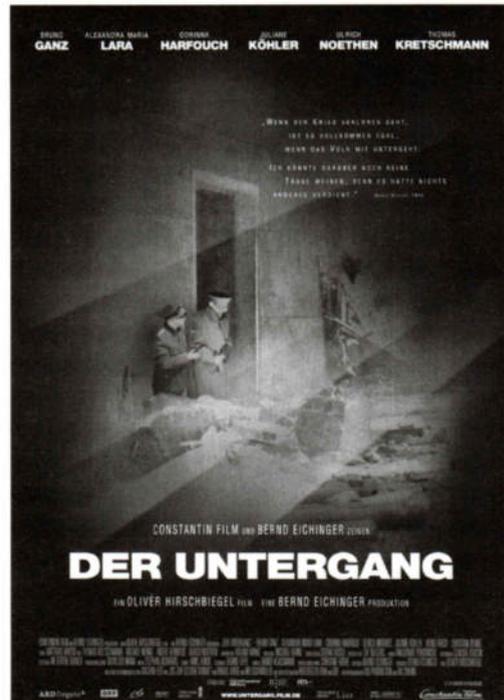
rechts: Filmplakat zu dem von Bernd Eichinger produzierten Spielfilm *Der Untergang* (2004). Innerhalb von nur 10 Tagen hatten bereits 580.000 Kinobesucher den Film gesehen

ist gleichzeitig aber auch die charismatische Führerfigur, deren Autorität den Tod überdauerte. Es gibt keinen Führer ohne die Massen, die von ihm geführt werden wollen. Grenzenloser Wille zur Zerstörung trifft auf grenzenlose Bereitschaft zum Gehorsam. Auch das wird der Kinobesucher sehen können.

Ob der Film damit ein neues Kapitel in unserer Vergangenheitsbewältigung aufschlagen wird, wie mancher Kritiker meint, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich ist jedoch, daß er den Startschuß zu einer wahren „Nazi-Olympiade“ gegeben hat, wie der Filmemacher Heinrich Breloer angesichts der medialen Aufarbeitungsflut im Vorfeld des 8. Mai 2005 befürchtet.

Die deutsche Befindlichkeit – sie pendelt in der nächsten Spielzeit zwischen Hartz und Hitler, zwischen NPD-Aufstieg und Führer-Untergang. Insbesondere der Mai wird erweisen müssen, ob sich die Nation derzeit lediglich durch äußere Grenzen – und innere Abgrenzung – bestimmt oder ob sie den Schritt zur Erinnerungsgemeinschaft vollzogen hat.

Die Feier zum *Wunder von Bern* jedenfalls war im Kern eine westdeutsche Veranstaltung – nur mühsam gelang es Autoren, Dokumentarfilmern und Kinomachern, für den ein oder anderen Fan aus der Ostzone eine Kompartenrolle in die Dramaturgie der Ereignisse



einzuflchten. Die mediale Apotheose bundesrepublikanischer Geschichte erinnerte zuweilen an die Zweistaatlichkeit – wir grüßen unsere Zuschauer drüben an den Fernsehgeräten.

Die Feier zum 20. Juli hat ebenfalls ungebroschen die westdeutsche Tradition dieses Jubiläums fortgeschrieben. Der Erbberechtigte scheint nach jahrzehntelangem Bruderkampf ausgemacht.

Der Untergang schließlich, der in diesem Herbst beschworen wird und den Auftakt für das nächste große Jubiläum bildet, führte für die Deutschen in zwei grundlegend unterschiedliche Realitäten. Wie aber soll man Feiern, wenn der Untergang das Gemeinsame, der Wiederaufbau aber das Trennende ist? Sind die braunen Daueraufmärsche in Fernsehen, Film und Feuilleton vielleicht auch Ausdruck für diesen kleinsten gemeinsamen Nenner unter Trümmern und Schuttbergen? Der 8. Mai 2005 wird zeigen müssen, ob die Deutschen auf dem Weg zu einer neuen Souveränität im Umgang mit ihrer Geschichte sind

und ob sie die Jubiläumskultur als Begleiter mit auf diesen Weg nehmen.

Denn Jubiläen können Identität stiften, Systeme stabilisieren, Generationen versöhnen. Und sie können all dies nicht. Jubiläen wandeln Begebenheiten in Ereignisse, Vergangenes in Geschichtliches, Erinnerung in Gedächtnis. Und tun all dies wiederum nicht.

Jubiläen bedürfen der Erinnerungsgemeinschaft – so wie das Theater erst durch die Zuschauer zum Leben erwacht. Nur im Akt des gemeinsamen Erinnerns wie auch des gemeinsamen Feierns und Würdigens kann sich die Erinnerungsgemeinschaft gründen und festigen. Ihre Verbundenheit wurzelt in der gedenkenden Kommunikation. Und deshalb besteht die Aufgabe der Jubiläumskultur nicht nur darin, Feste zu feiern im Staatstheater. Ihre Bedeutung gewinnt sie, wenn sie die nationale Erinnerungsgemeinschaft zuweilen belehrt, mahnt oder orientiert – und manchmal eben auch behütet.

**Daher auf ein Neues: Vorhang auf!**

#### Literaturhinweise

*Eckart Conze*, Aufstand des preußischen Adels. Marion Gräfin Dönhoff und das Bild des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: *VIERTELJAHRESHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE* 51 (2003), S. 483–508.

*Eckart Conze / Thomas Nicklas* (Hrsg.), Tage deutscher Geschichte. Von der Reformation bis zur Wiedervereinigung, München 2004.

*Joachim Fest / Bernd Eichinger*, Der Untergang. Das Filmbuch, Reinbek 2004.

*Joachim Fest*, Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches. Eine historische Skizze, Reinbek 2003.

*Etienne François / Hagen Schulze* (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde., München 2001.

*Arthur Heinrich*, Tooor! Toor! Tor! Vierzig Jahre 3:2, Nördlingen 1994.

*Michael Jeismann*, Auf Wiedersehen Gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart und München 2001.

*Peter Kasza*, Fußball spielt Geschichte. Das Wunder von Bern 1954, Berlin 2004.

*Helmut König*, Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik, Frankfurt/M 2003.

*Peter Reichel*, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die politisch-justizielle Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur nach 1945, Bonn 2003.

*Gerd R. Ueberschär* (Hrsg.), Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994.

*Harald Welzer / Sabine Moller / Karoline Tschuggnall*, „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/M 2002.

*Edgar Wolfrum*, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

#### Bildnachweis

alle Photos © Ullstein-Bild

# Röchlings Verbrechen oder: Der deutsche Imperialismus vor Gericht

Von Hans Horch

**H**ermann Röchling, 1872 geboren, 1955 verstorben, war seit 1897 in der Leitung des seiner weitverzweigten, alten saarländischen Unternehmerfamilie gehörenden Eisen- und Stahlwerkes tätig. Von 1910 bis 1945 stand er an der Spitze der Geschäftsführung. Die Völklinger Hütte gehörte zu den bedeutendsten Firmen der Branche.

Zweimal, 1919 und 1949, wurde Hermann Röchling wegen Kriegsverbrechen zu jeweils zehn Jahren Haft verurteilt.

Über seine erste Verurteilung durch ein Gericht in Amiens ist nur wenig, zudem dubioses publiziert worden.<sup>1</sup> Unstrittig scheint, daß Hermann Röchling und sein Bruder Robert im März 1918, offenbar noch immer in Erwartung des „Siegfriedens“, im deutsch besetzten Gebiet um Longwy und Sedan Anlagen zur Stahlherstellung hatten demontieren lassen, um mit ihnen das Hüttenwerk der Firma Röchling im damals zum Deutschen Reich gehörenden Diedenhofen – dem heutigen Thionville – zum Stahlwerk ausbauen zu lassen. Diese Tatsache scheint nicht in Abrede gestellt, wohl aber gerechtfertigt worden zu sein als vom Berliner Kriegsministerium befohlene Handlung. Diesem hatten die Röchling-schen Werke als Waffenschmiede gedient, und Robert Röchling hatte im Auftrag des Ministeriums die Stahlindustrie im besetzten Nordosten Frankreichs auf die Produktion für die deutsche Kriegführung umgestellt; außerdem hatte die Firmenleitung die Regierung in kriegswirtschaftlichen Fragen beraten.

Daß die Firma Röchling sich mit Eifer beteiligt hatte an der Ausplünderung der besetzten Gebiete durch die deutsche Heeresverwaltung und auch an der zwangsweisen Beschäftigung russischer Kriegsgefangener in der Rüstungsproduktion, hat kein anderer als Hermann Röchling selbst bestätigt und gerechtfertigt mit der ebenso trotzigen wie abwegigen Behauptung, daß dies als „eine militärisch zur Fortsetzung des Krieges absolut erforderliche Maßnahme“ dem geltenden Kriegsrecht entsprochen habe.<sup>2</sup>

Wes Geistes Kind Röchling war, hatte er schon im August 1914 offenbart, als er dem Reichsstatthalter von Elsaß-Lothringen, von Dallwitz, vorschlug, nach dem Sieg über Frankreich das Erzbecken von Briey zu annektieren und die dortige Bevölkerung zu vertreiben: „In dem Erzgebiet wohnen heute fast nur Italiener, Elsaß-Lothringer und Polen, Leute die durch Deutsche zu verdrängen sind, wie die Entwicklung in Deutsch-Lothringen gelehrt hat.“<sup>3</sup> Diese Forderung, die von Kanzler Bülow in sein Kriegszielprogramm übernommen wurde, ist als reiner Beitrag zur „Deutschtumspolitik“ anzusehen. Wirtschaftlich war die Annexion nicht notwendig, denn die Erze von Briey waren deutschen Unternehmen längst zugänglich. Wie Röchling selbst schreibt, besaßen neun namhafte deutsche Unternehmen dort bereits Konzessionen und Bergwerke. Dies dürfte auch der Grund gewesen sein dafür, daß die dortigen Schächte, anders als die nordfranzösischen, beim Abzug der deutschen Truppen nicht gesprengt wurden.<sup>4</sup>

Anders als sein Bruder, der bis 1920 einsaß, konnte Hermann Röchling sich der Festnahme entziehen. 1922 kehrte er unbehelligt ins Saargebiet zurück. Aus der Weltkriegsniederlage hatte er bemerkenswerte Konsequenzen gezogen, die am deutlichsten hervorgehen aus einem Brief, den er 1936 an das Saarbrücker Wehrbereichskommando schrieb, nachdem ihm Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Krieg zu Ohren gekommen

<sup>1</sup> Carl A. Ehrhardt, Die Röchlingwerke nach 1918 und 1945. Unternehmerschicksal im Grenzland, in: Klaus Altmeyer u.a. (Hgg.), Das Saarland. Ein Beitrag zur Entwicklung des jüngsten Bundeslandes in Politik, Kultur und Wirtschaft, Saarbrücken 1958, S. 129-142; Konrad Fuchs, Hermann Röchling, in: Peter Neumann (Hg.), Saarländische Lebensbilder, Bd. 2, Saarbrücken 1984, S. 221-252 und Gerhard Seibold, Röchling. Kontinuität im Wandel, Stuttgart 2001 halten sich in Hermann Röchling, Wir halten die Saar, Berlin 1934, S. 47-52.

<sup>2</sup> Ebd., S. 44-47.

<sup>3</sup> Kriegszieldenkschrift von Hermann Röchling, Geschäftsführer und Gesellschafter der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH Völklingen, vom 31. August 1914 an Johann von Dallwitz, Statthalter von Elsaß-Lothringen, über die Annexion des französischen Erzgebietes in Longwy-Briey, in: W. Schumacher, L. Nestler (Hgg.), Weltherrschaft im Visier. Europa- und Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1945, Berlin 1975.



Rittmeister Röchling im Ersten Weltkrieg, aus: Zehn statt Tausend Jahre. Ausstellungskatalog des Regionalgeschichtlichen Museums, Saarbrücken 1988

waren: „Im Mobilmachungsfalle gegen Frankreich bitte ich darum, irgendwie und irgendwo in eine kämpfende Truppe eingereiht zu werden. Ich weiß ganz genau, dass es keine sehr lange dauernde Betätigungsmöglichkeit für mich sein wird, aber im Anfang werden vielleicht Entscheidungen fallen und dann möchte ich dabei sein. Wie und wo ich verwendet werde, ist mir einerlei, nur mit der Waffe in der Hand.“<sup>5</sup> Als Röchling dies schrieb, war er 64 Jahre alt.

Die Anklage im gegen Röchling und andere am 16. Februar 1948 in Rastatt eröffneten Prozeß vor dem Tribunal *Général du Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation* war über Röchlings Rolle im Ersten Weltkrieg informiert und würdigte sie mit den Worten:

„Man kann sich nicht enthalten, die Ausdrucksweise der damaligen deutschen Wirtschaftsführer mit der Grossrederei Hitlers über die Ausdehnung der Reichsgrenzen bis über die Grenzen von 1914 zu vergleichen (...Sie) enthalten sämtliche Grundsätze der Theorie des Lebensraumes. Die führenden Männer der deutschen Wirtschaft

waren also schon Hitlers Vorgänger. So ist es denn ganz natürlich, dass sie sich seiner Bewegung anschlossen und sich unter Einsatz all ihrer Kräfte an seinen kriegerischen Unternehmen beteiligten.“<sup>6</sup>

### Sklaven. In Völklingen. Vor 60 Jahren

Die Akten der Rastatter Kriegsverbrecherprozesse liegen in den *Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche* in Colmar. Wie alle französischen Justizakten sind sie durch ein Gesetz von 1975 auf 100 Jahre gesperrt. Dies ist ein herber Verlust, denn um welch ungemein aussagekräftiges Material es sich dabei handeln muß, läßt sich erschließen aus den im *Staatsarchiv Nürnberg* befindlichen Dokumenten, die US-amerikanische Ermittler zusammengetragen haben für den Internationalen Militärgerichtshof, vor dem sich Röchling als Vorsitzender der *Reichsvereinigung Eisen (RVE)*, einem zentralen kriegswirtschaftlichen Lenkungsorgan, ursprünglich verantworten sollte<sup>7</sup> und zudem aus den umfangreichen Aktenkopien, die die Rastatter Richter nach Nürnberg sandten<sup>8</sup>. Außerdem stehen die die Behandlung von Zwangsarbeitern betreffende Beweisführungen und Verhandlungsprotokolle aus dem Archiv der Hauptkommission zur Verfolgung der hitleristischen Verbrechen in Polen zur Verfügung. Eine die Zwangsarbeit im Saarland darstellende Publikation<sup>9</sup> hat die zuletzt genannten Quellen bereits ausführlich zitiert, so daß es an dieser Stelle genügt, die vom Gericht daraus gezogenen Schlußfolgerungen wiederzugeben<sup>10</sup>:

„Gegen RÖCHLING Hermann wird der Vorwurf erhoben, die Naziregierung hinsichtlich der Verwendung der Angehörigen der besetzten Länder im Kriegseinsatz des Reichs beraten zu haben.

In einem Bericht vom 17. Juli 1942 legt der Vorsitzende der RVE, der Direktion der Dienststelle für Gefangene bei der Wehrmacht nahe, in den Sta-

4 Vor dem Office of U.S. Chief of Counsel for War Crimes Evidence, Interrogation Branch und als Zeuge der Verteidigung im Nürnberger Flick-Prozeß behauptete Röchling, er habe die bereits befohlene Sprengung verhindert, s. Staatsarchiv Nürnberg, KV Anklage Rep. 502, I, NI-3429 und KV Prozesse Fall 5 Nr. A 89-91, S. 7013.

5 S. Anm. 8, D13, S. 340f.

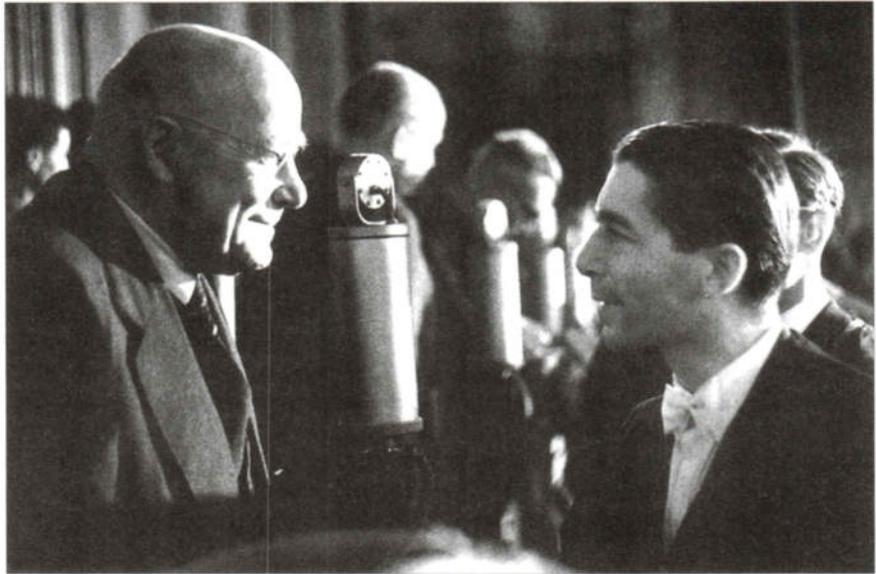
6 Ebd., S. 96f. Offensichtliche Tippfehler in den zitierten Dokumenten wurden stillschweigend korrigiert.

7 KV Anklage, Interrogations, Nr. R115 und KV Anklage Rep. 502 I.

8 Rep. 501: Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, H.Abt. XXXVIII (Anhang): Prozesse gegen Deutsche durch Franzosen, D1 bis D30.

9 Hans-Henning Krämer, Inge Plettenberg, Feind schafft mit ... Ausländische Arbeitskräfte im Saarland während des Zweiten Weltkrieges, Ottweiler 1992, S. 167-191. Die dort wiedergegebenen Dokumente hat der Verfasser dieses Beitrags 1986 in Warschau gefunden und den Autoren überlassen.

10 S. Anm. 8, hier D18, Urteil vom 30. Juni 1948, S. 14-18.



Röchling mit seinem Verteidiger Kranzbühler vor dem Rastatter Militärtribunal,  
aus: Gerhard Seibold, Röchling. Kontinuität im Wandel, Stuttgart 2001

lags unter den französischen und belgischen Kriegsgefangenen die Metallarbeiter zu ermitteln, um sie in der deutschen Industrie einzusetzen.

In einer Denkschrift vom 12. August 1942 verlangte Hermann RÖCHLING als Präsident der RVE von SPEER eine zusätzliche Bereitstellung von 45.000 Ausländern zwecks Steigerung der Stahlproduktion; in einem Bericht vom 15. August 1942 erinnert er daran, dass ihm 5.000 Kriegsgefangene und 45.000 russische Zivilarbeiter zu Verfügung gestellt werden müssen; er verlangt, dass Saar und Ruhr zuerst mit Kriegsgefangenen Russen beliefert werden; in einem Bericht vom 5. Oktober 1942 weist er Speer darauf hin, dass die 150.000 Kriegsgefangenen Russen kaum ausreichen, um die derzeitige Produktion aufrecht zu erhalten.

Am 8. Februar übermittelte RÖCHLING den Nazi-Behörden in Berlin eine Denkschrift, um die Verwendung belgischer Arbeitskräfte zur Fortentwicklung der deutschen Industrie zu erwirken; (...) er fügt hinzu: 'Wenn sich eine grosse Anzahl junger Belgier in geschlossenen Formationen in unseren Händen befinden, werden sie auch als Geiseln die Gewähr für die gute Führung ihrer Eltern bieten.'

In einem Bericht vom 4. Januar 1943 verlangte RÖCHLING, dass möglichst rasch Verhandlungen aufgenommen werden, um eine bedeutende Anzahl junger Russen im Alter von etwa 15 Jahren für den Einsatz in der Eisenindustrie zu gewinnen.

In einer Denkschrift an Feldmarschall Keitel vom 8. Februar 1943 fordert Hermann RÖCHLING eine allgemeine Erfassung aller jungen Franzosen, Belgier und Holländer und die gesetzliche Einführung der Arbeitsdienstpflicht in diesen drei Ländern, um die so erfassten in der Kriegsindustrie einzusetzen oder in die Wehrmacht einzureihen. (...)

Somit ist erwiesen, dass Hermann RÖCHLING in der Ausübung seines wichtigen Amtes als Vorsitzender der RVE oder als Reichsbeauftragter die Reichsbehörden angetrieben hat, die Angehörigen der besetzten Länder und die Kriegsgefangenen unter Missachtung der Bestimmungen des Haager Abkommens zu Rüstungsarbeiten heranzuziehen.

Hierin ist nicht ein einzelnes Kriegsverbrechen zu erblicken, wohl aber ein Element seiner Betätigung in der Führung der Aggressionskriege. Die vorerwähnten Handlungen sind somit un-

ter diejenigen einzureihen, die ihm unter der Qualifizierung Verbrechen gegen den Frieden entgegen gehalten werden. (...)

Die Anklagebehörde wirft Hermann RÖCHLING vor, mit grosser Strenge gegen die in den Fabriken beschäftigten Kriegsgefangenen und Verschleppten vorgegangen zu sein, um sie zur Arbeit zu zwingen, und einen unmenschlichen Vollzug der verhängten Strafen geduldet oder begünstigt zu haben. Wenn RÖCHLING Kriegsgefangene und Deportierte beschäftigt hat, die ihm, wie anderen Industriellen, als Arbeitskräfte (...) von den zuständigen Behörden zugeteilt wurden, so bleibt zu untersuchen, unter welchen Bedingungen diese Leute beschäftigt worden sind. In dieser Hinsicht hat die Anklagebehörde übereinstimmende Beweise von Arbeitern, Ärzten, Krankenpflegern und Wärtern geliefert. Aus die-

Röchlings Rede an die Belegschaft  
zum 20. Juli 1944 (Auszug),  
s. Anmerkung 8, D 13

sem Beweismaterial ergibt sich, dass die Ernährung vollkommen unzureichend war, die Arbeitskräfte gezwungen waren ihre persönlichen Gegenstände und ihre Kleidungsstücke gegen Nahrungsmittel auszutauschen, es viele fleischlose Wochen gab, zahlreiche Arbeiter krank wurden, eitrige Wunden hatten, vor Ermattung zusammenbrachen und schleunigst ins Krankenhaus abtransportiert werden mussten. Der Arbeitsinspektor Immisch hat erklärt, dass die Verhältnisse der Arbeiter bei RÖCHLING, insbesondere hinsichtlich der Ernährung, katastrophal waren, die sanitären Einrichtungen kläglich, die Arbeiter verlaust waren und aus geringfügigen Gründen misshandelt und dass die ausländischen Arbeitskräfte in jämmerlicher Weise ausgebeutet wurden, dabei aber für eine sehr schwere Arbeitsleistung nur eine unzureichende Ernährung erhielten.

Die Erklärungen der Lagerärzte bestätigen den kläglichen Gesundheitszustand der Arbeiter und die Erkrankung der Verdauungsorgane, Räude usw. die sich daraus ergeben haben.

Die Kriegsgefangenen hatten bei RÖCHLING ein besonders schweres Los. Sie wurden bei den schwersten Arbeiten eingesetzt, in den Walzwerken, der Kokerei, an den Hochöfen, den Elektro-Öfen, am Brei, und erhielten für diese anstrengenden Arbeiten nur eine völlig unzureichende Nahrung, sodass sie nur dank der vom Roten Kreuz und ihren Familien erhaltenen Pakete bestehen konnten. Die italienischen und russischen Gefangenen, die solche Zuwendungen nicht erhielten, wurden von den Krankheiten dezimiert. Ein Zeuge schätzt die Todesfälle bei diesen Gefangenen auf etwa 50%.

Die polizeiliche Überwachung des Betriebs erfolgte durch einen Schutzdienst, der die Bezeichnung Werkschutz führte. Im April 1943 wurde nach Einvernehmen der Leiter der Firma RÖCHLING mit der Gestapo ein Schnellgericht geschaffen, das damit beauftragt war, die Vergehen der ausländischen Arbeiter gegen die Disziplin (wiederholtes Fehlen, wiederholtes Zu-

" An unsere Gefolgschaft !

Das Attentat, das am 20. Juli auf den Führer versucht wurde, war ein Verbrechen an deutschen Volke. Es ist nur richtig und Recht, dass die, die an diesem Verbrechen teil hatten, ausgelöscht werden. Eine gütige Vorsehung hat die Wünsche der Verbrecher, auf die sich Hoffnungen unserer Feinde, uns Leichten Kaufes Überwinden zu können, gründen haben, wunderbarsumachte gemacht. Wer nicht wundergläubig ist und war, kann es hierbei werden.

Gleichzeitig haben sich die Angriffe unserer Gegner - zu äusserster Heftigkeit gesteigert. Besonders die Sowjets rücken in gefährdender Nähe unseres Vaterlandes. Nur äusserste Anspannung aller Kräfte, nicht durch Müdigkeitsarten, sondern durch die Tat, nur Vermeidung jeglicher Schonung der eigenen Person vom Betriebsführer bis zum letzten Gefolgsmann kann bei uns aber auch überall in Deutschland die Masse an kriegsnotwendigen Gütern erzeugen, die wir benötigen. Auch nur die äusserste Anspannung in allen Betrieben, also auch bei uns, kann Diejenigen von uns frei machen, die der Führer als Soldaten benötigt. Unser Nachwuchs, der zum Teil hervorragend ausgebildet ist, steht an der Front. Er wird also, solange der Krieg dauert, bei uns nicht in die immer sichtbarer werdenden Lücken unserer Führungskräfte aufdrücken können. Deshalb geht mein ganzes Bestreben dahin, aus den Reihen unserer Älteren Gefolgsmänner die

spätkommen, Arbeitsniederlegung, Verweigerung zusätzlicher Arbeit, undiszipliniertes Verhalten) zu ahnden. Zur gleichen Zeit wurde im Einvernehmen der Leiter der Firma RÖCHLING mit der Gestapo, in einer Entfernung von ungefähr 15 km. in Etzenhofen ein Straflager errichtet, in welches die vom Schnellgericht verurteilten Ausländer für die Dauer von höchstens 56 Tagen eingewiesen wurden. Diese Verurteilten verbrachten die Nacht in Etzenhofen, wurden morgens in das Röchling-Werk geführt und abends wieder ins Lager zurückgebracht. Der hauptsächlichste Vorteil für Hermann RÖCHLING aus der Schaffung dieses Lagers bestand darin, dass die bestraften Arbeiter, die ursprünglich der Gestapo ausgeliefert waren und somit für ihn vorläufig oder endgültig ausfielen, in seinem Unternehmen weiter arbeiteten.

Aus den übereinstimmenden Zeugenaussagen der früheren Arbeiter des Lagers, der Ärzte, der Wärter und der Dorfbewohner geht hervor, dass diese Bestraften in unmenschlichen Verhältnissen lebten. Nach nur wenigen Stunden Schlaf wurden sie oft mitten in der Nacht, gewöhnlich völlig unbekleidet, zu gymnastischen Übungen herangezogen, um sodann nach der Fabrik in Völklingen verbracht zu werden, wo sie zu den schwersten Arbeiten, insbesondere in der Kokerei und bei der Behandlung des Pechs, selbst Sonntags während 10 Stunden eingesetzt wurden. Abends um 18 Uhr wurden sie ins Lager zurückgeführt, wo sie während mehreren Stunden zum Strafexerzieren (kriechen, laufen, springen) angehalten wurden. Hunde waren hergerichtet, um Arbeiter, die sich ohne zu laufen bewegten, zu beißen. Die Wärter schlugen die Gefangenen oft ohne jeden Grund; sie wurden manchmal in einen halb mit Wasser gefüllten Keller eingesperrt. Die Ernährung der Leute, die zu diesen aufreibenden Arbeiten und Übungen herangezogen wurden, war absolut ungenügend; sie bestand in etwas Brot und einer Suppe gewöhnlich ohne Gemüse. Die Bewoh-

ner von Etzenhofen waren empört, wenn sie in den Straßen diese entkräfteten oder zusammenbrechenden Menschen sahen, die an ihrer blau und weiss gestreiften Sträflingsbekleidung erkenntlich waren.

RÖCHLING Hermann wird nicht vorgeworfen, diese erbärmliche Behandlung angeordnet, wohl aber sie geduldet und nichts zu ihrer Abhilfe getan zu haben.“

Selbst wenn die im Besitz der Röchlingschen Familiengemeinschaft befindlichen Schriftstücke auch weiterhin nur dem von ihr besoldeten Hagiographen<sup>11</sup> offenstehen sollten, könnten Quellen wie die hier zitierte durchaus genügen, um die Geschichte des Röchling-Prozesses zumindest in großen Linien zu zeichnen<sup>12</sup>.

An dieser Stelle kann allerdings nur ein einziger Aspekt behandelt werden, die Frage nach der Motivation Röchlings, seine Rolle als kapitalistischer Unternehmer hinter sich zu lassen, um sich am größten Raubzug der Geschichte zu beteiligen und zugleich zum Sklavenhalter zu werden.

## Diktator für Eisen und Stahl

Das Tribunal Général, die erste Instanz, hatte am 30. Juni 1948 Röchling der Führung des Angriffskrieges für schuldig befunden<sup>13</sup>:

„Hermann RÖCHLING ist aus seiner Rolle als Industrieller herausgetreten, hat sich um hohe Verwaltungsämter beworben und solche angenommen, um die deutsche Eisenerzeugung zu steigern.

So hat im Juni 1940 RÖCHLING Hermann das Amt als Generalbeauftragter für die Eisenhütten in den Départements der Moselle und der Meurthe et Moselle Süd übernommen, in dessen Ausübung er diese Unternehmen mit einer jährlichen Kapazität von mehr als 9 Millionen Tonnen und einer Belegschaft von über 200.000 Köpfen völlig beherrschte. Nach der von Göring im Jahre 1941 durchgeführten Betriebszuteilung be-

11 *Objektiv komisch und ungewollt decouvrierend:* Seibold u.a.O.

12 *Zumal zu Organisation und Rechtsgrundlagen des Verfahrens* Yveline Pendariès, *Les Procès de Rastatt (1946-1954)*, Bern u.a. 1995 das nötige gesagt hat.

13 D18, S. 46.

14 Inge Plettenberg, *Über die Beziehungen saarländischer Schwerindustrieller zum Nationalsozialismus*, in: *Stadtverband Saarbrücken* (Hg.), *Zehn statt Tausend Jahre. Die Zeit des Nationalsozialismus an der Saar (1935-1945)*, Katalog zur Ausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloß, Saarbrücken 1988, S. 60-77; Hans-Christian Herrmann, *Hermann Röchling in der deutschen Kriegswirtschaft*, in: *ZEITSCHRIFT FÜR WESTDEUTSCHE LANDESGESCHICHTE*, 20/1994, S. 405-450.

hielt RÖCHLING Hermann als Generalbeauftragter seine Herrschaft über alle diese Unternehmen bei und bemühte sich mit allen Mitteln, die Produktion dieser Werke, die für die deutsche Kriegsmacht bestimmt war, zu steigern.

Als zu Beginn des Jahres 1942 die Eisenerzeugung in Deutschland absank, schrieb RÖCHLING Hermann an Göring, um ihn auf die Lage aufmerksam zu machen, ihm Mittel zur Abhilfe, insbesondere eine jährliche Produktionssteigerung von 600.000 auf 700.000 Tonnen in Vorschlag zu bringen, ihm mitzuteilen, dass er bedaure, diese Mittel, mangels genügender Autorität nicht anwenden zu können und sich als Retter der Lage anzubieten. (...)

Am 30. April 1942 machte RÖCHLING Hermann dem Minister für Bewaffnung Speer neue Vorschläge zur Erhöhung der Eisenerzeugung.

Am 29. Mai 1942 ernannte Göring RÖCHLING Hermann zum Vorsitzenden der Reichsvereinigung Eisen (RVE), einer Einrichtung, deren Ziel darin bestand, die Kriegsanstrengungen des Reichs im Hinblick auf die Koordination und Intensifizierung der deutschen Eisenerzeugung zu lenken. Am 18. Juni 1942 erhielt er den Titel Reichsbeauftragter unter Ausdehnung seiner Befugnisse auf alle vom Reich besetzten Länder: Die Ernennungsurkunde unterstellt seiner Leitung die besetzten Westgebiete, Norwegen, das Elsass, Lothringen, Luxemburg, die Steiermark, Süd-Kärnten, Böhmen, Mähren, Polen, die Ukraine und Serbien mit den ausgedehnten Vollmachten, alle Maßnahmen zur Produktionssteigerung zu ergreifen. (...)

In der Ausübung seines Amtes als Diktator für Eisen und Stahl in Deutschland und den besetzten Ländern legte RÖCHLING Hermann einen ganz besonderen Eifer an den Tag; gegen die Direktoren der besetzten Betriebe war er von äußerster Strenge. Indem er sich auf das Terrorregime stützte, das Deutschland in den besetzten Gebieten führen liess, forderte er

von ihnen, für die Steigerung einer Macht zu arbeiten, die mit ihrem Vaterland im Kriege stand. Dies ergibt sich aus den Aussagen zahlreicher einvernommener Zeugen (...)

Dank seiner technischen Fähigkeiten und auch des Drucks, den er auf die Industrie der besetzten Länder ausübte, gelang es RÖCHLING Hermann das Absinken der Eisenerzeugung, das zu Beginn des Jahres 1942 eingesetzt hatte, aufzuhalten, wie dies aus dem Bericht des Generals THOMAS, Chef der Reichs-Kriegswirtschaft, vom 13. November 1945 (sic!) hervorgeht (...)

Die Handlungen Hermann RÖCHLINGs haben unbestreitbar in grossem Ausmasse zur Verlängerung der Angriffskriege während 3 Jahren beigetragen; die Anklage, soweit sie sich auf die Führung der Angriffskriege stützt, ist somit begründet.“

Daß das Gericht Röchlings Aktivitäten zutreffend beschrieben hat, ist durch die historische Forschung bestätigt worden.<sup>14</sup> Röchling hat sich dem ins Zentrum der Wirtschaftslenkung aufsteigenden Göring aufgedrängt und schließlich als „Vorsitzer (so die Bezeichnung in den Akten) der Reichsvereinigung Eisen“ – unentgeltlich übrigens – seine organisatorischen Fähigkeiten, die trotz seines Glaubens an wahnhafte Doktrinen<sup>15</sup> und seines, wie noch gezeigt werden wird, Hangs zu versponnenen Projekten beachtlich gewesen sein müssen, in den Dienst des „totalen Krieges“ gestellt und mit unermüdlicher Energie und der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit die Stahlproduktion in Deutschland und den besetzten Gebieten trotz der unausweichlichen Niederlage bis zuletzt aufrechterhalten.

Sein Eigeninteresse vergaß er dabei keineswegs. Er verlangte und erhielt von Göring das Recht, die *Société Lorraine Minière et Métallurgique* in Thionville<sup>16</sup> nach dem Kriege von der Reichsregierung käuflich zu erwerben – und beging damit nach der Auffassung des Gerichts einen Akt der Hehlerei, des wissentlichen Erwerbs geraubten Eigentums<sup>17</sup>. Als ihm sein

15 Neben der „Theorie des Lebensraums“ und anderen pangermanischen Doktrinen hatten auch ausgesprochen obskure Ideen Platz in Röchlings Kopf. So erklärte er im Verhör durch die US-amerikanischen Ermittler: „Ich bin seit sehr fruehen Jahren der Ueberzeugung von der Zwangsläufigkeit alles Geschehens in der Welt. Ich bin es heute mehr denn je. Ich habe selbst Beweise, vollkommen unantastbare Beweise, dass Dinge vorausgesagt waren, mit mathematischer Sicherheit eintrafen, ob wir wollten oder nicht. Dinge, die ich wusste, wo ich verhindern wollte, dass dieses Eintreten von Voraussagen kam, trotzdem sind sie so eingetroffen, wie sie vorausgesagt waren (...) Ich habe deshalb nicht viel zu pruefen gehabt, ist das vorteilhaft oder nachteilhaft. (...) ich habe noch geglaubt im Jahr 1939, dass es vielleicht zu loesenge, gegen eine Voraussage, (...) die der bekannte Voraussager NOSTRADAMUS, im Jahre 1500 vorausgesagt hat, dass 1939 und 1940 England und Polen eine Niederlage erleben wuerden (...)“

KV Anklage, Interrogations, Nr. 115, S. 15 und 17. Seibold a.a.O., S. 268 berichtet ohne Quellenangabe, daß Röchling „auf den Gedanken verfiel Hitlers Existenz aus dem 13. Kapitel der Offenbarung des Johannes heraus zu deuten.“

16 Dieser gehörte auch die einstige Röchlingsche Carlshüt. Diese war von Frankreich als Reparationsleistung beschlagnahmt worden. Die Firma Röchling hatte hierfür Entschädigungszahlungen der Reichsregierung erhalten.

17 So das Urteil vom 25.1.1949, D19, S. 18. Dieses Urteil wurde auf Geheiß der französischen Militärregierung von der Mannheimer Großdruckerei als Broschüre herausgebracht. In den öffentlichen Bibliotheken und Archiven des Saarlandes ist diese nicht vorhanden. Im saarlandesarchiv befindet sich lediglich das Plädoyer des Röchling-Verteidigers Dr. Otto Kranzbühler. Dieser amtierte im Krieg als Marin Richter, danach verteidigte er in Nürnberg Dönitz, Krupp und Flick. Der Firma Röchling blieb er zeitlebens verbunden.

18 D19, S. 19, D13, S. 605-613. 19 D19, S. 19-23.

20 D13 – Generalgericht der Militärregierung für das französische Besatzungsgebiet. Beweisführung der Staatsanwaltschaft gegen die Leiter der Röchling-schen Firma, Teil III. Die den Leitern der Firma zur Last gelegten Handlungen – enthält die vom Ankläger wiedergegebenen Zitate, die bei Gericht hinterlegten Dokumente sind nicht zugänglich.

21 Vgl. Fritz Jacoby, Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebiets bis 1935, Saarbrücken 1973; Gerhard Paul, „Deutsche Mutter – heim zu Dir!“ Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933-1935, Köln 1984.

22 D13, S. 266f. Die zu diesem Komplex dem Gericht übergebenen Dokumente stammen aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes; sie sind von diesem publiziert worden, s. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie C, Bd. I, Teil 1 und 2.

Konkurrent Flick solche Optionen auf die Erz- und Kohlebergwerke in Lothringen und die Stahlwerke von Rombas vor der Nase wegschnappte, beklagte er sich bei Göring in wehleidig-zänkischem Tone, daß er damit übel belohnt werde für „den schweren Kampf“, den er an der Saar „im Jahre 1919 aufgenommen und bis zur Rückgliederung des Saarlandes ohne jede finanzielle Unterstützung seitens des Reiches durchgeführt“ habe. Flick stellte er in weiteren Schreiben an andere Adressaten dar als unpatriotischen Profiteur, einen „Händler“, sich selbst als „Kämpfer“<sup>18</sup>. Als solcher erwartete er gleichwohl, nach dem Krieg an der gemachten Beute beteiligt zu werden. Über die Unterschiede zwischen dem Profit des Unternehmers und der Beute des Kriegers wird noch zu reden sein.

Hier kann jedenfalls festgehalten werden, daß die Vergrößerung des eigenen Unternehmens für Röchling nur ein angenehmer Nebeneffekt seiner primär und aus Gründen seiner politischen Überzeugungen auf die Organisation der Kriegswirtschaft insgesamt gerichteten Aktivität war. Unter den

Röchling mit Adolf Hitler, 1934  
aus: Zehn statt Tausend Jahre



von ihm veranlaßten Demontagen kam nur eine, unbedeutende, der Völklinger Hütte zugute. Die Walzwerkmotoren des Werkes in Joeuf (Meurthe-et-Moselle) und die Halles d'Angleur-Arthus (Belgien) wurden in die besetzten Gebiete der Sowjetunion geschafft, wo Röchling die Stahlproduktion wieder in Gang setzen wollte, das Walzwerk von Ymuiden in Holland kam nach Braunschweig. Auch von Röchling in Frankreich gegründete Firmen, eine Investitionsbank, eine Rohstoffhandlung und eine Einkaufsgesellschaft, dienten der deutschen Kriegswirtschaft insgesamt. Profite erzielten sie nicht, die Verluste mußte die Vichy-Regierung kreditieren<sup>19</sup>.

### Röchling und Hitler im „Saarkampf“

Zur Charakterisierung Röchlings eignen sich neben den Urteilen insbesondere auch die vom Anklagevertreter *Commissaire du Gouvernement* Gerthoffer beim Gericht niedergelegten und in seiner Anklageschrift zitierten Dokumente<sup>20</sup>.

Gerthoffer untersucht zunächst die Beziehungen Röchlings zu Hitler in der Zeit zwischen dessen Amtseinstellung als Kanzler bis zur Rückgliederung des Saargebiets an das Reich. Er weist nach, daß Röchling, der bereits am 31. März 1933 bei Hitler persönlich vorgesprochen hatte, die treibende Kraft der „Deutschen Front“ war, in der die drei für die Rückgliederung eintretenden Rechtsparteien des Saargebiets aufgehen sollten. Dies ist hinreichend bekannt.<sup>21</sup> Bisher nicht gewürdigt wurde allerdings ein vom Ankläger präsentiertes Protokoll der Besprechung zwischen Hitler und Röchling am 4. Mai 1933.<sup>22</sup> Darin erläutert Röchling seine Absicht, aus rein taktischen Gründen die Saargebietsparteien – unter Ausschluß der „marxistischen“ – bestehen zu lassen bis zum „Anschluß“. Dann heißt es:

„Er selbst habe sich gefragt, ob er dem neuen Deutschland und der nationalsozialistischen Bewegung mehr

oben:

Staatsarchiv Nürnberg, KV Anklage,  
Rep 502 I, Nr. II - 292

unten:

s. Anmerkung 22

nützen könne, wenn er beitrete oder draussen bleibe. Er habe sich für die zweite Alternative entschieden.

Der Herr Reichskanzler habe der letzten Bemerkung vollauf beigepflichtet und hinzugefügt, ihm sei das rasche Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung an der Peripherie des Reiches nicht übermäßig angenehm, weil es leicht dazu führen könnte, dass die Massen seiner Anhänger bald Taten verlangten, woraus sich außenpolitische Schwierigkeiten ergeben könnten. Den Versailler Vertrag hasse er selbstverständlich, mindestens ebenso stark wie den Marxismus, man müsse sich aber so lange auf seinen Boden stellen, bis Deutschland wirklich stark geworden sei, was noch 8 - 10 Jahre brauchen werde.“

Während es Röchlings Interesse war, durch die „Deutsche Front“ möglichst auch christlich-konservativ oder sozialdemokratisch orientierte Saarländer an Hitler heranzuführen und er sogar, wie er sich ausdrückte, „die Juden nicht einfach schwimmen lassen“ wollte<sup>23</sup>, so war es Hitler darum zu tun, die im Saargebiet ausgebrochene Begeisterung für seine Person und seine Partei zu dämpfen. Daß Hitler zur Vorbereitung des Krieges Zeit gewinnen wollte, hat Röchling ohne Zweifel verstanden und gebilligt.

In seiner Besorgnis über die ihn allzu heiß verehrenden Saarländer wollte Hitler denn auch nur seinen Stellvertreter Heß zu dem großen Propagandaaufzug der „Deutschen Front“ am 27. August 1933 am Niederwalddenkmal entsenden. Röchling bestürmte daraufhin Vizekanzler von Papen, Außenminister von Neurath und Göring, Hitler umzustimmen, was schließlich gelang<sup>24</sup>.

Hitlers Zurückhaltung im „Saarkampf“ ließ Röchling gar glauben, die

Sehr verehrter Herr Reichskanzler !

Es gehen hier immer wieder Gerüchte um, als ob beabsichtigt sei, die Gauleitung des Gaues Saar von dem letzten Arbeitsbereich des Herrn Bürckel zu trennen und sie nach einer preussischen Stelle zu legen. Die Reorganisationsarbeit im Saargebiet ist in vollem Gange und es macht sich eine zunehmende Beruhigung infolge der geschaffenen und im Zunehmen befindlichen klareren Verhältnisse überall bemerkbar. Ordnung kehrt jetzt allmählich ein, die früher absolut gefehlt hat. Ich kann mir daher nicht denken, dass beabsichtigt sein sollte, diese günstige Entwicklung durch einen Führerwechsel zu unterbrechen.

Trotzdem ich an diesen Wechsel nicht glaube, wollte ich mir doch erlauben, Ihnen gegenüber, sehr verehrter Herr Reichskanzler, meine Bedenken ergebenst zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe die Ehre zu sein  
Ihr sehr ergebener

u. R.  
Fritz v. Breda

H. Röchling

B e s c h r i f t .

Bayreuth, den 21. Juli 1933.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler !

Im Saargebiet waren 1927 etwa 4200 Juden, von denen nach allgemeinen Schätzungen ungefähr 2800 abstammungsberechtigt sein dürften bei einer Gesamtbevölkerung von 850.000 Seelen und etwa 520.000 Wählern. Heute hat die Judenzahl durch Flüchtlinge erheblich zugenommen. In Saarbrücken werden etwa 1600 Juden wahlberechtigt sein, was ohne Bedeutung sein kann. Aber in Saarlouis dürften 500 Juden Wähler sein, - eine Zahl, die umso bedenklicher ist, als es sich um solche Familien handelt, die bereits seit langer Zeit, z.T. sogar seit Gründung von Saarlouis dort wohnen.

Die Juden sind noch in meiner Partei politisch organisiert, jedenfalls höchstens durch sie erfassbar.

Nach § 39 des Saarstatutes des Versailler Vertrages bestimmt der Völkerbundsrat die Bedingungen des Überganges des Saargebietes an Deutschland; d.h. neben anderen Vorschriften wird das Saargebiet nach 1935 auf alle Fälle ein jüdischer Naturschutzpark. Es scheint mir aber notwendig zu sein, durch geeignete Maßnahmen, die jetzt schon bald einzuleiten wären, zu verhindern, daß das Saargebiet zu einem jüdischen Ghetto für ganz Deutschland wird.

Ich bitte daher, sehr verehrter Herr Reichskanzler, sich in dieser Angelegenheit, sei es hier (ich bleibe bis Sonntag Mittag hier) oder sonstwo eine halbe Stunde empfangen zu wollen.

Ich habe die Ehre zu sein

Ihr sehr ergebener

gez. Hermann Röchling.

Politisches Archiv des  
Außenwärtigen Amtes

106.1698

ser könne dem Völkerbund, der in der Tat auf solche drang, allzu große Zugehörnisse hinsichtlich eines Minderheitenschutzes für die saarländischen Juden nach der Rückgliederung machen<sup>23</sup>. Röchling befürchtete für diesen Fall den Zuzug reichsdeutscher Juden und ermahnte seinen Führer am 21. Juli in Bayreuth, wo sich beide zu den Festspielen aufhielten:

„Nach § 39 des Saarstatuts des Versailler Vertrages bestimmt der Völkerbundsrat die Bedingungen des Übergangs des Saargebietes an Deutschland; d.h. neben anderen Vorschriften wird das Saargebiet nach 1935 auf alle Fälle ein jüdischer Naturschutzpark. Es scheint mir also notwendig zu sein, durch geeignete Maßnahmen, die jetzt schon bald einzuleiten wären, zu verhindern, daß das Saargebiet zu einem jüdischen Ghetto für ganz Deutschland wird.

*Ich bitte daher, sehr verehrter Herr Reichskanzler, mich in dieser Angelegenheit sei es hier (ich bleibe bis Sonntag Mittag) oder sonstwo eine halbe Stunde empfangen zu wollen.*<sup>26</sup>

Es ist unwahrscheinlich, daß Hitler Röchling in Bayreuth empfing, um vom Geiste Wagnerscher Musikdramen erhoben *geeignete Maßnahmen einzuleiten*. Dennoch fielen die dem Völkerbund in den „Römischen Verträgen“ zugestandenen Schutzgarantien schwach aus; statt Zuwanderung hatten sie einen Massenexodus zur Folge, und ein Jahr nach der Rückgliederung wurden die jüdischen Saarländer ebenso erbarmungslos verfolgt wie die jüdische Bevölkerung im Reich.

### Röchling und Hitler im totalen Krieg

Nachdem das Saargebiet dank des neunzigprozentigen Votums der Bevölkerung wieder zum Deutschen Reich gehörte, überschüttete Röchling Hitler mit immer neuen Huldigungsschreiben, mit Geschenken und guten Ratschlägen. Mit Schreiben vom 6. August 1935 zum Beispiel schlug er, der

„Mein Führer !

Beim Abschluss des alten Jahres möchte auch ich Ihnen tausend Dank sagen für all das Gewaltige, das Sie für das deutsche Volk und damit für jeden Einzelnen im vergangenen Jahr vollbracht haben. Mit unvorstellbar geringer Verlusten haben Sie den gewaltigen Sieg in unserer Geschichte errungen. Sie haben dem deutschen Volk auf dem Kontingent sein Lebensrecht gewährt und werden es im neuen Jahre sichern.

Ihnen dafür zu danken, ist auch mir ein Herrschensbedürfnis.

Heil mein Führer !  
Ihr getreuer  
gez. H. RÖCHLING \*

Huldigungsschreiben an Hitler,  
s. Anmerkung 8, D 13

nicht eben ein Fachmann für Landwirtschaft war, vor, durch Beseitigung der Torfmoore in Nordwestdeutschland Ackerland für 100.000 Bauernsiedlungen zu gewinnen<sup>27</sup>. An Projekten wie diesem zeigte sich, daß auch Röchling der fixen Idee der nationalistischen Rechten huldigte, Deutschland müsse autark, von Importen unabhängig werden, zunächst, um alle im Außenhandel erwirtschafteten Devisen in die Rüstung stecken zu können, und um im künftigen Krieg nicht wieder getroffen werden zu können von einer Seeblockade, die den Rechtfertigungen der Militärs zufolge im Weltkrieg den Zusammenbruch der „Heimatfront“ verursacht hatte. Aufgrund solcher Überlegungen hat Röchling sehr viel Geld vergeudet auf den von der Fachwelt für illusionär gehaltenen Versuch, mithilfe einheimischer Erze von minimaler Ausbringung und ungünstiger chemischer Zusammensetzung der deutschen Stahlindustrie eine ausreichende Rohstoffbasis zu verschaffen. Als der NS-Staat die Gründung der *Hermann-Göring-Werke*, die ebenfalls autarkistische Ziele verfolgten, betrieb, war Röchling der einzige Stahlindustrielle, der dieses Unterfangen unterstützte, obwohl es einen zusätzlichen, zudem staatlich subventionierten Konkurrenten an den Markt brachte. Gö-

23 D13, S. 271.

24 Ebd., S. 295ff.

25 Vgl. Albert Marx: Die Geschichte der Juden im Saarland vom Ancien Régime bis zum Zweiten Weltkrieg, *Saarbrücken* 1992, S. 188-193.

26 Dieser Brief aus dem politischen Archiv des Auswärtigen Amtes hat der Anklagebehörde nicht vorgelegen. Marx a.a.O. wagt es nicht, ihn wiederzugeben und zu interpretieren.

27 Zitiert in D13, S. 342ff., in Kopie erhalten im Bestand KV Ankl. Dok. Fotokop. NI 299.

**Gedanken über die Vorbereitung zum  
Kriege und seine Durchführung.**

---

Immer drohender wird die Kriegsgefahr für das Deutsche Volk. In Osten steht Russland mit seiner kommunistischen Staatsauffassung und der Gottlosenlehre im schärfsten Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland, das ihm den Weg zur Weltrevolution versperrt. Deutschland hat mit seinem Antisemitismus dem in Russland absolut herrschenden Judentum und dem Judentum der Welt, dem einflussreichsten Vorkämpfer des Bolschewismus, den schärfsten Kampf angesagt. Indem es den Juden in Deutschland das Leben immer schwerer macht, sie dadurch aus dem Lande treibt und überall, wo diese Flüchtlinge hinkommen, den Antisemitismus mächtig anschwellen lässt, rührt es an das Leben schlechthin der jüdischen Rasse.

Im Westen sehen wir die Entwicklung in Frankreich immer mehr zum Bolschewismus hinübergleiten. Die Logen der Freimaurer ermöglichen den Juden den Aufstieg bis in die höchsten Machtposten des Staates. Die Trennung von Staat und Kirche hat allmählich zu einer ausserordentlichen Stärkung der Gottlosenbewegung in Frankreich geführt, und die Jugenderziehung liegt in den Händen einer überwiegend atheistischen Lehrerschaft, die ebenfalls zu den stärksten Stützen des Marxismus gehört. Das Bauerntum, das bisher die Stütze des Staates war, leidet schwerer Not unter der Konkurrenz der ausserordentlich billigen Erzeugung in den afrikanischen Kolonien, die man nicht hindern kann, ihre Erzeugnisse in Frankreich abzusetzen, wenn man die Kolonien nicht aufgeben will. Die nach dem Krieg stark zuneh-

Ausriß aus Hermann  
Röchlings Schrift: Gedanken  
über die Vorbereitung  
zum Kriege und seine  
Durchführung, Staatsarchiv  
Nürnberg, KV Ankl. Dok.  
Fotokop., NI 299

ring belohnte ihn dafür mit dem Rang eines „Wehrwirtschaftsführers“<sup>28</sup>.

Am 11. Dezember 1940 riet Röchling Hitler, in die Balkanstaaten einzufallen, diese dem deutschen „Lebensraum“ einzugliedern und zulasten ihrer Bevölkerung die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands zu verbessern. Diesen Raub fremden Landes und die Ausplünderung der dortigen Menschen – später dann von der Wehrmacht in der Sowjetunion verübt – wollte er verbunden sehen mit der Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land in Deutschland, indem jeder Familie die Selbstversorgung aus eigener Kleinlandwirtschaft ermöglicht werden sollte.<sup>29</sup>

Wie sehr Röchling und Hitler übereinstimmen, zeigt der Vergleich zweier Texte, die beide jeweils im August 1936 verfaßt haben. Hitlers am 4. September dem Reichskabinett verlesenes, Ende August diktiertes Geheim-

papier zum Vierjahresplan<sup>30</sup> erteilte abschließend den Befehl:

„Ich stelle damit folgende Aufgabe:

I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren kriegsbereit sein.

II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“

Das Ziel des Krieges sollte die „Erweiterung des Lebensraums bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes“ sein. Daß damit die schon am 3. Februar 1933 der Reichswehrführung in Aussicht gestellte „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“ gemeint war, ist daran zu erkennen, daß Hitler eingangs die eigenen Vernichtungsphantasien dem Bolschewismus unterstellt hatte:

„Seit dem Ausbruch der französischen Revolution treibt die Welt in immer schärferem Tempo in eine Auseinandersetzung, deren extremste Lösung Bolschewismus heißt, deren In-

28 D13, S. 372-393.

29 Ebd., S. 335f.

30 Aufzeichnung ohne Unterschrift, Abschrift, (Obersalzberg August 1936), in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Aus den Archiven des Auswärtigen Amtes, Serie C Bd. 5, S. 793-801.

halt und Ziel aber nur die Beseitigung der bislang führenden Gesellschaftsschichten der Menschheit durch das international verbreitete Judentum ist (... Ein) Sieg des Bolschewismus über Deutschland würde nicht zu einem Versailler Vertrag führen, sondern zur endgültigen Vernichtung, ja Ausrottung des deutschen Volkes.“

Hilfe habe Deutschland nicht zu erwarten: „Die anderen Länder sind (...) durch ihre demokratische Lebensform zersetzt, marxistisch infiziert und damit in absehbarer Zeit selbst dem Zusammenbruch verfallen (...).“ Konsequenz in der Hitlerschen Logik:

„Ähnlich der militärischen und politischen Aufrüstung bzw. Mobilmachung unseres Volkes hat auch eine wirtschaftliche zu erfolgen, und zwar im selben Tempo, mit der gleichen Entschlossenheit und, wenn nötig, auch mit der gleichen Rücksichtslosigkeit.“

Bei Röchling<sup>31</sup> heißt es:

„Immer drohender wird die Kriegsgefahr für das Deutsche Volk. Im Osten steht Russland mit seiner kommunistischen Staatsauffassung und der Gottlosenlehre in schärfstem Gegensatz zum nationalsozialistischen Deutschland, das ihm den Weg zur Weltrevolution versperrt. Deutschland hat mit seinem Antisemitismus dem in Russland absolut herrschenden Judentum und dem Judentum der Welt, dem einflussreichsten Vorkämpfer des Bolschewismus, den schärfsten Kampf angesagt. Indem es den Juden in Deutschland das Leben immer schwerer macht, sie dadurch aus dem Lande treibt und überall, wo diese Flüchtlinge hinkommen, den Antisemitismus mächtig anschwellen läßt, rührt es an das Leben schlechthin der jüdischen Rasse.“

Im Westen sehen wir die Entwicklung in Frankreich immer mehr zum Bolschewismus hinübergleiten. Die Logen der Freimaurer ermöglichen den Juden den Aufstieg in die höchsten Machtstellen des Staates (...). Der schrankenlose Individualismus, wie er sich in allen Gesetzen und der gesamten politischen Haltung des Volkes ausdrückt, macht eine Änderung

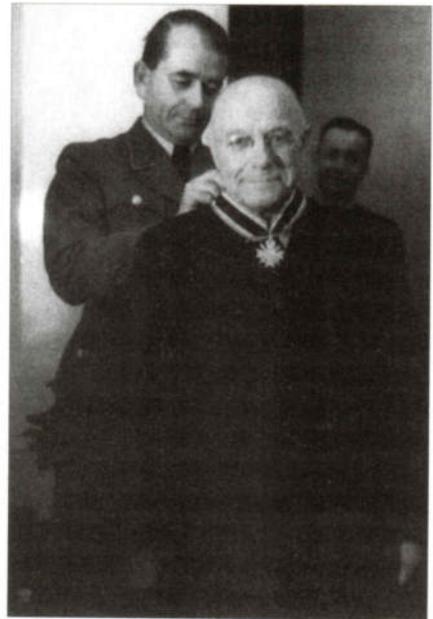
der dem Bolschewismus entgegengerichteten Entwicklung der politischen Lage fast unmöglich. Durch das Militärbündnis mit Russland gibt der französische Generalstab, wenn auch ungewollt, sein Placet. Es ist nicht zu sehen, worin die Möglichkeit bestehen sollte, den Entscheidungskampf zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus zu vermeiden.(...)

England, das bis in die höchsten Kreise verjudet ist, hat viel zu viel Hemmungen, um sich auf unsere Seite zu stellen.(...)

Das Facit aller dieser Überlegungen ist also, dass der Krieg fast unvermeidlich ist; die wesentliche Frage ist, wann er ausbricht. Darüber etwas vorauszusagen, wäre vermessen. Ich glaube aber nicht, daß er bald kommen wird. Jedenfalls müssen wir uns mit allen Mitteln darauf einrichten, denn dieser Kampf ist ein Kampf um unsere Existenz. (...)

Welche Lehren ergeben sich aus dieser Tatsache? Zunächst muss das deutsche Volk für diesen Kampf unbedingt geistig gestärkt werden. Es geschieht dies durch die nationalsozialistische

Albert Speer überreicht Röchling das Kriegsverdienstkreuz, aus: Gerhard Seibold, Röchling. Kontinuität im Wandel



31 Gedanken über die Vorbereitung zum Kriege und seine Durchführung, s. Anm. 27. Daß Hitler diesen Text kannte, als er seine Ausführungen zum Vierjahresplan diktierte, ist nicht anzunehmen, denn der Chef der Reichskanzlei, Lammers, schrieb an Röchling erst am 19. September: „Ich werde Ihre Ausarbeitung bei nächster Gelegenheit dem Führer und Reichskanzler vorlegen.“

NI 299, S.12.

*Erziehung (...) das Wichtigste ist immer, dass das Volk stark genug gemacht wird, die Belastungsprobe auszuhalten, die ein solcher Krieg bedeutet. Dazu gehört auch, dass jeder, aber auch jeder waffenfähige Mann immer wieder an die Front mit der Waffe in der Hand sein Vaterland verteidigen muss. Es darf keine Scheidung in Front, Etappe und Heimat geben. Jeder aus der Etappe, jeder aus der Heimat muss auch an der Front seine Haut zu Markte tragen. Geschieht dies nicht, so werden all die unerfreulichen Kriegserinnerungen, die mit zur Revolution geführt haben, wieder wach werden und zu unserer Vernichtung beitragen.“*

In ihrem rabiatischen, den Juden nach dem Leben trachtenden Antisemitismus, in ihrer Verachtung der Demokratie und des Individualismus und in ihrer Entschlossenheit zum Eroberungs- und Raubkrieg gegen die Sowjetunion und zur totalen Mobilisierung von Gesellschaft und Wirtschaft hierzu stimmen Röchling und Hitler völlig überein. Daß Röchling die Notwendigkeit des totalen Krieges auch durch Rekurs auf die „Dolchstoß“-Legende begründet, hätte sicher Hitlers Beifall gefunden.<sup>32</sup>

## Händler und Helden

Der Unternehmer und Ingenieur Hermann Röchling ist uns in den hier untersuchten Dokumenten nicht eben als nüchtern kalkulierender *homo oeconomicus* entgegengetreten. Er hat es nicht dabei belassen, Geschäfte zu tätigen, Verhandlungen zu führen, Verträge zu schließen, Produktionsprozesse zu organisieren und von Lohnarbeitern ausführen zu lassen und daraus seinen Profit zu ziehen. Er ließ die Welt des Tausches hinter sich und verschrieb sich der Gewalt, indem er eifrigst und an wichtiger Stelle an einem eine irrwitzige Utopie verfolgenden Raub- und Versklavungskrieg teilnahm und wesentlich dazu beitrug, daß die unvermeidliche deutsche Niederlage un-

ter größten Opfern um Jahre hinausgezögert wurde.

Dieser sein Werdegang, sein Denken, seine Verbrechen – sogar sein Äußeres, das an George Grosz' *Stützen der Gesellschaft* denken läßt – erscheinen wie die geradezu idealtypische Personifikation des deutschen Imperialismus, jener politischen Strömung, die Deutschland aus der Zivilisation in die Barbarei geführt hat.<sup>33</sup>

Am Ende des 19. Jahrhunderts waren in Deutschland imperialistische Agitationsverbände entstanden. Ein Dogma ihrer höchst wirksamen Massenpropaganda lautete, es gäbe für die deutsche Wirtschaft keine Alternative zur gewaltsamen Gewinnung von Rohstoff- und Absatzmärkten. Die sozialistische Kritik übernahm diese These mit umgekehrtem Vorzeichen, indem sie den nach Gewalt drängenden Imperialismus gesetzmäßig aus der kapitalistischen Entwicklung hervorgehen sehen wollte. Das Handels- und Industriebürgertum aber hatte erkannt, daß der deutschen Wirtschaft sehr wohl noch Chancen der friedlichen Expansion, der Durchdringung äußerer Märkte offenstanden, und es hielt sich – von einigen Schwerindustriellen abgesehen – zunächst von den überwiegend von Kleinbürgertum und Intelligenz getragenen imperialistischen Bewegungen fern. In der Tat drückte sich im Wahnwitz der imperialistischen Propaganda auch keine ökonomische Konstellation aus, sondern eine irrationale Auflehnung gegen das dichte Netz zivilisatorischer Zwänge, in das die kapitalistische Gesellschaft und der moderne Nationalstaat ihre Mitglieder einbinden, und die zu verinnerlichen sie diese ständig anhalten. Die imperialistischen Doktrinen setzten der modernen, durch strukturelle, anonyme Selbstdisziplinierungszwänge zusammengehaltenen Zivilisation das Wunschbild einer archaischen, von Kampf und gewaltförmiger Herrschaft geprägten Welt entgegen: durch den Rassismus der Kolonialbewegung, durch den darwinistischen Nationalismus, der die internationale Politik als

rechts:

*Röchlings Schlußwort im Rastatter Kriegsverbrecherprozeß, Staatsarchiv Nürnberg, KV Prozesse Rep. 501 XXXVIII, 916*

<sup>32</sup> In einem Punkte unterscheidet sich Röchling von Hitler: Er möchte die Kirchen nicht bekämpfen, sondern eingebunden sehen. Daher sein Verweis auf die bolschewistische „Gottlosenlehre“.

<sup>33</sup> Der folgende Abschnitt resümiert in der hier unvermeidlichen Verkürzung und Vereinfachung Gedanken aus meiner unveröffentlichten Abhandlung über Tausch und Gewalt in der bürgerlichen Zivilisation.

### Schlußwort

in "Prozeß gegen die Leiter der Firma "R S c h l i n g"  
vor dem französischen General-Gericht zu Raastatt  
am 2. Juni 1948.

VON

Kommerzienrat Hermann R S c h l i n g  
zugleich in Namen seiner Mitangeklagten.

Herr Präsident, meine Herren Richter !

Darf ich vor allem den Hohen Gericht dafür danken, daß ich in diesen Prozeß ein letztes Wort sprechen darf.

In eigenen Namen und in Namen meiner Mitangeklagten spreche ich unseren von ganzem Herzen kommenden Dank den französischen und deutschen Verteidigern aus, die trotz der völlig ungeklärten Honorarfrage die Verteidigung durchgeführt haben. In ihren hervorragenden, von höchstem Verantwortungsbewußtsein gegen ihre Völker getragenen Ausführungen haben sie klar und einleuchtend die objektive Wahrheit dargelegt und so einen der Wege des Friedens für unsere beiden Völker gewiesen.

Mein persönliches Schicksal in diesem großen Geschehen bedeutet nichts. In meinem Alter steht man der himmlischen Justiz näher als der irdischen. Ich habe keine lange Spanne des Lebens mehr vor mir. Zweifelhafte Kriege habe ich erleben müssen; der letzte erschlug das Deutsche Reich und nahm mir meinen einzigen Sohn, die Hoffnung meiner Familie.

Was mich in diesem Augenblick besonders bewegt, ist das Unglück der Männer, die durch ihre Verbindung mit mir, und nur deswegen, auf dieser Anklagebank sitzen. Keinen von ihnen sehen Sie hier, wenn ich nicht während des Krieges Aufgaben übernommen und zu erfüllen versucht hätte, die über die Leistung des Völklinger Werkes hinausgingen. Ich habe nie einen dieser Mitangeklagten danach gefragt, ob ich diese Aufgaben übernehmen und wie ich sie erfüllen sollte.

Zu den Vorwürfen, die gegen mich erhoben worden sind, habe ich nach allem, was vorgetragen wurde, nur noch wenig zu sagen: Mag mich die brennende Liebe zu meinem Vaterlande hier und da zu weit geführt haben, ehrlose oder gar gewinnstüchtige Absichten, die mir die Staatsanwaltschaft unterstellt, habe ich - weiß Gott!

- 2 -

nicht gehabt! Wenn ich mich prüfend frage, wie wohl irgendeiner der vielen französischen oder belgischen Industriellen, die ich zum Teil seit Jahrzehnten kenne und schätze, in meiner Lage und an meiner Stelle gehandelt hätten, so glaube ich nicht, daß ihr Verhalten in wesentlichen Dingen ein anderes gewesen wäre als das meinige.

Die Sorge für sein Vaterland stand mir immer höher als meine persönlichen Sorgen. Vielleicht war das mein Hauptfehler. Aber lassen Sie mich noch einmal in diesen Fehler zurückfallen; Lassen Sie mich arbeiten und nützlich sein! Untätigkeit liegt mir nicht. Ich bin Ingenieur und nichts als Ingenieur. Lassen Sie mich durch meine Arbeit als Techniker dazu beitragen, die vielen Wüsten zu lindern, die heute die Völker bedrücken! So kann ich vielleicht wenigstens Anderen ihr schweres Los etwas erleichtern.

Mit besonderer Liebe und Anhänglichkeit gedenke ich in diesem Augenblick all' der vielen Getreuen in Völklingen und ihrer Familien. Daß sie nicht glauben können, daß ich ein Verbrecher sei, hat mich mit heißer Dankbarkeit erfüllt; denn sie alle haben mich in jahrzehntelanger Arbeit kennen gelernt.

Es liegt mir fern, die Bedeutung meiner Person und die Wirkung eines Urteils gegen mich zu übertreiben. Die Welt wird weiter ihren Lauf nehmen. Trotzdem bitte ich Sie, meine Herren Richter, ihr Urteil nicht so zu gestalten, daß es als ein Stachel zwischen unseren Völkern steht! Es darf nicht neue Unruhe sinnen zwischen unseren Völkern, die beide die Ruhe und einen dauernden Frieden so dringend brauchen.

Überlebenskampf der Völker deutete und den kolonialrassistischen Anspruch, überseeische Gebiete dauerhaft unterwerfen und ausplündern zu dürfen, gegen europäische Völker erweiterte, und durch den Sozialdarwinismus und die Eugenik, die das Recht des Stärkeren innerhalb der eigenen Gesellschaft postulierten und Kranken und Marginalisierten das Lebensrecht absprachen.

Da sich die imperialistischen Organisationen als Gegengewicht zur aufsteigenden Arbeiterbewegung anboten, fanden sie zunehmend Gehör bei den politischen Parteien des Bürgertums und der Großagrarien, und sie erlangten bestimmenden Einfluß auf die Reichsregierung, die durch großspürige „Weltpolitik“ die zahlreichen inneren Gegensätze Deutschlands zu überspielen suchte. Dies führte in den Ersten Weltkrieg, und in dessen Verlauf fand der darwinistische Nationalismus, der zudem nach umso extremeren Kriegszielen strebte, je schlechter die militärischen Aussichten wurden, eine immer größere Anhängerschaft in Bourgeoisie und Aristokratie. Für die, die an die biologisch gegebene Höherwertigkeit der Deutschen glaubten, war die Kriegsniederlage eine nicht zu verwindende Kränkung. In darwinistisch-nationalistischer Denkungsart konnte sie nur einen Grund haben: innere Zersetzung durch undeutsche Elemente. Der Antisemitismus, von Beginn an Bestandteil des deutschen Imperialismus, rückte nun in sein Zentrum. Die der unverwundenen Niederlage entspringenden Vernichtungsphantasien wurden auf die Juden projiziert. Die russische Revolution und die Sowjetunion wurden als ihr Werk und als tödliche Bedrohung Deutschlands phantasiert. Ältere Wunschorstellungen von der „Germanisierung des Ostens“ erschienen damit als Selbstverteidigung und zudem als berechnete, künftig Autarkie ermöglichende Antwort auf die britische Seeblockade, die in nationalistischer Wahrnehmung Deutschland so geschwächt hatte, daß es der Zersetzung anheimfallen konnte.

Nach einem liberalkapitalistischen und demokratischen Zwischenspiel, das durch die Weltwirtschaftskrise beendet wurde, setzte sich die imperialistische Tendenz wieder durch. In Hitler fand sie ihren allzu willigen Vollstrecker. Er, unterstützt von allen



gaben des *Internationalen Gerichtshofes* in Nürnberg streng einhielt, Röchling freisprechen, da wegen dieses Tatbestandes – um Massenurteile zu vermeiden – nur „hauptsächliche Urheber“, also die höchsten Spitzen der Staats- und Militärführung – nicht einmal Albert Speer wurde diesen zugerechnet – verurteilt werden konnten.

links:  
Röchling mit Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, aus: Gerhard Seibold, Röchling. Kontinuität im Wandel

mächtigen Kräften der Nation und verehrt von der großen Mehrheit der Bevölkerung, machte Ernst, und als seine imperialistische Praxis, der völkermörderische „Totale Krieg“, noch hinausging über die ausgreifendsten imperialistischen Doktrinen, hatte sich die Nation in eine Dynamik begeben, die sie unlösbar an ihren Führer band.

Die Zerschlagung des Deutschen Reiches durch die Alliierten hat den deutschen Imperialismus aus der Welt geschafft, und auch wenn viele seiner Protagonisten zunächst in Amt und Würden und unbelehrt blieben, den Weg zum gesellschaftlich und kulturell fundierten demokratischen und sozialen Rechtsstaat eröffnet. Um dessen Wert nicht zu vergessen, lohnt sich ein Blick zurück allemal. Vielleicht wird deshalb auch einmal anerkannt, daß die Ruine der Völklinger Hütte mehr ist als ein technikgeschichtliches Denkmal. Daß sie zum Weltkulturerbe gehört, hat einen Hintersinn, den es zu entdecken gilt.

### PS über Recht und Gerechtigkeit

Röchling wurde in zweiter Instanz wegen Kriegsverbrechen wirtschaftlicher Art verurteilt. Zu diesen wurde auch die Verschleppung und Mißhandlung von Arbeitern gerechnet, die ursprünglich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geahndet werden sollten. Vom Vorwurf der Führung von Angriffskriegen mußte das Gericht, das die Vor-

1946 hatte das Rastatter Gericht 15 Angehörige der Wachmannschaft des Gestapo-Lagers Neue Bremm zum Tode verurteilt.<sup>34</sup> Sie hatten eigenhändig gefoltert und gemordet und konnten deshalb zur Höchststrafe verurteilt werden. Die Organisatoren des großen Mordens hatten kein Blut an den Händen und kamen meist gnädig davon.

Röchling wurde 1951 – um vier Jahre vorzeitig – aus der Haft entlassen. Heinrich Welsch, Mitglied der saarländischen Regierung und später Interimsministerpräsident, vormals Gestapo-Chef in Trier und 1938 bis 1940 mit „Sonderauftrag“ in Wien, hatte sich beim französischen Außenminister Schumann für ihn verwendet<sup>35</sup>; angeblich hatte auch Adenauer zu seinen Gunsten interveniert<sup>36</sup>. Der *Verband Deutscher Ingenieure* verlieh Röchling den *Siemens-Ring*, Wirtschaftsminister Erhard gratulierte persönlich. Bundespräsident Heuss sagte an seinem 80. Geburtstag, daß „*seine Lebensleistung in Sorge um ein großes Werk vor der Geschichte bestehen könne*“<sup>37</sup>. Röchlings Tod zwei Monate vor der zweiten Saarabstimmung wurde von deutscher Seite propagandistisch genutzt. Bei seinem Begräbnis versuchte sich der Völklinger Pfarrer Karl Jakob – erfreulicherweise glücklos – als Prophet: „*Er ist nicht tot, er wird leben, er wird ein leuchtendes Vorbild bleiben, hoffentlich auch für die junge Generation.*“<sup>38</sup>

34 Vgl. Elisabeth Thalhofer, Neue Bremm. Terrorstätte der Gestapo. Ein Erweitertes Polizeifängnis und seine Täter 1943-1944, St. Ingbert 2002.

35 H.-C. Herrmann a.a.O., S. 445ff.

36 Seibold a.a.O., S. 272.

37 Ebd., S. 278f.

38 Zit. bei H.-C. Herrmann a.a.O., S. 447.

# Gesundheit – ein Menschenrecht?

Von Wolfram Henn

*„Müßte nicht der erste Mensch, der einen anderen Menschen nach eigenem Belieben in seinem natürlichen Sosein festlegt, auch jene gleichen Freiheiten zerstören, die unter Ebenbürtigen bestehen, um deren Verschiedenheit zu garantieren?“*

*(Jürgen Habermas, 2001)*

Von *mens sana in corpore sano* bis zu *fit for fun*, von den Heldenepen der Antike bis zum Kult um Boygroups und Supermodels des 21. Jahrhunderts hat sich die Menschheit schon immer Ideale von Gesundheit, Schönheit und Jugend gesetzt, die nur für wenige Glückliche erreichbar waren und sind. Aus dieser ebenso schmerzlichen wie unleugbaren Gewißheit heraus, hat sich für das Selbstwertgefühl der Vielen ein Auffangtatbestand herausgebildet, die wie auch immer verstandene Normalität.

Wenn auch der Individualismus als Drang, sich aus der Masse herauszuheben, eine der kulturübergreifend stärksten und, als Antidot zum Totalitarismus, auch segensreichsten geistesgeschichtlichen Strömungen der Neuzeit ist, so ist doch für die Gesundheit der Normwert das Ziel alles Strebens.

Von der Wortbedeutung her kann Normalität statistisch – als der Mehrheit zugehörig – oder aber normativ – als funktionell oder sogar moralisch gut – verstanden werden. Auch wenn jeder weiß, daß beides nicht immer zusammenfällt: Daß der Satz „Du bist ja nicht normal“ zumeist als Beschimpfung gemeint ist und auch so aufgefaßt wird, zeigt, daß eher letzteres Verständnis verbreitet ist.

Hier funktionieren dieselben Mechanismen von Identifikation und Abgrenzung wie

bei Speziesismus, Rassismus und Sexismus. Diejenige Gruppe, der man selbst zugehörig ist, wird gegenüber den anderen als qualitativ und moralisch überlegen definiert, und um dieser Selbsterhöhung den Ruch der Willkür zu nehmen, wird dafür nach objektiven, am besten naturwissenschaftlichen Argumenten gesucht.

Anders als die individuellen unveränderlichen Zuordnungen nach Spezies, Rasse und Geschlecht ist Gesundheit allerdings ein verlierbarer Status. Man läuft hier also Gefahr, den Wertvorstellungen, denen man heute überzeugt anhängt, morgen selbst nicht mehr zu genügen. Hieraus erklärt sich eine verbreitete Doppelzüngigkeit: Der Mensch neigt dazu, denjenigen Gebrechen bei anderen verständnisvoll gegenüberzustehen, von denen er sich selbst bedroht fühlt. Dementsprechend stehen in der sozialen Hierarchie der Krankheiten Herzinfarkt und Krebs weit oben, während man mit Suchtkrankheiten oder Demenz erst als Angehöriger oder Betroffener umzugehen lernt. Es drängt sich mitunter sogar der Eindruck auf, daß auch die Geldströme der Forschungsförderung entscheidend von den eigenen gesundheitlichen Sorgen der politischen Entscheidungsträger mitgesteuert werden.

Die Geschichte des Umgangs mit dem gesundheitlichen Anderssein – soweit es nicht um heilbare Krankheiten und damit lösbare Probleme geht – ist über weite Strecken von Ausgrenzung oder sogar gesellschaftlich geforderter Ausmerzungen geprägt; Toleranz und Akzeptanz sind Erfindungen der Neuzeit, die sich bei weitem noch nicht durchgesetzt haben.

In vorgeschichtlicher Zeit war das zumeist allein entscheidende Kriterium für die Aufnahme eines Menschen in die Familie seine Fähigkeit, aktiv zu deren Überleben beizutragen. Es war in den meisten Kulturen üblich, daß das Oberhaupt einer Familie, also zumeist der Vater, entschied, ob ein neugeborenes Kind angenommen oder aber ausgesetzt und damit getötet wurde. Kinder mit erkennbaren Behinderungen hatten keine Überlebenschance; ihrer Tötung standen keine Verbote und wohl auch kein Unrechtsbewußtsein entgegen.

In den Soldatenstaaten der Antike, allen voran Sparta, war die Wehrtüchtigkeit oder Kriegsnützlichkeit eines Menschen der Maß-

stab für sein Lebensrecht. Hier oblag die Entscheidung dem Ältestenrat; wer behindert und damit nutzlos erschien; wurde in den Schluchten des Berges Taygetos gestürzt. Man war allerdings klug genug, Kriegsinvaliden Schonung zu garantieren, um nicht die Risikobereitschaft der Soldaten in der Schlacht zu vermindern. Auch die ansonsten die Bürgerrechte stärkenden Gesetze Solons in Athen erhoben das Töten behinderter Kinder zur Staatsräsion.

Ganz in diesem Sinn unterschied die Hippokratische Medizin die behandelbaren Leiden streng von den unbehandelbaren, von deren Behandlung der Arzt Abstand nehmen sollte. Daß der klumpfüßige Gott Hephaistos und der blinde Seher Teiresias in der griechischen Mythologie herausragende Rollen spielten, tat dem keinen Abbruch.

Auch im antiken Rom wurden behinderte Menschen entweder getötet, versklavt oder zur Volksbelustigung ausgestellt. Der „Narrenmarkt“, das *forum morionum* der Kaiserzeit, war der erste Vorläufer der *freak shows*, die es bis ins zwanzigste Jahrhundert auch bei uns auf Jahrmärkten gab.

Allerdings gab es bereits in vorchristlicher Zeit religiös motivierte Toleranzgebote, die beispielsweise in Ägypten Blinde und Gelähmte unter den Schutz der Götter stellten und sie für den Dienst im Tempel prädestinierten.

Leitmotive für die Einstellung zu Krankheit und Behinderung im Altertum waren die Verknüpfung von Leiden mit Schuld und, davon beeinflusst, seine Tabuisierung als ein böses Omen. Krankheit wurde als göttliche Strafe für das Fehlverhalten des Kranken, die Geburt behinderter Kinder als Folge der Sünden der Eltern betrachtet. Der gesellschaftliche Umgang mit Kranken wiederum wurde aus der Befürchtung heraus vermieden, den Zorn der Götter auf die eigene Familie zu lenken.

In der Bibel läßt sich diese Haltung noch im Alten Testament finden, wohingegen sich im Johannesevangelium Jesus explizit vom Schuldprinzip für Krankheit abwendet.

Diesem Grundsatz der *caritas* folgend verbot der erste christliche Kaiser Konstantin die Kindaussetzung im römischen Reich. Auch der Koran, der die einflußreiche arabische Medizin des Mittelalters prägte, fordert für den Umgang mit Behinderten Fürsorge und Toleranz.

Ganz wurde die Dämonisierung von Krankheit aber nicht überwunden. Im Volksglauben wie auch im Klerus blieb der Glaube an Teufelsbesessenheit verbreitet, so daß verhaltensauffällige Kranke, etwa Epilektiker, dem Exorzismus statt der ohnehin meist hilflosen Medizin zugeführt wurden. Behinderte Kinder wurden als „Wechselbälger“ verdächtigt, die der Teufel den ahnungslosen Eltern untergeschoben habe.

Konsequenz des Spannungsverhältnisses zwischen Tötungsverbot und Tabuisierung war der bis in die Neuzeit eingehaltene Usus des Versteckens von Behinderten in der Familie oder ihrer Verwahrung in Anstalten. Nur wenige Reformen wie der durch das nach ihm benannte Syndrom bekannt gewordene John Langdon Down um 1870 bemühten sich, mit allerdings begrenztem Erfolg, um eine Öffnung der Behindertenanstalten und den Zugang ihrer Insassen zum Alltagsleben. Die Schatten dieser Vergangenheit scheinen noch die gegenwärtigen Diskussionen um die Reform der stationären Psychiatrie oder die integrative Beschulung geistig behinderter Kinder mitzubestimmen.

Mit der Aufklärung erfuhr das christliche Gebot der Nächstenliebe und der Glaube an die Gottesebenbildlichkeit des Menschen eine philosophische Ergänzung durch die Ideen der unverlierbaren Menschenwürde und der aus ihr abgeleiteten unveräußerlichen Menschenrechte. Auf die Stellung Kranker und Behinderter in der Gesellschaft bezogen bedeutete dies eine Absage an jede Form der Bemessung von Lebensrecht und Nützlichkeit. Diese Denktradition nachzuverfolgen ginge über das hier zu Erörternde hinaus; ihr aktueller gesetzgeberischer Ausdruck in Deutschland ist die Ergänzung des Grundgesetzes erst 1994 durch die Formulierung „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“.

In der Biologie des 19. Jahrhunderts dagegen wurden durch Darwin und seine Mitstreiter die aus der Antike bekannten Selektionsgedanken zunächst für die Evolution der Lebewesen insgesamt aufgenommen und dann auch auf den Menschen übertragen. Schon Aristoteles hatte empfohlen, verkrüppelte Kinder nach der Geburt sterben zu lassen. Ernst Haeckel beschrieb angeborene Fehlbildungen als Atavismen, also Rückfälle in niedrigere Stufen der Evolution, und sprach

ihren Trägern als „Affenmenschen“ den Status vollwertiger Menschen ab.

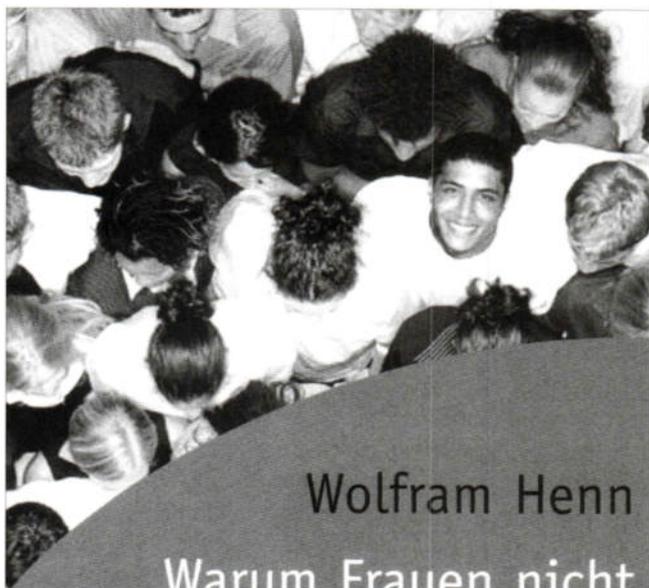
Charles Darwin schrieb in seiner *Abstammung des Menschens* unverhohlen davon, daß auch in zivilisierten Gesellschaften die Schwachen eliminiert werden müßten, so wie es auch in der Tierzucht notwendig sei. Aus den humanitären Vorstellungen seiner Person wie seiner Epoche heraus überstieg es zweifellos Darwins Phantasie, daß derlei einmal mit staatlicher Gewalt versucht werden könnte. Dennoch kann ihm der Vorwurf nicht erspart werden, daß er eifrige – zu eifrige – Schüler auf den Plan gerufen hat.

Schon einige Jahre vor den Äußerungen Darwins hatte sein schon erwähnter Vetter Francis Galton die Theorie entwickelt, nach der menschliche Tugenden erblich bestimmt seien. In ihrer Konsequenz prägte er den Begriff der, zunächst positiven, Eugenik für die

systematische Förderung wünschenswerter Erbeigenschaften. Daß Galton zur Untermauerung seiner Thesen mit Vorliebe den eigenen, etwas geschönten Familienstammbaum anführte, sei nur am Rande erwähnt. Der naheliegende negativ-eugenische Umkehrschluß war der Glaube an die Vererbbarkeit und damit „erbhygienische“ Vermeidbarkeit nicht nur bestimmter Krankheiten, sondern auch unerwünschter Charakterzüge. Auch dies war kein ganz neuer Gedanke: Der Vorschlag einer staatlich gelenkten Zuchtwahl zugunsten der Tüchtigsten findet sich schon bei Platon.

Neu war im zwanzigsten Jahrhundert allerdings die brutale Konsequenz, mit der die philosophischen Gedankenspiele, als biologisch notwendiges Vorgehen ummäntelt, in die Tat umgesetzt wurden.

Protagonisten dieses Biologismus waren Karl Binding und Alfred Hoche, die in ihrem Buch über die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ kurz nach dem ersten Weltkrieg volkswirtschaftliche Modellrechnungen zu den Kosten für die Krankenpflege in Anstalten vornahmen. Dies war eine klare Absage an das Menschenbild der Aufklärung; der Schritt zurück vom Respekt für die Menschenwürde zur ökonomischen Bewertung von Lebensrecht war vollzogen. Gleichzeitig lieferten die zu ihrer Zeit hochrenommierten Wissenschaftler – der Jurist Binding war emeritierter Rektor der Universität Leipzig, Hoche bekleidete den Lehrstuhl für Psychiatrie in Freiburg – mit Begriffen wie „Ballastexistenzen“ und „leeren Menschenhüllen“ das propagandistische Vokabular, dessen sich die Nazis wenige Jahre später nur zu gerne bedienten. Auffallend war dabei die fast wortgleiche Aufnahme der eugenischen Thesen Darwins durch Binding und Hoche – mit dem Unterschied, daß sie schon im Titel des Buches die „Freigabe der Vernichtung“ forderten und sich vom Tabu des Tötens distanzieren.



Wolfram Henn  
Warum Frauen nicht  
schwach, Schwarze nicht  
dumm und Behinderte  
nicht arm dran sind

Der Mythos von den guten Genen

HERDER spektrum

Daß der zu jener Zeit noch bedeutungslose Adolf Hitler denselben Ideen des „Kampfes ums Dasein“ anhing und sie in gleichermaßen kruder Weise rassistisch und behindertenfeindlich interpretierte, ist aus seinen Reden und Schriften hinlänglich bekannt. Nach der Machtübernahme der Nazis war dann der Weg über das *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* von 1934 bis in die Gaskammern der „Euthanasieprogramme“ vorgezeichnet. Ihr Wegbereiter Alfred Hoche wandelte sich in seinen letzten Lebensjahren zu spät zum Gegner der NS-Vernichtungspolitik – nachdem ihm selbst eine Urne mit der Asche eines umgebrachten Familienmitgliedes zugestellt worden war.

Die von den Nationalsozialisten angeordneten Massenmorde an Behinderten der damaligen Landesheilanstalt Hadamar waren der monströse Höhepunkt, aber keineswegs das Ende gewalttätiger staatlicher Maßnahmen gegen behinderte Menschen. Noch 1996 wurde Skandinavien von einem Skandal erschüttert, als aufgedeckt wurde, daß dort bis in die 70er Jahre hinein staatlich angeordnete Zwangssterilisationen an über hunderttausend psychisch kranken und geistig behinderten Menschen durchgeführt wurden.

Warum alle diese Formen von Sozialdarwinismus und Eugenik über ihre Menschenverachtung hinaus auch biologisch nicht zum Ziel einer wie auch immer verstandenen „gesünderen“ Menschheit führen können, soll im folgenden noch erörtert werden.

Betrachtet man die in der heutigen Gesellschaft verbreiteten Haltungen gegenüber behinderten Menschen, so finden sich unter der Oberfläche von rechtlicher Gleichstellung und verbesserten Lebensperspektiven immer noch virulente Spuren von Tabuisierung und Nützlichkeitsdenken. Dies führt zu geradezu paradoxen Erfahrungen der Betroffenen und ihrer Familien.

Auf der einen Seite steht eine verbesserte medizinische und pädagogische Betreuung, durch die beispielsweise die Lebenserwartung eines neugeborenen Kindes mit *Down-Syndrom* seit 1929 von neun auf über fünfzig Jahre angestiegen ist, und die im Gegensatz zu früher fast jedem von ihnen später ermöglicht, Lesen und Schreiben zu lernen. Auf der anderen Seite wird in Gerichtsurteilen der Anspruch festgeschrieben, als (nach eigenem Verständnis) Nicht-Behinderter vor dem Kon-

takt mit (sogenannten) Behinderten „geschützt“ zu werden. Hinzu scheint im Zeitalter darbender Sozialsysteme auf leisen Sohlen die Zumessung medizinischer Leistungen nach ökonomischem Effekt statt nach Bedürftigkeit zurückzukehren.

Am deutlichsten werden diese inneren Widersprüche am sozialen Status der wenigen Menschen, denen es gelingt, die in der Öffentlichkeit verbreiteten Bedürfnisse nach Zurschaustellung von Toleranz sowie nach Bewunderung des Außerordentlichen gleichermaßen zu befriedigen.

Stephan Hawking ist unbestritten ein herausragender Physiker. Populär auch bei denen, die sich für Kosmologie nicht interessieren, ist er aber wohl eher wegen als trotz seiner schweren Körperbehinderung. Ausnahmepersönlichkeiten vom Format eines Wolfgang Schäuble oder Franklin D. Roosevelt haben natürlich aus ihrem individuellen Status heraus beste Möglichkeiten, ihre Lebensbedingungen nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Aber es ist eben nicht jeder ein Louis Pasteur, der nach seinem Schlaganfall im Alter von 45 Jahren unter den zahlreichen angebotenen Forschungsaufenthalten die an denjenigen Institutionen auswählen konnte, die ihm behindertengerechte Laborräume zur Verfügung stellten.

Zumeist nämlich ist unsere Lebenswelt gnaden- und gedankenlos auf die Bedürfnisse einer „Normalpopulation“ zugeschnitten. Wer diesen beispielsweise durch ergonomische Statistiken definierten Standards nicht genügt, kann eben die obersten Knöpfe im Aufzug nicht erreichen oder den Fahrplan an der Bushaltestelle nicht lesen. Weh dem, der nicht der „Norm“ entspricht.

## Von explodierenden Ausgaben und implodierenden Thesen

Von Herbert Temmes

**A**llzu leicht werden in den Medien und an den Stammtischen die immer gleichen Thesen ungeprüft repetiert: so auch die der explodierenden Kosten im Gesundheitswesen. Woran das liegen mag? Daran, daß wir die Entlastung für eigenes Nachdenken lieben, wenn wir unisono in den Chor einstimmen und uns alle einig sind. Oder daran, daß wir immer schon wußten, das System fresse alles auf und es ginge sowieso immer nur noch bergab.

Häufig genug geschürt von den politisch Verantwortlichen in unserem Land wird – wie es gerade von den dann auch betroffenen Klientelpolitikern heißt – jede Woche eine neue Sau durchs Dorf getrieben: Ob die Ärzteschwemme der 90er Jahre oder die Einzelleistungsvergütung die Arztbudgets in die Höhe trieben, ob die Pharmaindustrie schier ungeheuerliche Gewinne zu Lasten der Solidargemeinschaft auswies oder die Zahnärzte nicht die Gebisse der Patienten, sondern ihre Villenaufgänge vergoldeten, bei all dem – an existierenden Beispielen festgemacht – war sich noch kaum ein Medium zu schade, sich an der regelmäßig epidemisch werdenden Jagd zu beteiligen. Das Vergehen an der Solidargemeinschaft, deren vorgebliche Existenz in solchen Momenten beschworen wird, sorgt für Volkes Zorn, Auflagenhöhe und Einschaltquoten. Sinkt das Fieber wieder, kann im Ge-

genzug auch die Bevölkerung selbst ins Visier genommen werden: Trittbrettfahrertum oder neudeutsch *moral hazard*-Verhalten, mangelnde Prävention, geringe Bereitschaft zur Prophylaxe sowie die Inexistenz von Eigenverantwortung werden dem scheinbar mündigen Bürger vorgehalten, auf daß er sich selbst seiner Tugenden erinnere, heute Heimtrainer bewege, morgen Vitamine schlucke und übermorgen sich selbst in den Gruppenangeboten der gesetzlichen Kassen wiederfinde.

Die Frage sollte aber erlaubt sein: Stimmt denn die Behauptung von den explodierenden Kosten respektive Ausgaben im Gesundheitswesen – oder handelt es sich nicht bloß um eine gern für wahr gehaltene Chimäre? Gehen wir nicht all jenen auf den Leim, die uns glauben machen wollen, das Kassensystem vergeude sinnlos Gelder, die anderswo besser, effektiver, vor allem aber effizienter eingesetzt werden könnten: innerhalb des Gesundheitswesens für neue Therapien und Techniken aus dem medizinisch-industriellen Komplex, außerhalb desselben für Bildung oder Forschung, die Infrastruktur oder gar die innere Sicherheit.

Immer wieder werden seit drei Jahrzehnten Stimmen laut, die eine Radikal-, ja geradezu eine Roßkur für das deutsche Gesundheitswesen einfordern. Neben den aus der Fachwelt stammenden Expertisen mit ihren typischerweise mehr oder weniger differenzierten Vorschlägen von Selbstbeteiligungs- über Selbstbehaltregelungen bis hin zu Leistungskürzungen oder -streichungen, wie wir sie auch gerade zu Beginn des Jahres 2004 in dramatischer, nunmehr fast schon wieder vergessener Weise erlebt haben, liegen für das Wahljahr 2006 unterschiedliche Reformkonzepte von Seiten der politischen Parteien vor, die von einer Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) über eine moderate Reform bis hin zu einer Neuorientierung bei den anzuzapfenden Geldquellen, sprich den Einnahmen, reichen.

Seit Schreiber und Alekotte 1970 die „Kostenexplosion in der gesetzlichen Krankenversicherung“<sup>41</sup> dekretierten, treibt dieser in vielerlei Hinsicht irri-ge Begriff sein Unwesen in den Köpfen der Gesundheitspolitiker und -ökonom- en, erst recht aber bei all den Medienmenschen, die täglich nach neuen, zugkräftig klingenden Überschriften suchen. Mag er 1970 noch annähernd in die richtige Richtung ge-

wiesen haben, so ist er in der Form seiner Übertragung als „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ absurd.

Was denn soll das sein: eine Kostenexplosion? Zuallererst sollte statt von Kosten von Ausgaben gesprochen werden. Die lange Zeit einer betriebswirtschaftlichen Denkweise abholde gesetzliche Krankenversicherung kennt in ihrer etatistischen Denkweise jährliche Einnahmen und Ausgaben. Kosten sind für sie und ihre Gremien über Jahre hin ein Fremdwort gewesen. Explodierende Kosten – das wäre doch allzu schön. Der Logik unserer Sprache folgend, würde es sie kaum mehr geben können, die Kosten, zurückgeblieben wären die Trümmer von Kosten und nicht die unseres Gesundheitswesens.

Die Printmedien, erst recht jedoch Hörfunk und Fernsehen hantieren häufig mit absoluten Zahlen – und die mögen erschreckend klingen, fehlt ihnen doch jegliche Einordnung durch eine Relation zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen: Wen bestürzte nicht die ungeheuer klingende Summe von 218 Mrd. EUR, die im Jahr 2000 im Gesundheitssektor ausgegeben wurde und die Steigerung auf 227 Mrd. EUR (2001) bzw. 234 Mrd. EUR (2002) in den Folgejahren? Dies bedeutete eine Zunahme von 4,1% bzw. 3,1% p.a. Und haben wir nicht im Ohr, daß seit 2000 die Wirtschaft stagniert, gar schrumpft? Woher also stammen die Zuwächse bei den Gesundheitsausgaben, die die Geldbeutel leeren, die Arbeit verteuern und zudem mitverantworten sollen, Unternehmen ins Ausland zu vertreiben?

Ein Blick auf lange Zeitreihen mag den unkundigen Betrachter erst recht erstarren lassen: die kumulierten Ausgaben (Behandlungs- und Einkommensleistungen) stiegen für die

alten Bundesländer von umgerechnet 35 Mrd. EUR für das Jahr 1970 auf 229 Mrd. EUR im Jahr 1998: eine Steigerung von mehr als 650%.

Wen ängstigten diese Zahlen und Steigerungen nicht und ließen ihn nicht nach Abhilfe suchen, wenn es noch dazu reißerisch heißt, daß die Gelder im Moloch Gesundheitsmarkt versandeten, versickerten, verschwanden? Passend grassieren in regelmäßigen Abständen Horrorgeschichten von billig eingekauften und völlig übersteuert verkauften Heil- und Hilfsmitteln: Mißbräuche bei Zahnersatz und Herzklappen in Millionenhöhe lassen sich so gut vermarkten wie die zahlreichen Arzt- und Krankenhaussendungen.

In Relation zu anderen volkswirtschaftlich bedeutsamen Sektoren oder zur volkswirtschaftlichen Entwicklung insgesamt sieht das Bild allerdings weniger düster aus als, die Rede von der Kostenexplosion uns vormachen will: Wuchs das Sozialbudget zwischen 1960 und 1998 um das Zwanzigfache so das Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum immerhin um das Dreizehnfache. Die Schere ging weit weniger auseinander als uns allenthalben weisgemacht werden soll. Wird dann noch die zwischen 1970 und 1975 bekanntermaßen eklatante Ausweitung der Sozialausgaben herausgerechnet, erreicht die Entwicklung punktgenau die des Sozialprodukts. Ein weiterer wichtiger Indikator ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Zwischen 1992 und 2000 blieben die Ausgaben im deutschen Gesundheitssektor mit Werten zwischen 10% und 11% des BIP relativ stabil.

Für die gesetzliche Krankenversicherung als einem Teil der gesamten Gesundheitsausgaben kann Explosion kaum der richtige Begriff sein in Anbetracht des Verhältnisses von GKV und BIP. Zwischen 1970 und 1998

#### Gesundheitsausgaben 1992 bis 2002 im internationalen Vergleich

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %										
Deutschland	9,9	9,9	10,2	10,6	10,9	10,7	10,6	10,6	10,6	10,8	10,9
Frankreich	9,0	9,4	9,4	9,5	9,5	9,4	9,3	9,3	9,3	9,5	-
Italien	8,4	8,1	7,8	7,4	7,5	7,7	7,7	7,8	8,2	8,4	8,6
Japan	6,2	6,4	6,7	6,8	6,9	6,8	7,1	7,5	7,7	8,0	-
Niederlande	8,4	8,5	8,4	8,4	8,3	8,2	8,6	8,7	8,6	8,9	-
Schweiz	9,6	9,6	9,8	10,0	10,4	10,4	10,6	10,7	10,7	11,1	-
Vereinigtes Königreich	6,9	6,9	7,0	7,0	7,0	6,8	6,9	7,2	7,3	7,6	-
Vereinigte Staaten	13,0	13,3	13,2	13,3	13,2	13,0	13,0	13,0	13,1	13,9	-

stieg der GKV-Anteil am BIP von 5,7% auf 6,0%, bei den Behandlungsausgaben<sup>2</sup> von 4,7% auf 5,1%.

Im internationalen Vergleich der gesamten Gesundheitsausgaben fiel Deutschland zurück von Platz zwei (1992) auf Platz drei (2001) hinter die Schweiz und die Vereinigten Staaten. In allen industrialisierten Ländern war ein Anstieg der Ausgabenanteile des Gesundheitswesens am BIP zwischen 1992 und 2001 zu verzeichnen. Gerade die Schweiz<sup>3</sup>, die hinsichtlich ihres Prämienmodells in der Krankenversicherung immer als Vorbild für Deutschland gilt, hat in der gezeigten Dekade anteilmäßig den größten Ausgabenzuwachs für den Gesundheitssektor zu verzeichnen: auch ein Ergebnis des veränderten Schweizer Systems. Eines sollte hier jedoch nicht überlesen werden: Der Ausgabenanteil von beispielsweise 11,1% des Gesundheitswesens am Schweizer BIP beinhaltet keine Aussage über

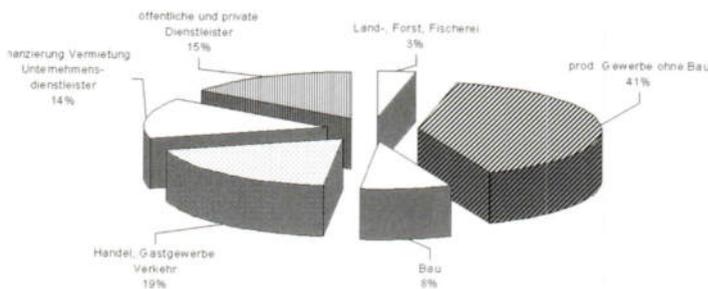
Sinn und Unsinn, Effektivität und Effizienz dieser Ausgaben. Die Schweizer geben mehr für ihre Gesundheit aus als wir und weniger als die Amerikaner. Das sind die Fakten. Nicht mehr und nicht weniger.

Zurecht wird allerdings die Frage auftauchen, ob all das medial verbreitete Wehklagen über den nimmermüden Anstieg der Krankenkassenbeiträge denn eine bundesdeutsche Täuschung sei: eine nationale Fata Morgana.

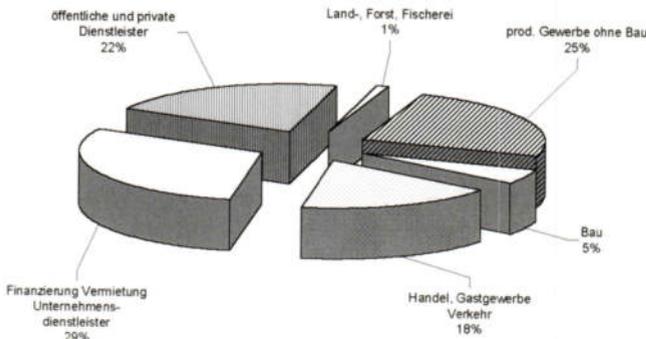
Zu selten wird in der Diskussion um Gesundheitsreformen, die prozentualen Anteile der jeweiligen Leistungsanbieter, die Ausgabenhöhe oder die Beitragssatzstabilität die Relation zwischen dem Anstieg des Krankenkassenbeitrages und wichtigen Indikatoren deutlich herausgestellt. Der durchschnittliche Beitragssatz stieg von 8,2% im Jahr 1970 auf über 14,3% zum Jahresende 2003 und etwa 13,6% zur Jahresmitte 2004 – eine nicht zu leugnende deutliche Anhebung um 65%.

Einen weit klareren Blick für die Gründe, ja auch Hintergründe der Beitragssatzerhöhungen der letzten Jahre erhält, wer nicht nur auf BSP und BIP schaut, sondern den Ausgangspunkt aller Beiträge in der GKV fokussiert: die Indizes für abhängig Beschäftigte und deren Löhne und Gehälter.<sup>4</sup> Hier ergeben sich deutliche Verschiebungen, wenn wieder die langen Zeitreihen betrachtet werden: Der Anteil der Brutto Lohn- und -gehaltssumme (BLG) am BIP sank von 47,2% auf 42,3% kontinuierlich in den Jahren zwischen 1975 und 1998 ab. Werden sodann die Ausgaben der umlagefinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung auf den Indikator BLG bezogen, so stiegen die Ausgaben – äquivalent zur genannten sinkenden Relation von BIP/BLG – von 12,1% (1975) auf 14,2% (1998). Um es noch klarer zu formulieren: Der stetig sinkende Anteil der lohnabhängigen Arbeit am Bruttoinlandsprodukt erklärt die ebenfalls fallenden Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Gleichzeitig kann auf der Grundlage der lohnabhängigen Arbeit eine Einnahmensteigerung nur durch drastische Erhöhungen der

Wirtschaftsbereiche 1970 - Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen



Wirtschaftsbereiche 2000 - Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen



Versicherungsbeiträge erreicht werden – und dies gilt erst recht seit der dramatisch anwachsenden Arbeitslosigkeit.

Mit der Veränderung der Arbeitswelt seit den 70er Jahren verfiel die Basis für das umlagefinanzierte System zusehends. Die Wirtschaftssektoren mit dem größten Anteil an der Bruttowertschöpfung erfuhren zwischen 1970 und heute eine vollständige Revision: der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung schrumpfte von 40,4% (1970) auf 24,4% (2003) zusammen. Der Bau-sektor halbierte sich, der Anteil des öffentlichen Sektors stieg hingegen stetig von 15,2% auf 21,7% an, der Finanz-, Vermietungs- und Unternehmensdienstleistungsbereich konnte sich von 13,9% im Jahr 1970 auf 30,5% im Jahr 2003 mehr als verdoppeln. Kaum verwunderlich, daß die gesetzliche Krankenversicherung alljährlich eine Abwanderung in die private Krankenversicherung beklagt. Große Industriebetriebe, hierzulande auch Kohle und Stahl, haben die Arbeitskräfte lange entlassen. Seither ist der Dienstleistungssektor zu dominanten Bereich geworden, mit einem hohen Anteil nicht abhängig Beschäftigter.

Der Frage, wieviel jeder einzelne für sich und alle gesamtgesellschaftlich für unsere Ge-

sundheit notwendigerweise ausgeben, wurde hier ausgeklammert. Sie muß jedoch dringend gestellt werden. Jeden Euro, der in den Gesundheitssektor fließt, können wir nicht für andere Zwecke einsetzen. Dieser Diskussion weichen wir immer noch aus. Zuweilen werden streitbare Thesen in die öffentliche Debatte geworfen: der Konstanzer Gesundheitsökonom Friedrich Breyer<sup>5</sup> forderte in dem bezeichnenderweise „Keine Medizin für Alte – Provokante Vorschläge zur Gesundheitsreform“ betitelten Beitrag für die Magazinsendung *Report Mainz* im Juni vergangenen Jahres, daß bei älteren Menschen über 75 Jahren nicht mehr alle medizinischen Leistungen durch die gesetzliche Krankenversicherung finanziert werden sollten. Überraschenderweise erhielt er von dem Bochumer katholischen Theologen Joachim Wiemeyer Schützenhilfe, der diese Maßnahme als gerecht bezeichnete.

Die politische Debatte um den richtigen Weg – Gesundheitsprämie (Kopfpauschale) oder Bürgerversicherung – wird erst ab kommenden Jahr in ihre heiße Phase eintreten. Von diesem Zeitpunkt an muß damit gerechnet werden, daß wir kaum mehr verlässliche Aussagen über die komplexen Zusammenhänge hören werden.

## Anmerkungen

*Die statistischen Angaben zum BIP/BSP sind den im Internet zugänglichen Daten des Statistischen Bundesamtes entnommen: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)*

**1** W. Schreiber/H. Alekotte, Kostenexplosion in der gesetzlichen Krankenversicherung, Köln 1970; vgl. auch H. Flasbeck: Wie krank ist die Gesundheit? *WIRTSCHAFT UND MARKT, DAS OSTDEUTSCHE WIRTSCHAFTSMAGAZIN* 9/2003.

**2** *Behandlungsausgaben umfassen ambulante und stationäre Behandlung, stationäre Kurbehandlung, Arzneien, Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.*

**3** *Nachweislich stieg aber der Prämienbeitrag der Schweizer stärker an, als der umlagefinanzierte GKV-Beitrag hierzulande. So mußten die Schweizer seit Mitte der 90er Jahre Steigerungen von rund 6,5% p.a. hinnehmen.*

**4** V. Meinhardt/E. Schulz, Kostenexplosion im Gesundheitswesen? Wochenbericht des DIW, Berlin 7/03.

**5** *Nachzulesen u.a. in „Report“ prangert Vorschläge zur Rationierung an“, ÄRZTE ZEITUNG vom 3.6.2003. Friedrich Breyer hat unter der Überschrift „Die Rationierung im Gesundheitswesen ist unausweichlich“ in der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG vom 31.1.2004 nochmals zum gesamten Problembereich Gesundheitsreform Stellung genommen. Eine Dokumentation zur öffentlichen Debatte um das Thema Rationierung enthält die Broschüre A 317 des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung. Download unter: [www.bmgs.de](http://www.bmgs.de)*

# Gesundheitsmarkt Europa – Herausforderung an die Mitgliedsstaaten

## Ein Vergleich der nationalen Gesundheitssysteme Deutschlands, Schwedens und Großbritanniens

Von Andreas Fiehn

Die Rechte der Bürger der Europäischen Gemeinschaften (EU) sind auch mit Blick auf die Gesundheitsversorgung im europäischen Vertrag (EGV) niedergelegt. Ein Vergleich der bestehenden nationalen Gesundheitsversorgungssysteme zeigt aber wesentliche Unterschiede hinsichtlich der Versorgungsstrukturen, der Kosten und Finanzierung sowie unter Verbraucheraspekten. Am Beispiel der drei EU-Mitgliedsstaaten Deutschland, Schweden und Großbritannien lassen sich die verschiedenen Ansätze und Auswirkungen eines steuer- und eines beitragsfinanzierten Systems exemplarisch darstellen. Nach ihren geistigen Vätern benannt, sind dies das von Sir William Beveridge entwickelte steuerfinanzierte *Beveridge-Modell* und das vom deutschen Reichskanzler Bismarck 1883 eingeführte Sozialversicherungssystem, das sich über einkommensabhängige, von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erhobene Pflichtbeiträge finanziert.

Das *Beveridge-Modell*, auch *nationales Gesundheitssystem* genannt, findet sich in den skandinavischen Ländern, in Großbritannien, in Irland sowie in gewisser Abschwächung auch in den meisten Ländern Osteuropas. Demgegenüber zählen Deutschland, Österreich, die Benelux-Staaten, Frankreich, mit gewissen Einschränkungen auch die Schweiz, außereuropäisch aber auch Japan zu den Vertretern des *Bismarck-Modells*.

### Gesundheitsversorgung in Deutschland

Die gesundheitliche Versorgung in Deutschland besteht in einer flächendeckenden Parallelstruktur von ambulantem und stationärem Sektor. Das Gesundheitssystem ist dezentral organisiert: Kennzeichnend ist von der lokalen bis zur nationalen Ebene der hohe Selbst-

verwaltungsanspruch der Leistungsanbieter (Ärzte, Apotheken, Krankenhäuser etc.) und der Kostenträger bzw. Leistungszahler (Krankenkassen). Der Garantiegeber für den Krankenhausbereich ist der Staat (Versorgungsauftrag), für den ambulanten Versorgungsbereich in staatlichem Auftrag die *Kassenärztliche Vereinigung* (KV).<sup>1</sup> Für Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) existiert – noch – freie Arztwahl und die Möglichkeit, zwischen den zur vertragsärztlichen Versorgung zugelassenen Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten zu wechseln. Mitglieder der Privatkrankenkassen (PKV) haben, je nach versicherter Leistung, einerseits ungehinderter Zugang zu allen Anbietern, andererseits bieten viele private Krankenversicherungen sogenannte Hausarzt- oder *Gatekeeper-Modelle* an, bei denen der Zugang zu medizinischen Leistungen lediglich über einen Arzt erfolgt.<sup>2</sup> Die Versorgung von mittellosen Versicherten, die nicht privat oder gesetzlich krankenversichert sind, übernimmt der Staat (Sozialhilfe).

### Einschneidende Maßnahmen

Die Einführung von Fallpauschalen oder *Diagnose Related Groups* (DRGs) in der Leistungsabrechnung der Krankenhäuser wird die Versorgung der Bevölkerung stark verändern. Nach deren Implementierung in den Jahren 2003/04 und angesichts des bestehenden Investitionsstaus, wachsender Personalkosten und neuer gesetzlicher Vorgaben zur Arbeitszeit, ist mit einer steigenden Anzahl von unwirtschaftlich geführten Krankenhäusern zu rechnen. Nach ersten kostensenkenden Reaktionen, dem Abbau einer größeren Zahl von Klinikbetten, wird es – politisch gewollt – auch zu umfangreichen Krankenhausübernahmen, wenn nicht gar Schließungen kommen.

Wird in dieser Hinsicht die zur Zeit in Deutschland vorgehaltene Bettenzahl in Akutkrankenhäusern (6,4 Betten/1.000 Einwohner) mit den Verhältnissen in Großbritannien (3,9 Betten/1.000) oder in Schweden (2,4 Betten/1.000) verglichen, so wird die Intention des Gesetzgebers, Krankenhausbetten abzubauen, deutlich. Erklärbar ist die höhere Bettendichte in Deutschland aber nicht nur durch die garantierte stationäre Versorgung und ein wohnortnahes Konzept, sondern auch durch den höheren stationären Behandlungsanteil

Selbstbeteiligung	Form der Selbstbeteiligung
<b>DIREKT</b>	
Absolute Selbstbeteiligung	Zuzahlung pro Fall z.B. im Krankenhaus pro Tag, mit festgelegter maximaler Dauer
Prozentuale Selbstbeteiligung	Zuzahlung bis zu einer festen Richtgröße z.B. bei Arzneimitteln und Hilfsmitteln
Indemnitätsarif	Zuzahlung oberhalb eines festen Erstattungssatzes z.B. bei Zahnersatz
Sonderleistungszuschläge	Gebühren für Erstattung nicht im Vertrag versicherter Leistungen
Leistungsausschluß	100%-Zahlung von nicht versicherten Leistungen, z.B. Erstattung von homöopathischen Leistungen
<b>INDIREKT</b>	
Ausgleichszahlungen	Rückzahlungen für nicht in Anspruch genommene Leistungen
Beitragsrückgewährungen	Erstattungen von Beitragszahlungen, wenn Leistungen nicht in Anspruch genommen oder selbst zu 100% bezahlt wurden

Tabelle 1: Formen der Selbstbeteiligung, eigene Darstellung nach Sachverständigengutachten 2003

und die längere Liegedauer. Zahlen für das Jahr 1999 zeigen dies: Krankenhausfälle pro 1.000 Einwohner – Deutschland 22,1; Großbritannien 17,4; Schweden 16,4 und Krankenhaustage pro 1000 Einwohner – Deutschland 266,5; Großbritannien 121,9; Schweden 95,0. Mit Einführung der Fallpauschalen sind dramatische Verkürzungen in der durchschnittlichen Liegedauer in deutschen Krankenhäusern zu erwarten.

Eine inhaltliche Rationierungs- oder Wartelistendiskussion, wie sie in den beiden anderen Ländern geführt wird, ist angesichts der momentanen Versorgungsdichte in Deutschland kaum opportun. Wenn die politisch intendierten Veränderungen greifen, wird dies jedoch unweigerlich zu deutlichen Einschnitten führen und auch hierzulande in eine Diskussion über Rationierung<sup>4</sup> oder Wartelisten einmünden. Die Frage, wer Rationierung durchführt und wie sie erfolgen soll, wird in anderen Ländern bereits seit langem thematisiert. Verschiedene Wege werden dabei ausprobiert: In Neuseeland wurden Prioritätenlisten mit Punktesystemen eingeführt, um ein Ranking auf Wartelisten für Operationen und Behandlungen zu ermöglichen; in Oregon (USA) wurde intensiv über die Mittelverteilung im *Medicare-Programm* diskutiert, um eine Verbesserung der Versorgung breiter Bevölkerungsschichten zu erreichen – Zeichen einer offener als hierzulande geführten Diskussion, bei der es keine allgemeingültigen und somit adaptierbaren Rezepte gibt. Wir

stehen in Deutschland trotz aller schon typisch konsensual herbeigeführten Leistungseinschränkungen der vergangenen Jahre erst am Beginn der Diskussionen um die Einschränkung von Gesundheitsleistungen.

## Finanzierung

Die Finanzierung des Gesundheitswesens in Deutschland erfolgte 1997 zu 53,2% durch die gesetzliche Krankenversicherung, zu 12,7% durch die Arbeitgeber, zu 10,8% aus den öffentlichen, zu 8,8% aus privaten Haushalten, zu 6,9% aus der Rentenversicherung, zu 5,6% aus der privaten Krankenversicherung und zu 2,9% aus der Unfallversicherung. Die durchschnittlichen Beiträge in der GKV beliefen sich im Jahr 2003 auf 14,4%, wobei diese zur Hälfte vom Arbeitgeber zu tragen sind. Risikoadaptierte Beiträge oder Beitragsstaffelungen sind weithin unbekannt. Selbstbeteiligungen der Patienten finden sich in verschiedener Form im stationären wie im ambulanten Bereich, inklusive der Arznei- und Hilfsmittelversorgung (vgl. Tabelle 1).

## Verbraucheraspekte

Der Patientenzufriedenheit wird, auch wegen der Einführung von Qualitätsmanagementsystemen in Krankenhäusern wie im gesamten Gesundheitssystem, eine wachsende Bedeutung bei der Qualitätsmessung von Gesundheitsdienstleistungen zukommen. Nach

einer kürzlich durchgeführten Untersuchung in fünf Ländern belegte Deutschland hinter der Schweiz den zweiten Platz hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Krankenhausbehandlung. Einer der am häufigsten bemängelten Punkte war das Fehlen von Durchgängigkeit und Kontinuität in der Versorgung. Aufgrund der fast strikten Trennung von ambulantem und stationärem Sektor, ist dies leicht einsichtig (vgl. Tabelle 2).

Trotz dieser guten Zufriedenheitswerte häufen sich auch in Deutschland die Klagen von Verbraucherschutzverbänden und Selbsthilfegruppen. Gleichzeitig steigen die gerichtlich geltendgemachten Schadensersatzansprüche gegenüber Ärzten enorm an. Ansprüche und Kritikbereitschaft der Patienten haben sich gewandelt. Der Gesetzgeber hat dem durch die Einbeziehung von Patientengruppen in die Gemeinsamen Bundesausschüsse von Ärzten und Krankenversicherung Rechnung getragen – ein Paradigmenwechsel, der vom erduldenen Patienten zum aktiven, selbstverantwortlichen Partner führen soll. In dem bestehenden Quasi-Markt Gesundheit war der Versicherte bisher lediglich Leistungsempfänger. Als Mitgestalter der Gesundheitsdienstleistung wird er von den Leistungserbringern erst im Zuge der Einführung von Qualitätsmanagement und Kundenorientierung entdeckt.

### Gesundheitsversorgung in Schweden

Für das Verständnis der Versorgungsstrukturen Schwedens ist es wesentlich, daß es sich um einen Flächenstaat mit ca. neun Mio. Ein-

wohnern handelt, die zu über 80 Prozent in städtischen Wohngebieten leben. Das Land ist in 21 regionale Gebiete (Provinzen oder regionale Gebietskörperschaften) sowie in 289 Kommunen unterteilt.

Geschichte und Grundlagen des schwedischen Gesundheitssystems beginnen mit der Bildung regionaler Gebietskörperschaften im Jahr 1882. Fast ein halbes Jahrhundert später (1928) wird ihnen die Zuständigkeit für die Krankenhausversorgung übertragen, 1930 auch die ambulante gesundheitliche Versorgung. Der *National Health Insurance Act* von 1946 legt den Rahmen für eine erste umfassende Krankenversicherung fest. In der Folgezeit wird der Krankenhaussektor perfektioniert. Die Einführung einer freien Krankenversicherung beginnt seit den 1970er Jahren. Gleichzeitig erhalten die Gebietskörperschaften auch die Verantwortung über die ambulante Versorgung an öffentlichen Krankenhäusern und ab 1980 auch über die Gesundheitsplanung.

Das schwedische Gesundheitswesen ist öffentlich und auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene organisiert. Die Effizienz und das Erreichen fundamentaler Gesundheitsziele liegen in der Verantwortung des Gesundheitsministeriums. Als oberste Beratungs- und Überwachungsbehörde fungiert die *Nationale Behörde für Gesundheit und Wohlfahrt*. Ihr unterstehen letztlich alle Mitarbeiter im Gesundheitswesen. Weitere Behörden für Medizinprodukte sowie das *Institut für öffentliches Gesundheitswesen* dienen der Überwachung und Evaluation von Medizinprodukten oder der Unterstützung von Präventivpro-

	Schweiz	Dtschld.	Schweden	USA	UK
Insgesamt Behandlung nicht gut	3,7	6,6	7,4	8,1	8,5
Probleme mit					
– Information und Ausbildung	16,7	20,4	23,4	25,2	28,7
– Koordinierung der Behandlung	13,1	17,2	KA	21,7	21,9
– Körperliches Wohlbefinden	2,6	6,7	4,0	10,1	8,3
– Emotionale Zuwendung	14,7	21,9	26,0	26,8	27,1
– Respektieren der Patienten	15,6	17,9	21,2	19,9	30,7
Wünsche					
– Einbeziehen von Familie, Freunden	11,5	16,6	14,6	19,3	27,5
– Kontinuität und Durchgängigkeit	30,0	40,6	40,2	28,4	45,1

Tabelle 2: Mängel aus Patientensicht, eigene Darstellung, Angaben in Prozent; Quelle: Coulter (2001)

grammen. Eine Besonderheit ist die Nationale Pharmaziebehörde, die Besitzerin aller schwedischen Apotheken ist und ein landesweites Distributionssystem unterhält.

Die Provinzen sind zuständig für die medizinische Grundversorgung (*Primary Care*), das öffentliche Gesundheitswesen und die stationäre Versorgung. Sie tragen auch die Verantwortung für die Strukturen des privaten Krankenhausesektors. Es gibt eine Unterteilung in Gesundheitsversorgungsdistrikte mit einem Krankenhaus und mehreren Gesundheitsversorgungszentren<sup>1</sup>. Dort arbeiten angestellte Ärzte mit Krankenschwestern, Physiotherapeuten, Sozialarbeitern zusammen. In sechs medizinischen Versorgungsregionen erfolgt die Schwerpunktversorgung, z.B. durch Universitätskliniken. Die kommunale Ebene ist für die Schul- und Kinderfürsorge, Altersheimen, Behinderte, aber auch für Langzeitpsychiatrie und ambulante Pflege zuständig.

Im Rahmen des EU-Beitritts Schwedens, der angestrebten Senkung der hohen Steuern sowie der Steigerung der Wirtschaftlichkeit, wurde den Provinzen zusätzlich die Verantwortung für den privaten Gesundheitsmarkt und die Versorgung mit Pharmazeutika übertragen. Die Zuständigkeit für die Behinderten- und Altenhilfe obliegt seither dagegen den Kommunen – diese sogenannte *Adel-Reform* (1992) trug nicht unwesentlich zu einer Senkung der Staatsquote im Gesundheitswesen bei. Die letztlich komplette Übertragung der Gesundheitsversorgung auf die Provinzen hat zu einer deutlichen Zunahme des Wettbewerbs, veränderter Planung im Gesundheitswesen und einer höheren Anzahl privater Krankenhäuser geführt. Mit der Schaffung „interner Märkte“ wurde der Einkauf von Gesundheitsdienstleistungen frei gestaltet – mittlerweile werden im ganzen Land, teilweise aber auch im europäischen Ausland, z.B. herzchirurgische Leistungen öffentlich ausgeschrieben. Die Patienten erhielten freie Arztwahl bzw. wurde ihnen die Wahl eines anderen Krankenhauses oder einer Privatarztpraxis gestattet. Hintergrund waren die Bemühungen um einen Abbau der Wartelisten, die unter der dirigistischen Gesundheitspolitik entstanden sind und partiell immer noch bestehen.

Als Beispiel für die Erfolge des geöffneten Gesundheitsmarktes steht eines der größten Akutkrankenhäuser Schwedens, *St. Göran* in

Stockholm, das 1999 an die private Gesellschaft *Capio AB* verkauft wurde. Eine Studie der Stockholmer Verwaltung zeigte, daß die Kosten von sechs medizinischen Leistungen in den privaten Praxen, Klinikambulanzen und Kliniken deutlich unter denen öffentlicher Häuser lagen. Im Krankenhaus *St. Göran* sanken die *Overhead*-Kosten um 30%, die Kosten von Labor- und Röntgendiagnostik um 50%. Die Wartezeiten für eine Herzoperation sanken auf zwei Wochen im Vergleich zu 15 bis 25 Wochen in öffentlichen Krankenhäusern, die Frist für eine Knieersatz-Operation reduzierte sich auf zehn Wochen, bei öffentlich geführten Häusern beträgt die Wartezeit hingegen über ein Jahr.

### Finanzierung

Das schwedische Gesundheitssystem wird überwiegend aus kommunalen Abgaben finanziert. Im Jahr 1998 brachten die Provinzen 85% der Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen auf, zwei Drittel davon für die Krankenhausbehandlung und nur 22% für die medizinische Grundversorgung. Die Restfinanzierung geschieht über staatliche Zuschüsse, angepaßt an die Einwohnerzahl, die Geschlechter- und Einkommensverteilung, die Wohnsituation und weitere Indikatoren. Die Gesundheitsdistrikte werden zwecks Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen über Globalbudgets mit finanzieller Verantwortung ausgestattet. Krankenhäuser rechnen in der Regel rückwirkend über Leistungsentgelte ab, die Gesundheitszentren erhalten hingegen ebenfalls ein globales Budget. Die Finanzierung der Gesundheitsetats geschieht über risikoabhängige Kopfpauschalen und Selbstbeteiligungen der Patienten (vgl. Tabelle 3). Private Zusatzversicherungen spielen mit 0,13% der Ausgaben faktisch keine Rolle.

### Verbrauchersicht:

#### Warten auf den Arzt oder den Tod

Trotz der seit vergangenem Jahr eingeführten, verbesserten freien Arzt- und Krankenhauswahl, stellt die Wartelistenproblematik bei der Behandlung im Gesundheitszentrum wie im Krankenhaus den größten Ressourcenverlust im schwedischen Gesundheitswesen dar. Unter Verkennung der Realität formulierte Gesundheitsminister Engquist die sogenannte

Selbstbeteiligung	Kosten	Bemerkungen
Arztbesuch (Primary care)	11 – 15 EUR pro Konsultation	Kosten variieren je nach regionaler Gebietskörperschaft, Obergrenzen / Jahr
Facharzt (im Krankenhaus)	16 – 27 EUR pro Konsultation	Kosten variieren je nach regionaler Gebietskörperschaft, Obergrenzen / Jahr
Krankenhausbehandlung	8,60 EUR pro Tag	Ältere und sozial Schwache reduziert oder befreit
Transportkosten	5,5 – 6,5 EUR pro Transport	Ältere und Behinderte befreit

Tabelle 3: Selbstbeteiligung in Schweden, eigene Darstellung; Quelle: National Board of Health and Welfare

*0–7–90-Regel*; sie besagt, daß jeder Schwede noch am selben Tag sein Gesundheitszentrum und innerhalb von sieben Tagen seinen Arzt aufsuchen kann; innerhalb von neunzig Tagen muß ihm eine Behandlung angeboten werden (Notfälle ausgenommen). Untersuchungen haben jedoch immer wieder die Abhängigkeit der individuellen Wartezeit von sozialem Status und Geschlecht gezeigt. Die Pläne der Regierung sehen bis Ende 2004 vor, daß bei Überschreiten der maximalen Wartezeit von sechs Monaten auch Anbieter im Ausland in Anspruch genommen werden können. Aus persönlicher Erfahrung ist zu berichten, daß selbst bei malignen Tumorerkrankungen im Alter von 33 Jahren Wartezeiten für eine Brustoperation von sechs bis acht Wochen keine Seltenheit sind und die Terminvergabe bei sogenannten Privatärzten, die selbst bezahlt werden müssen, ausgesprochen schwierig ist.

### Gesundheitsversorgung in Großbritannien

Die moderne Geschichte der nationalen Krankenversorgung in Großbritannien ist erst knapp 50 Jahre alt. Zuvor gab es keine allgemeine und umfassende Gesundheitsfürsorge. Arbeiter waren zwar individuell krankenversichert, jedoch lediglich für ambulante Leistungen; eine Mitversicherung von Familienmitgliedern bestand nicht. Krankenhäuser wurden als karitative Einrichtungen oder von reichen Gemeinden geführt. Im November 1942 legte Sir William Beveridge seinen Bericht *Social Insurance and allied services* dem englischen Parlament vor. 1948 wurden die Grundsteine für den heutigen *Nationalen Gesundheitsdienst* (*National Health Service*,

NHS) gelegt. Die Zielvorgaben des NHS sind definiert als: Förderung von Gesundheit und Vermeidung gesundheitsschädlichen Verhaltens, Diagnose und Behandlung von Verletzungen und Krankheiten, Pflege von Langzeitkranken und Behinderten, die den Service des NHS benötigen. Ein Versorgungsanspruch besteht für alle Bürger Großbritanniens.

Der NHS ist lokal organisiert und durch öffentliche Krankenhäuser, die einen unabhängigen Trust-Status besitzen, gekennzeichnet. Typisch für den *Primary Care*-Sektor sind die Allgemeinmediziner (*general practitioner* oder kurz GP), die in der Regel in größeren Zusammenschlüssen oder multiprofessionellen Teams in Gesundheitszentren arbeiten. Fachärzte finden sich hingegen fast ausschließlich in den Krankenhäusern. Einige der GP haben sich in England zu größeren *Primary Care Trust* (PCT) bzw. in Wales zu *Local Health Groups* (LHG) zusammengeschlossen. Die PCT versorgen dabei in der Regel bis zu 250.000 Menschen. Gleichzeitig werden landesweit etwa 36 NHS-Ambulanzen (*Walk-in Clinics*) vorgehalten. Patienten können sich innerhalb ihres Versorgungsgebietes bei jedem GP, der in der Regel 1.800 Patienten zu versorgen hat, registrieren lassen. Lediglich ca. 200 private GPs sind tätig und diese auch nur in Ballungsgebieten wie London.

Herausragendes Merkmal des GP-Konzeptes ist das *Gatekeeper-Prinzip*: Der Besuch eines Facharztes kann nur nach Überweisung durch einen GP erfolgen. Der Patientenfluß wird bewußt gesteuert. Die Zugangsmöglichkeiten werden allgemein als gut bezeichnet. In dringenden Fällen wird ein Termin am gleichen Tag vergeben, ansonsten innerhalb einer

	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999
Anteil am BIP in %	5,6	5,9	6,0	6,9	7,0	6,7	6,8	6,9
Pro-Kopf-Ausgaben in US \$	444	669	989	1301	1410	1407	1510	1569
Anteil der öffentlichen Ausgaben in %	89,4	85,8	84,3	84,9	83,7	83,7	83,3	83,3

Tabelle 4: Trend der Gesamtausgaben im Gesundheitswesen Großbritanniens 1980-1999, eigene Darstellung; Quelle NHS

Woche. Allerdings kommt es in Gebieten mit unzureichendem Zugang zum *Primary Care* (z.B. in Innenstädten) häufig zu einer hohen Selbsteinweisungsrate in Krankenhäuser. Der Bedarf an zusätzlichen GPs wird im Aktionsplan des NHS bis zum Jahr 2004 mit 2.000 Ärzten angegeben.

Die Krankenhausversorgung gliedert sich in ca. 200 Akut-NHS Krankenhäuser, ca. 400 kleinere kommunale Häuser sowie in die hochspezialisierten Kliniken der Maximalversorgung (*Tertiary level hospitals*) und Universitätskliniken. Private Krankenhäuser, überwiegend im Besitz von fünf kommerziellen Gesellschaften in London und Südengland, haben insgesamt nur einen Anteil von fünf Prozent an allen Krankenhausbetten. Die Liegedauer ist mit sieben Tagen je Aufenthalt niedriger als in Deutschland, aber oberhalb derjenigen in Schweden. Die Bettendichte ist gering, somit die durchschnittliche Bettenauslastung mit 84% im europäischen Vergleich hoch. Bei saisonalen Schwankungen bzw. bei zu langen Wartezeiten werden deshalb vom NHS Betten in privaten Krankenhäusern angemietet. Gleichzeitig werden zunehmend intermediäre Versorgungsformen gefördert und gegründet, um ältere und pflegebedürftige Menschen außerhalb der kostenintensiven Krankenhäuser zu versorgen.

Eine nationale Behörde (*British National Formulary*) überwacht den Pharmamarkt. Sie gibt zwar keine Positivliste, jedoch eine Liste der nicht vom NHS bezahlten Medikamente heraus. Diese werden wegen fehlender Wirksamkeitsnachweise oder zu hoher Kosten nicht gezahlt. Eine zentrale Medikamentendistribution wie in Schweden gibt es nicht.

Die im Rahmen der NHS-Zukunftsplanung durchgeführten Änderungen haben das Ziel, den NHS von einer Gesundheitsverwaltung in einen Gesundheitsdienstleister zu verwandeln. Mit dem direkten Einkauf von Leistungen, dem Abbau von Überorganisation, der

Übertragung von Budgetverantwortung auch auf die untere organisatorische Ebene sowie der Einführung von Fallpauschalen (DRGs) soll verstärkt eine betriebswirtschaftliche Steuerung eingeführt werden. Trotz der immensen Summen (1997: 360 Mio. EUR; 2000: 340 Mio. EUR)<sup>6</sup>, die innerhalb der letzten sieben Jahre in den NHS geflossen sind, ist es bisher nicht gelungen, die in über 20 Jahren Budgetierung und Investitionsstopp angehäuften Defizite zu beheben. Weiterhin besteht ein eklatant großer Mangel an medizinischem Fachpersonal.

## Finanzierung

Das NHS wird über das Steuersystem finanziert. Eine in etwa unserer Sozialversicherung entsprechende nationale Versicherung trägt mit 12% zur Finanzierung bei. 10% des Arbeitnehmerinkommens (Kappungsgrenze bei 575 £ pro Woche) und 11,9% Arbeitgeberanteil fließen in diese Versicherung ein. Private Krankenversicherungen mit risikoadaptierten Tarifen spielen bis auf Zahnbehandlungen nur eine untergeordnete Rolle (11,5% der Bevölkerung sind hier zusatzversichert) und werden zu zwei Dritteln von Arbeitgebern als Gruppentarife für ihre Mitarbeiter abgeschlossen. Auch in Großbritannien ist es für Einzelverträge in der PKV zu enormen Beitragsanhebungen gekommen.

Lediglich 6,9% des BIP werden für das Gesundheitswesen ausgegeben – im OECD-Durchschnitt sind es 8,4%. Ein deutlicher Anstieg der Gesamtausgaben für Gesundheit pro Kopf in US \$-Kaufpreismrechnung (1990 = 968 \$ – 2001 = 1.992 \$) ist jedoch zu verzeichnen. Darin drücken sich die Bemühungen der Regierung aus, die Defizite jahrelanger Unterfinanzierung des NHS auszugleichen. Ziel war es, den Anteil für Gesundheitsleistungen im Jahr 2003 auf 9% des BIP zu steigern (vgl. Tabelle 4).

Selbstbeteiligung	Kosten	Bemerkungen
Rezeptgebühren	6,0 – 6,2 £	ca. 85 % aller Verschreibungen sind von der Zuzahlung befreit; für regelmäßige Verschreibungen gibt es Ermäßigungen
Zahnarzt	80 % der Kosten	Kappungsgrenze 354 £, für normale Zahnarzt-check up 4,76 £
Sehtest und Brillen	10 – 20 £	Brillen müssen selbst bezahlt werden, für bestimmte Patientengruppen NHS-Gutscheine
Transportkosten	5,5 – 6,5 EUR pro Transport	Ältere und Behinderte befreit

Tabelle 5: Selbstbeteiligung in Großbritannien, eigene Darstellung; Quelle: Observatory Eurohealth

Mit 82% (gegenüber 72% im OECD-Durchschnitt) erbringen die öffentlichen Haushalte auch 2001 den Hauptanteil der Gesundheitsausgaben, 12% kommen aus der Nationalen Versicherung, der Rest aus Eigenbeteiligungen und sonstigen Quellen. Der größte Anteil wird vom NHS für Krankenhäuser, den kommunalen und den Familiengesundheitsbereich ausgegeben (81% der gesamten NHS-Ausgaben). Im Bereich der Krankenhausinvestitionen gewinnen private Initiativen mit einem Anteil von 22% zunehmend an Bedeutung. Selbstbeteiligung in Form von Zuzahlungen ist im Gegensatz zu Deutschland und Schweden selten, insbesondere für Krankenhausbehandlung oder Konsultationen beim GP. Andere Zuzahlungsarten oder Ausschlusskriterien (Kinder, Jugendliche, Schwangere, Behinderte, chronisch Kranke, Arbeitslose etc.) entsprechen in etwa denjenigen in Deutschland und Schweden. (vgl. Tabelle 5)

## Verbrauchersicht:

### Wartelisten und Rationierung im Alter

An erster Stelle der Verbraucherthemen stehen die enorme Wartelistenproblematik sowie die altersabhängige Beschränkung von Leistungen im staatlichen System. Bilder von Patienten, die auf Kosten des NHS zur Behandlung nach Frankreich oder Deutschland geschickt werden, die Implementierung unzähliger Programme wie das *CHOICE-Programm*<sup>6</sup> und medienwirksam aufbereitete Patientengeschichten<sup>7</sup> sind Kennzeichen eklatanter Mangelwirtschaft und der Rationierungsfalle des staatlichen Systems.

Bei den Allgemeinärzten, der Facharzt- und

der Krankenhausbehandlung sind Wartezeiten die Regel, nicht die Ausnahme. Allerdings kam es in den letzten Jahren zu einer Reduzierung der Listen. Dennoch warteten im Juni 2003 insgesamt 992.600 Menschen auf eine Krankenhausbehandlung, wobei hier nicht zwischen *Out-patient* (ambulant) und *In-patient* (stationär, aber auch Tageschirurgie) unterschieden wird. Bei 81% der Patienten lag die Wartezeit bei weniger als sechs Monaten und bei 54% unter drei Monaten. Aussagen, wieviele der Patienten auf der Warteliste vor einer Behandlung versterben, lassen sich in den NHS-Datenbanken jedoch nicht finden.

Eine der eindrucksvollsten Maßnahmen zum Abbau der Wartelisten ist die weltweite Anwerbung von Ärzten und Schwestern und die Verschickung von Patienten ins Ausland – Maßnahmen, die von der politischen Opposition und den Ärzteverbänden kritisiert werden, da sie das Abgleiten auf das Niveau eines medizinischen Entwicklungslandes befürchten. Für Tony Blair und seinen Gesundheitsminister Milburn werden die Fragen inzwischen lästig, warum britische Patienten in französischen Krankenhäusern – mit erstklassigem und kundenorientiertem Service – behandelt werden müssen. Während einer Unterhaus-Debatte berichtete ein Tory-Abgeordneter von der erfolgreichen Hüftoperation einer seiner Wählerinnen. Ein anderer Abgeordneter gratulierte der Regierung zu dem guten Ausgang der Behandlung, sozusagen unter Obhut des NHS. Gelächter soll auf der Bank der Torsys ausgebrochen sein, als der Abgeordnete Nigel Waterson den Ministerpräsidenten fragte, „aber können Sie mir erklären, warum sie in Frankreich operiert werden mußte?“

Der bisher in Europa bestehende heterogene Gesundheitsmarkt beginnt sich unter dem ökonomischen Druck, der demographischen Entwicklung, den neuen Mortalitäts- und Morbiditätsentwicklungen in den Mitgliedsländern und den angleichenden Maßnahmen der Europäischen Kommission schleichend zu verändern. Die immer größeren Informationsmöglichkeiten der Menschen, die freizügigere Regelung der europäischen Bürgerrechte – nicht nur im Hinblick auf die Inanspruchnahme, sondern auch auf das Angebot von Gesundheitsleistungen in anderen EU-Mitgliedsländern – werden auf lange Sicht eine Harmonisierung vorantreiben.

Im Vergleich der nationalen Gesundheitssysteme Schwedens, Großbritanniens und Deutschlands treten die Unterschiede von Effizienz, Leistungsdichte und Rationierung klar zu Tage. Die bisherige volle Wahlfreiheit und die Nachfrage nach Leistungen ohne Einschränkungen in Deutschland fordern ihren Preis, der – verglichen etwa mit der eingeschränkten Leistungsstruktur des amerikanischen Gesundheitssystems –, der überwiegenden Zahl der Betroffenen bisher akzeptabel erschien. Die problematische Einnahmeseite, durch hohe Arbeitslosigkeit verursacht, ebnet aber auch hier den Weg in die Rationierung und die Veränderung in Richtung des steuerfinanzierten *Beveridge-Modells*. Damit würde auch auf der Finanzierungsseite eine Angleichung an die meisten anderen europäischen Gesundheitssysteme stattfinden.

Inwieweit die begonnenen Harmonisierungsbemühungen der Gesundheitssysteme aber dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung der Menschen nachhaltig zu verbessern, bleibt abzuwarten. Die künftigen gesundheitlichen Bedingungen werden zudem von weiteren sozio-ökonomischen Voraussetzungen, den Umweltbedingungen sowie von Ausmaß und Qualität unserer sozialen Netzwerke abhängen. In der aktuellen Situation scheinen die meisten Mitgliedsstaaten am Subsidiaritätsprinzip und an eigenen Lösungswegen für ihre Gesundheitssysteme festzuhalten – die Tore zu einem europäischen Gesundheitssystem und einer europäischen Gesundheitsversicherung sind jedoch geöffnet.

1 Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) schließt Verträge über die Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung mit Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten ab.

2 Analog sieht die GKV ab 2005 die Einführung der sog. hausarztzentrierten Versorgung vor. Seit Mitte 2004 werden von einzelnen gesetzlichen Krankenkassen, beispielsweise der Barmer Ersatzkasse, entsprechende Verträge abgeschlossen. Als Anreiz, den Hausarzt als Primärarzt zu wählen, wird Versicherten die sog. Praxisgebühr von 10 Euro im Quartal erstattet oder erlassen.

3 Die Gesundheitsreformen aus den Jahren 2000 und 2004 brachten vielfach versteckte Rationierung mit sich. Im englischen Sprachgebrauch werden diese mit den 5 D der Rationierung bezeichnet: denial (Verweigerung), deflection (Umlenkung), delay (Hinhalten), dilution (Ausdünnung), deterrence (Abschreckung).

4 Diese entsprechen in etwa den früheren Polikliniken der DDR oder dem seit 2004 mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) in Deutschland rechtlich zulässigen Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ).

5 Kritisch ist anzumerken, daß ein Großteil des Geldes zur Begleichung alter Schulden von Krankenhäusern und lokalen Gesundheitsverwaltungen verwendet wurde.

6 CHOICE beinhaltet die Stärkung der Patientenwahlmöglichkeiten. Bis zum Jahr 2005 sollen allen NHS-Patienten folgende Möglichkeiten geboten werden:

- Behandlung durch einen GP oder eine speziell geschulte Krankenschwester (Primary Care)
- Behandlung in einem staatlichen Krankenhaus (örtlich oder weiter entfernt)
- Behandlung in einem staatlichen oder unabhängigen Diagnose- und Behandlungszentrum
- Behandlung im Ausland

Im Rahmen eines elektronischen Buchungssystems sollen die GPs die Möglichkeit haben, sofort Facharzttermine zu vergeben. Die Rechte und Verantwortlichkeit der Patienten sind im Your Guide des NHS festgelegt. Gleichzeitig gibt es – gesetzlich vorgeschrieben – fest eingerichtete Beschwerde- und Gutachterstellen, die Einspruchsmöglichkeiten bieten.

7 So war in dem Artikel Müssen Arme früher sterben in der ZEIT 32/1999 zu lesen: „In Großbritannien machte 1995 der Fall der zehnjährigen Jaymee Brown dicke Schlagzeilen. Dank Chemotherapie und einer (zweiten) Knochenmarktransplantation konnte das Mädchen seine Leukämieerkrankung ein weiteres Jahr lang überleben – doch die 200.000 Mark kamen von einem anonymen privaten Spender. Das staatliche Gesundheitssystem, der National Health Service (NHS), hatte die Behandlung abgelehnt und Jaymees Vater geschrieben: Die ‚substanziellen Kosten der Behandlung mit solch einer schmalen Erfolgchance‘ seien ‚keine effektive Verwendung der Ressourcen‘.“

8 THE GUARDIAN, 25.5.2003

# Wie gesund oder krank sind die Saarländer?

## Zur gesundheitlichen Lage der saarländischen Bevölkerung

Von Eckart Rolshoven<sup>1</sup>

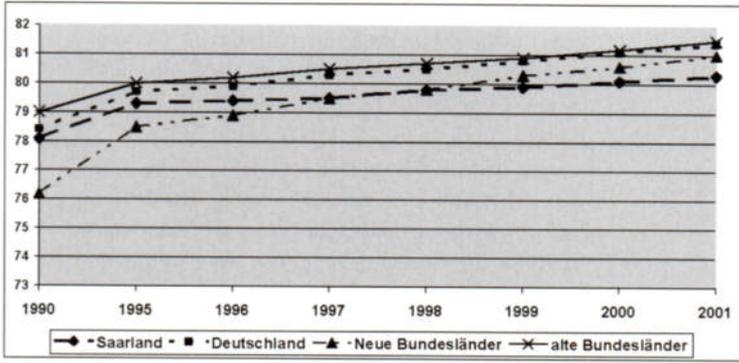
Wenn in den letzten Jahren in den Medien über die gesundheitliche Lage der Bevölkerung des Saarlandes diskutiert wurde, dann vorwiegend über hohe Gesundheitskosten beziehungsweise Gesundheitsfolgekosten. Es wurde eine vergleichsweise hohe Anzahl an Krankenhausbetten bemängelt, es wurden im Vergleich der Bundesländer im oberen Drittel liegende Medikamentenausgaben kritisiert und es wurde über lange Arbeitsunfähigkeitszeiten geklagt. Als Ursache wurde ein Überangebot an Gesundheitsdienstleistungen ausgemacht und die hierzulande hohe Arztdichte angeprangert. Dabei genügte ein Blick in die offiziellen Statistiken, um eine genau im Bundesschnitt liegende Anzahl niedergelassener Ärzte zu beweisen. Die Anzahl der Krankenhausbetten und der angestellten Ärzte liegt tatsächlich über dem Bundesschnitt. Auch die Dauer der einzelnen Arbeitsunfähigkeitszeiten liegt geringfügig darüber. Noch in den 1980er Jahren lagen diese Ausfallzeiten deutlicher über dem Mittel als heute. Dies hatte mit politischen und auch betriebswirtschaftlich begründeten Frühverrentungen beispielsweise in der Stahlindustrie zu tun. Die Volkswirtschaft und auch das Gesundheitswesen wurden hier im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen belastet. Die gleichen Unternehmer, die jährlich über lange Krankheitszeiten lamentierten, beschritten zu dieser Zeit gerne diesen Weg der Unternehmensentlastungen.

Vergleiche dieser Art haben sicher den Sinn, Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschliessen. Ohne die Gegenüberstellung eventuell zugrunde liegender Unterschiede im Bereich von Krankheitshäufigkeiten bleiben sie allerdings oberflächlich und gefährlich. Solche Unterschiede liegen jedoch eindeutig vor.

Die zur Aufdeckung solcher Abweichungen erforderlichen epidemiologischen Untersuchungen sind leider dünn gesät. Das Saarland hat durch sein seit Jahren als einziges in Westdeutschland existierendes und von dem Homburger Pathologen Prof. Dhom initiiertes Krebsregister hier sogar eine Vorreiterrolle. Im Bereich der volkswirtschaftlich bedeutenden Erkrankungen wie Gefäßerkrankungen (Schlaganfälle, Herzinfarkte, Raucherbein) und der oft ursächlich zugrundeliegenden Zuckererkrankung, fehlen solche Register jedoch. Beim *Diabetes mellitus*, der sog. Zuckerkrankheit, liegt eine Untersuchung des Regensburger Diabetologen Prof. Palitzsch vor. Er untersuchte die Bevölkerung stichprobenhaft und fand Divergenzen in fünf Bundesländern (Saarland, Bayern, NRW, Bremen, Sachsen): *Diabetes m.* trat im Saarland doppelt so häufig auf wie in Bremen. In ähnlicher Weise untersuchte das *Robert-Koch-Institut* die Häufigkeit von *Diabetes* in den alten und neuen Bundesländern. Die Erkrankung trat bei älteren Bewohnern im Osten fast doppelt so häufig auf wie in den westlichen Bundesländern. Aussagekräftig ist in dieser Hinsicht die Lebenserwartung bei Geburt und die Entwicklung der Lebenserwartung. Die beiden auf der folgenden Seite abgebildeten Graphiken zeigen dies (getrennt nach Männern und Frauen). Sowohl bei Frauen als auch bei Männern liegt das Saarland im Vergleich der Bundesländer an sehr ungünstiger Stelle: in etwa analog den neuen Bundesländern. Bei den Männern lag das Saarland fast am Ende aller westdeutschen Nachbarn.<sup>2</sup> Die Lebenserwartung bei Frauen entsprach den bekannt schlechten Werten der neuen Bundesländer. Besonders beunruhigend erscheint die Entwicklung der Lebenserwartung im Saarland in den letzten Jahren. Diese zeigt die schwächste Steigung im Vergleich aller Bundesländer.

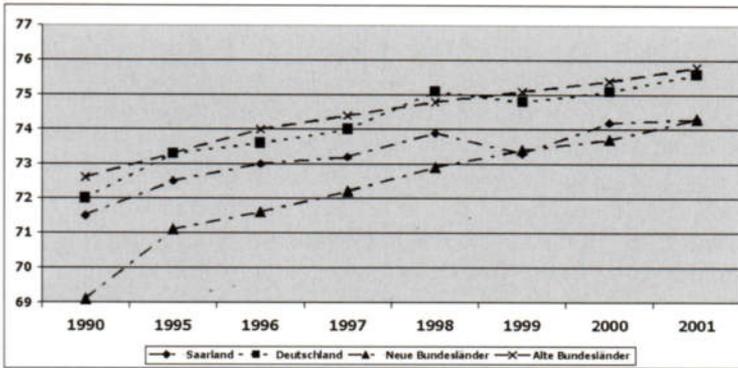
Ein weiteres Indiz für eine ungünstige Ausgangslage und Entwicklung ist die mit der Lebenserwartung zusammenhängende Anzahl der Sterbefälle pro Jahr. Je geringer die Lebenserwartung, desto verdichteter und häu-

Entwicklung der Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung zwischen 1990 bis 2001  
Saarland, Deutschland, neue und alte Bundesländer



Quelle: Statistisches Bundesamt

Entwicklung der Lebenserwartung männlich 1990 bis 2001  
Saarland, Deutschland, neue und alte Bundesländer



Quelle: Statistisches Bundesamt

figer finden Todesfälle pro Jahr statt. So starben im Jahre 2002 im Saarland 1.161 Menschen pro 100.000 Einwohner. Das Saarland lag unter allen Bundesländern auf Platz 2 hinter Sachsen-Anhalt mit 1.176 Todesfällen. Im Schnitt starben im Jahr 2002 in Deutschland 1.020 Einwohner p.a. und 100.000 Einwohner. Um die regionalen Unterschiede zu verdeutlichen sei das Land mit der günstigsten Lebenserwartung erwähnt: Baden-Württemberg mit 894 Todesfällen p.a. und 100.000 Einwohner. Pro 100.000 Einwohner verstarben im Saarland 267 Menschen mehr als in Baden Württemberg. Auf eine Million Einwohner hochgerechnet betrug die Differenz 2.670 Einwohner zuungunsten des Saarlandes. Dies zeigt, daß es sich um gravierende Unterschiede des Gesundheitszustandes handeln muß, die zu solchen Differenzen führen.

Ein Erklärungsfaktor ist die unterschiedliche Altersstruktur. Rechnet man den altersbedingten Unterschied heraus, so verbleibt für das Saarland zu Baden-Württemberg ein Plus von 159 Todesfällen je 100.000 Einwohner. Die unterschiedliche Altersstruktur ist demnach nur eine der Ursachen für die unterschiedliche Mortalität.

Hier bestehen nicht nur epidemiologisch-wissenschaftliche Interessen. Die dargestellten Abweichungen bedingen andere Strukturerefordernisse an das Gesundheitswesen. Wenn pro eine Million Einwohner über 2.500 Menschen pro Jahr mehr als in dem Land mit den gesündesten Einwohnern versterben, so muß folglich die Anzahl der Krankenhausbetten höher sein als dort. Bekannt ist, daß die für das Gesundheitswesen teuersten Lebensjahre die beiden letzten eines jeden Lebens sind.

Wie bereits ausgeführt, ist ein Unterschied in der Morbidität zwischen neuen und alten Bundesländern zuungunsten der neuen Länder allgemeiner Konsens. Beunruhigenderweise liegt unter den genannten Aspekten das Saarland mit diesen und nicht mit seinen westdeutschen Nachbarn gleichauf. Bei den Haupttodesursachen Gefäßkrankheiten (Herzinfarkte, Schlaganfälle) und Neubildungen (Krebserkrankungen) ist das Saarland immer in der Gruppe der neuen Bundesländer, teilweise auch dort in der Spitzengruppe zu finden. Kostenvergleiche müssen daher immer diesen faktischen Morbiditätshintergrund berücksichtigen. Wer dies nicht tut und Anpassung an den Durchschnitt oder - etwa im Rahmen eines Benchmarkingmodells - gar an den Spitzenreiter verlangt, der fordert, daß die kaum veränderbaren Mehrausgaben am Lebensende zuvor herausgewirtschaftet werden. Dies muß, wenn medizinische Maßnahmen eine Lebensverlängerung bringen können,

eine weitere Verschlechterung der Lebenserwartung zur Folge haben.

Soweit die Fakten. Wo könnte nun die Ursache der hierzulande ungünstigen Situation liegen? Immer wieder werden die Folgen der nachteiligen, belastenden Arbeitsbedingungen in der früher bestimmenden Montanindustrie angeführt. Im Bereich des Kohlebergbaus herrschten solche Bedingungen wohl bis in den Anfang der 1960er Jahre. Die *Silikose* (Steinstaublunge) mit ihren erheblichen Auswirkungen auf Lebensqualität und Lebenserwartung wurde in der Folgezeit durch präventive Maßnahmen erfolgreich eingedämmt. Auswirkungen dürften vorwiegend bei Grubenarbeitern bestehen, die noch in den 1950er Jahren unter Tage gearbeitet haben. Anders sieht es im Bereich der Hüttenarbeiter aus. Dort herrschten noch bis in die 1980er Jahre hinein außerordentlich belastende und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen, die sich auch heute noch auf die hiesige Morbiditätsstruktur auswirken. Die im Rahmen industrieller Umstrukturierung später im Saarland angesiedelte Industrie dürfte sich nicht signifikant von den Strukturen anderer Bundesländer unterscheiden.

In vielen medizinsoziologischen Untersuchungen ist der Zusammenhang zwischen Einkommen und gesundheitlicher Lage untersucht worden. Klar und unstrittig ist der Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit; die gesundheitlichen Gegebenheiten sind hier eindeutig. Wer arm ist, achtet weniger auf seine Gesundheit. Vorsorgeuntersuchungen werden in den armen Schichten unserer Gesellschaft am wenigsten in Anspruch genommen. Wer arm ist, achtet weniger darauf, die langfristigen Auswirkungen ungesunden Lebenswandels zu beachten. Angehörige armer Schichten sind häufiger Übergewichtig. In ärmeren sozialen Schichten wird weitaus stärker geraucht als in vergleichsweise wohlhabenderen. Untersuchungen zeigen gleichfalls einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und gesundheitlicher Lage auf: Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose gehören so, auch wenn absolute Armutskriterien in unserer Gesellschaft nicht zutreffen, in die Gruppe derer, die gesundheitlich schlechter dastehen und eine geringere Lebenserwartung haben.

Interessant ist der Detailblick auf den gesundheitlichen Status in Korrelation mit der

Einkommenssituation. Auch außerhalb des Bereichs, der als arm bezeichnet wird, gibt es einen fast linearen Zusammenhang zwischen Gesundheit und Einkommen. Auch in Einkommensbereichen, die sich gesunde Ernährung, Sport, Urlaub in ähnlicher Weise leisten können, gibt es noch einkommensabhängige Unterschiede der gesundheitlichen Lage. Es scheint so zu sein, daß die Möglichkeit, seine Umwelt zu gestalten, einen positiven Einfluß auf die gesundheitliche Lage des Menschen hat. Wer viel gestalten kann, wird eher mehr verdienen. Wer also in einer Hierarchie den höchsten Platz erreicht, scheint gesundheitlich weniger anfällig zu sein als ein Arbeiter. Im Saarland ist deren Anteil hoch. Anders ausgedrückt: Baden-Württemberg hat eine deutlich breitere Mittelschicht als das Saarland.

Bei allen genannten Faktoren belegt das Saarland einen ungünstigen Rang. Erst in allerletzter Zeit hat es den Platz mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen unter den westlichen Bundesländern verlassen. Der Anteil der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ist etwas zurückgegangen. Die sicherste Methode, Lebenserwartung und Gesundheit zu steigern, ist nach dem vorher gesagten die Verbesserung der sozialen Lage.

#### Anmerkungen

1 *Der Autor ist kein Epidemiologe und von daher zur Untermauerung seiner These einer besonders ungünstigen gesundheitlichen Lage der saarländischen Bevölkerung auf allgemein zugängliche Datenquellen angewiesen. Alle entsprechenden Aussagen gründen auf Daten, die auf der Internetseite [www.gbe-bund.de](http://www.gbe-bund.de) zu finden sind oder waren.*

2 *Im Westen lagen nur vier Landkreise unmittelbar um Duisburg hinter dem Saarland, was einen Hinweis auf eine Branchenauswirkung darstellt. Bei den Frauen lag im Westen nur der Emscher-Lippe-Kreis hinter dem Saarland. Siehe auch *Der SPIEGEL* Nr. 44 vom 27.10.2003.*

# Expreß ins Nirwana

## Das Glück des Sparens

Von Jürgen Albers

„Du siehst mal wieder aus wie aus der Kleiderkammer der Heilsarmee!“ So hatte die ebenso schöne wie strenge Tochter des Kleinen Großmeisters oft geschimpft, wenn ihr Vater ein Jahrzehnte altes Jackett im Stil der 70er Jahre mit einer verschlissenen Hose und geradezu antiken Schuhen kombinierte.

„Das sind meine bequemsten Sachen!“, verteidigte sich der Meister, „Außerdem sparen wir so Geld, und wir schonen auch noch Ressourcen. Darauf legst du doch sonst viel Wert!“

Ein buddhistischer Mönch besitzt nur 7 Gegenstände, weil jedes Haften an den Dingen ablenkt und die Erleuchtung verzögert. Deshalb machte es dem um Erleuchtung Ringenden großes Vergnügen, in einem Land zu leben, das von Sparmaßnahmen, „Sanierungen“ und „Konsolidierungen“ geprägt war.

„Wunderbar“, meinte er, „Sanierung‘ heißt Gesundung, ‚solide‘, also erdverbunden, sollten wir alle sein – dann aber auch diese letzte irdische Bindung einsparen. Deutschland ist auf dem Weg vom Land der Dichter und Denker zum Nirwana, zum erleuchteten Nicht-Sein.“

Ein schönes Beispiel dafür ist die Deutsche Bahn. Durch ständiges Sparen ist die Gesundung schon so weit fortgeschritten, daß die Ebene der materiellen Existenz langsam verlassen wird. Von irdischen Zwängen wie Fahrplänen und Uhren befreit man sich ebenso wie von Zügen und Gleisen. Die letzten Fahrgäste schulen sich in buddhistischer Gelassenheit, ertragen, was da kommt – oder auch nicht kommt – und lernen, das Leben so zu akzeptieren, wie es gerade ist.

„Ja, sparen wir uns gesund!“, freute sich der Meister, „Wozu Bahn fahren? Wozu überhaupt reisen? Je weiter man fährt, desto weniger weiß man, sagt schon ein östliches Sprichwort. Wer zu viel herumfährt, entfernt sich von sich selbst!“

Der Meister sparte das Bahnfahren ein, half der Bahn auf ihrer Fahrt ins Nirwana.

So war fast ganz Deutschland auf dem Weg zur Erleuchtung. Für soziale Gerechtigkeit sorgte die (scheinbar paradoxe) Tatsache, daß eine Minderheit von Superreichen nicht sparte. So hatte die Masse der Bürger Gelegenheit, die Oberschicht spirituell hinter sich zu lassen. Während Spitzenmanager als Mistkäfer wiedergeboren wurden, erfreuten sich die, die man völlig zu Recht „freigesetzt“ nannte, bald der Nicht-Existenz. Im Nirwana waren sie nicht einmal mehr nichts.

So ganz neu war dieses Gefühl ihnen allerdings nicht.

*(Quelle: siehe S. 58)*

# Blick zurück auf einen verschleierten Generationenkonflikt

## Zur Lage der Sozialen Pflegeversicherung

Von Herbert Temmes

**M**it Bestürzung mußte ich in diesem Herbst lesen, daß die jüngeren Deutschen, und das waren fast durchweg noch meine Altersgenossen zwischen 25 und 35 Jahren, die *Soziale Pflegeversicherung* positiv beurteilten. Was war in sie gefahren? Fanden sie es beruhigend, Oma vom Pflegedienst versorgt zu wissen – und sich damit außerhalb der Gefahr, dies selbst tun zu müssen? Oder fanden sie es gar noch tröstlicher, daß, gesetzt der Fall träte ein, die eigenen Eltern kämen einmal in die Situation, pflegebedürftig zu werden, es neben den eigenen Ressourcen auch noch die der sogenannten Versicherten-gemeinschaft gäbe?

All dies ist mir mehr als schleierhaft. Woher aber kommt der Glaube daran, es nähme sich ein vermeintliches soziales Sicherungssystem auch ihnen noch nach Dekaden mit gleicher Intensität an? Kaum einer unter den jüngeren Deutschen scheint ernsthaft den Gedanken zu hegen, daß das als sozial bezeichnete Zwangsumlagesystem ein wahrhaftes Kuckucksei ist: weit gerühmt, und all jenen wie eine Natter an die Brust gelegt, die noch Jahrzehnte damit verbringen müssen, in ein Sicherungssystem einzuzahlen, von dem sie am Ende nichts, aber auch gar nichts haben werden.

### Zur Entstehungsgeschichte

Norbert Blüms Ruf als bedeutender Sozialpolitiker geht auf zwei in seinen Amtszeiten von ihm kreierte politische Artefakte zurück: sich als Wahrer der Renten all der kleinen Leute zu gerieren – unvergessen sein rheinisch intonierter „Die Rende sinn sicher“-Ausspruch – und neben die in der Fachwelt schon als leckgeschlagen erkannten Sozialversicherungssy-

steme noch eine fünfte, nunmehr vollends tönerner und brüchige Säule zu stellen: die *Soziale Pflegeversicherung*, kodifiziert im *Sozialgesetzbuch XI*.

Das Risiko des Eintritts von Pflegebedürftigkeit ist durch die Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1994 nach vorausgehender über zwanzigjähriger Diskussion durch eine Sozialversicherungslösung mit Beitragsumlageverfahren im Hauruckverfahren scheinbar gelöst worden. Seither wurde das SGB XI bereits mehrfach novelliert und auch neue Leistungen wie die Pauschale für die Betreuung von dementiell erkrankten Menschen eingeführt, und alle Jahre wieder werden Änderungen oder Verbesserungen diskutiert. An der Pauschalierung und Deckelung der Leistungen hat sich seit ihrem Bestehen jedoch im Grunde nichts geändert.

Die aktuellen Diskussionen um die strukturellen Veränderungen vor allem in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind vielfach den knapp gewordenen Finanzmitteln geschuldet. Außer den zahlreichen Maßnahmen zur schnellen Geldzuführung in Form von finanzieller Eigenbeteiligung der Patienten (beispielsweise als Praxisgebühr oder als Taxe für Krankenhaus- und Rehaaufenthalte, als Zuzahlung für Heil- und Hilfsmittel oder als 100%-Beteiligung für vollständig aus dem Warensortiment ausgegliederte Medikamente), erfolgte immer wieder auch die Anhebung der Krankenkassenbeiträge. Hier mußte nun endlich doch der Riegel vorgeschoben werden, da über die paritätische Beteiligung der Arbeitgeber eine politisch nicht mehr hinzunehmende Benachteiligung des Standortes Deutschland prognostiziert wurde, was bekanntermaßen keinen Politiker mehr in Ruhe schlafen läßt.

Defizite prägen im übrigen auch die auf ein Haushaltsjahr bezogene Betrachtung der Pflegeversicherung. Ihr Minus wird jedoch noch von einem finanziellen Polster aufgefangen, das durch die clevere Spreizung von frühem Einnahmen-Einkassieren und spätem Ausgaben-Generieren zu Beginn der Pflegeversicherung wirkungsvoll verborgen wurde. Das permanent auflaufende Saldo der Pflegeversicherung läßt die Rücklagen allerdings seit Jahren kontinuierlich abschmelzen und schafft es seit dem neuen Jahrtausend alljährlich immer wieder, wenn auch nur vorübergehend, in der Hitliste deutscher Medien nach ganz oben.<sup>1</sup>

Dies, sowie die nie verebbte Diskussion um die Strukturdefizite der gesetzlichen Sicherungssysteme bringen es mit sich, daß die beiden großen Entwürfe zur Reform des deutschen Gesundheitswesens, der Bericht der *Rürup*- und der Bericht der *Herzog-Kommission* aus dem vergangenen Jahr, gar nicht umhin kamen, auch die Pflegeversicherung mit in die Überlegungen zur Reformierung der sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen. Ist es auch im von *Hartz IV* dominierten Herbst 2004 ruhig gewesen um die Pflegeversicherung, so wird sie bald jedoch im Windschatten der anstehenden Restaurierung oder Generalüberholung der gesetzlichen Krankenversicherung mit auf der politischen Agenda stehen: Nicht umsonst gilt sie als kleine Schwester der Krankenversicherung.<sup>2</sup>

### Teilkaskoleistungen heute

Nahmen 1995 im Bereich der ambulanten Pflege 1,162 Mio. Menschen und im stationären Bereich 0,384 Mio. Menschen, also insgesamt 1,546 Mio. Menschen Pflegeleistungen in Anspruch, so stieg diese Zahl im Fünfjahreszeitraum bis 2000 um 17,9% auf insgesamt 1,822 Mio. Pflegebedürftige an. Der Zuwachs im stationären Bereich war mit rund 45% besonders hoch.<sup>3</sup> Die Zahlen für das Jahr 2002 sprechen von einer weiter drastisch steigenden Inanspruchnahme insbesondere bei der stationären Pflege.

Ganz im Gegenteil zur bis Ende 2004 bestehenden Basis unseres sozialen Sicherungssystems, dem *Bundessozialhilfegesetz* (BSHG), in der der Bedarfsdeckungsgrundsatz gilt, sind die Leistungen der Pflegeversicherung gedeckelt. Ihre Leistungen sind also keineswegs geeignet, die Kosten der Versorgung von Pflegebedürftigen in voller Höhe abzudecken. Sie ähnelt – wie das Bundessozialgericht selbst definiert – einer Teilkaskoversicherung. Bezeichnend hierfür ist auch der Vergleich zwischen sozialer Kranken- und Pflegeversicherung: Beide stehen unter dem Gebot der Wirtschaftlichkeit der Mittelverwendung, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der „ausreichenden Leistungsgewährung“, die lediglich in der Krankenversicherung festgeschrieben ist. Der Verzicht auf eine derartige Formulierung folgt aus der auf einen Höchstbeitrag begrenzten Leistung der Pflegeversiche-

rung. In der Versicherungswirtschaft heißt dies schlicht: pauschalierter Zuschuß.

### Morgen Rettung durch die Kommissionen?

Die *Rürup-Kommission* sieht – wie andere Gutachten über die sozialen Sicherungssysteme ebenfalls – eine der Schwierigkeiten für die Pflegeversicherung aus der demographischen Entwicklung erwachsen, d.h. der zunehmenden Alterung der Gesellschaft: *„In den nächsten Jahrzehnten wird die Anzahl der pflegebedürftigen Personen infolge des demographischen Wandels weiter erheblich ansteigen. Darüber hinaus wird sich die Anzahl der erwerbstätigen Beitragszahlerinnen und -zahler (...) deutlich verringern. Insgesamt führt diese Entwicklung zu einem sich permanent verschärfenden Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben der Sozialen Pflegeversicherung.“*<sup>4</sup>

### Schon wieder mal den Trend verpennt?

Rürup wollte oder durfte es nicht schärfer formulieren: Das Ungleichgewicht ist eines der Beitragszahler oder schlichter gesagt: mehr älteren, nicht arbeitenden oder berenteten Menschen, stehen weniger jüngere, arbeitende Menschen gegenüber.

Die Prognose der *Rürup-Kommission* geht bei einer konstanten Pflegefallwahrscheinlichkeit davon aus, daß die Anzahl der Pflegebedürftigen von derzeit 1,9 Mio. bis zum Jahr 2030 auf 3,1 Mio. und bis 2040 auf 3,4 Mio. pflegebedürftige Menschen anwächst. Erst nach 2050 – so der Kommissionsbericht – wird mit einer Stagnation gerechnet: Kein Wunder, denn dann werden bereits die 1970 Geborenen die 80-Jahre-Grenze erreichen und die geburtenstärksten 1960er- bis 1964er-Jahrgänge schon auf die 90 zugehen. Die Kommissionsempfehlung baut weiterhin auf der Annahme auf, daß „sich der (...) Trend zur stationären Pflege (...) zukünftig fortsetzen wird.“<sup>5</sup> Gleiches gilt für die bereits jetzt sich abzeichnende häufigere Inanspruchnahme der professionellen ambulanten Pflege. Schließlich käme der Dynamisierung der Pflegeversicherungsleistungen eine wichtige Bedeutung zu: Zum Erhalt der Kaufkraft der mit der Pflegeversicherung verbundenen Leistungen (Pfle-

gesachleistung oder -geld) hält es die Kommission für notwendig, die „Leistungen ab 2005 um jährlich 2,25% p.a.“<sup>6</sup> zu dynamisieren.

### Der Umgang mit der „alten Last“

Ausgehend von der in Kauf genommenen „alten Last“, d.h. den pflegebedürftigen Beziehern von Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz, die ab 1995 oder 1996 automatisch in den Genuß von Leistungen der Pflegeversicherung kamen (ohne jedoch je einen Beitrag eingezahlt zu haben) und den sogenannten „pflegenahen Jahrgängen“, die ebenfalls keinerlei oder nur geringe Beiträge in die Versicherung einbezahlten, löste die Kommission die Frage nach der Generationengerechtigkeit dergestalt, daß sie eine Erhöhung der Beitragslast der heute Älteren durch einen zusätzlich zum allgemeinen Beitragssatz zu leistenden generativen Ausgleichsbetrag vorsah.<sup>7</sup> Dieser sollte ab dem Jahr 2010 in Höhe von 2% des versicherungspflichtigen Einkommens von den Rentnerinnen und Rentnern erhoben, gleichzeitig soll der Beitragssatz der Pflegeversicherung auf 1,2% gesenkt werden. Die Hälfte des allgemeinen Beitragssatzes in Höhe von dann 0,6% sollte wie bisher von den Rentenversicherungsträgern getragen werden, d.h. die Gesamtbelastung für Rentner würde 2,6% ihres Einkommens ab dem Jahr 2010 betragen. Dies würde eine Steigerung um 1,75%-Punkte gegenüber derzeit geltendem Recht bedeuten. Auch wenn das Murren der im Frühjahr 2004 bereits von einer beinahe stillen Beteiligung an den Pflegekosten betroffenen Rentnerinnen und Rentner wenig vernehmlich geworden ist, so wäre ein Aufschrei zu erwarten, käme dieser Kommissionsbeitrag auch nur dem Anschein nach einer Verwirklichung nahe.

Für die Erwerbstätigen bleibt es nach den Vorstellungen Rürups auch ab 2010 bei einem Beitragssatz von 1,7%, der vom sozialversicherungspflichtigen Erwerbseinkommen abzuführen ist. (Zwischenzeitlich bereits beschlossen ist jedoch, daß Kinderlose ab 2005 zusätzlich 0,25% ihres Einkommens in die Pflegeversicherung einzahlen müssen.) Da der allgemeine Beitragssatz nur noch 1,2% betragen würde, könnte ab 2010 ein Betrag in Höhe von 0,5% des beitragspflichtigen Einkommens

als gesetzlich verankerter Vorsorgebetrag auf ein Pflegekonto eingezahlt werden und einen Kapitalstock bilden. Die *Rürup-Kommission* schlug vor, daß diese Pflegekonten bei den Rentenversicherungsträgern personenbezogen geführt werden sollten und somit staatlichem Zugriff entzogen wären: Man scheint sich zu kennen! Der Kapitalstock diene ab dem Renteneintrittsalter dazu, die demographisch bedingte Steigerung der Beitragssätze zur Pflegeversicherung zu kompensieren, wodurch die Belastung für alle Generationen in etwa gleich bliebe.

### Herzog: Der Anti-Blüm

Unter dem Vorsitz von Ex-Bundespräsident und CDU-Mitglied Roman Herzog tagte eine weitere Expertengruppe, die sich mit Fragen unserer sozialen Sicherungssysteme befaßte und die Pflegeversicherung nicht aussparte. Sie legte ihr Ergebnis ohne vergleichbare spektakuläre Veröffentlichung von Zwischenergebnissen – wie durch einzelne Rürup-Kommissionsmitglieder geschehen – im September des vergangenen Jahres vor. Dieser knapp 80-seitige Bericht hat nicht einmal ein Fünftel des Umfangs des Konkurrenzproduktes. Auch die Herzog-Kommission ging von steigenden Beitragssätzen aufgrund der demographischen Entwicklung aus. Sie nahm an, daß bis 2030 der allgemeine Beitragssatz auf 2,6%, bis 2030 auf 3,9% und bei einer Dynamisierung der Leistungen auf sogar 5,8% der versicherungspflichtigen Einkommen ansteigen müßte.

Damit auch in Zukunft die Leistungen der *Sozialen Pflegeversicherung* in vergleichbarem Maß gewährt werden können, hält es die Kommission für unumgänglich auf ein „wesentlich demographiefesteres kapitalgedecktes Verfahren“<sup>8</sup> umzusteigen. Bis 2030 würde ein Beitragssatz von 3,2% ausreichen, um einen Kapitalstock aufzubauen, der später dazu dienen könnte, die höheren Belastungen durch die Pflegeversicherung im Alter abzufangen. Ab 2030 beliefe sich die lebenslange monatliche Prämie für einen Neuversicherten auf 52 Euro. Für 45jährige und Ältere würde ab 2030 eine monatliche Prämie von 66 Euro zur Abdeckung des Risikos ausreichen.

Unter dem Stichwort Generationengerechtigkeit machte die Kommission den Vorschlag,

für Rentnerinnen und Rentner, die keinen oder nur einen geringen Beitrag in die Pflegeversicherung eingezahlt haben, den Beitrag maßvoll und unter Berücksichtigung von sozialen Kriterien zu erhöhen, führte diesen Punkt jedoch – wohlwissend um den politischen Zündstoff – nicht weiter aus.

### Lösungen für einen Tag

Der vor Jahr und Tag sehr gescholtene Gesundheitsökonom Friedrich Breyer hat zum Entstehen der Pflegeversicherung angemerkt, daß „die Verlierer [der umlagefinanzierten Pflegeversicherung, Anm. Verf.] unter den schwach besetzten Geburtsjahrgängen nach 1970 zu suchen sind, von denen die Masse noch nicht wahlberechtigt“<sup>9</sup> war, was jedoch nur bedingt stimmt, wie sich leicht nachrechnen läßt. Kaum von der Hand zu weisen ist jedoch, daß die Brisanz des Themas Pflegeversicherung von der Generation der Brutto- wie Netto-Zahler nicht erkannt worden ist und nach wie vor einer Lösung harrt, die über einen Tag hinaus Bestand hat: Generationengerechtigkeit sieht nach Ansicht der Heutigen überspitzt gesagt wohl so aus, daß diese geschuftet haben und die Jungen dafür später zahlen müssen.

An der Pflegeversicherung in der jetzigen Form ihres Bestehens ist vieles wert, kritisiert zu werden: Sie belastet einseitig eine Generation für die nicht mehr das Kriegslastenausgleichsargument<sup>10</sup> zählen kann. Auch das Stichwort des Erbenschutzgesetzes hat seine Berechtigung: Wird doch über die Versicherten- beziehungsweise Solidargemeinschaft ermöglicht, daß Eltern statt ihr Vermögen für die eigene Absicherung einzusetzen, dieses an die Kinder weitergeben.<sup>11</sup> Eine der bittersten Erfahrungen jedoch ist, daß mit der Pflegeversicherung marktliche Strukturen in das innerfamiliäre Gefüge eingezogen und damit verwandtschaftliche Hilfen in Heller und Pfennig meßbar gemacht worden sind. Meinen einige eher feministisch orientierte Mitglieder unserer Gesellschaft noch, mit der Pflegeversicherung eine Anerkennung für den – tatsächlich – stark frauendominierten Anteil an der häuslichen pflegerischen Versorgung erhalten, vielleicht auch erkämpft zu haben, so muß ihnen andererseits gesagt werden, daß damit Privates durch Monetäres ersetzt worden ist.

Gleich wie wichtig eine Absicherung des

Pflegefallrisikos für unsere Gesellschaft geworden ist, indem die Pflegeversicherung als sozial, d.h. solidarisch finanziert, etikettiert wurde, hatte sie keine dauerhaften Erfolgsaussichten: Zu sehr schreiben wir uns seit Jahren das Verhalten eines *homo oeconomicus* selbst ein und nutzen jede sich bietende Gelegenheit, den eigenen Benefit zu mehren. Einer lediglich zwangssolidarisierten Gesellschaft stünde es besser zu Gesicht, sich eines solchen Popanzes zu entledigen und sich der Selbstverantwortung und der eigenen Für- und Vorsorge privat zuzuwenden.

### Anmerkungen

1 *So auch der Bericht der Rürup-Kommission, S. 186:* „Die in den ersten Jahren der Pflegeversicherung geschaffene Finanzreserve (...) kann das aktuelle Defizit noch ausgleichen, dürfte nach den Kommissionsberechnungen des demographischen Szenarios aber nur bis maximal 2007 auskömmlich sein (...).“

2 *Im Vergleich des Jahres 1999: Das Volumen der Gesetzlichen Krankenversicherung betrug 253,8 Mrd. DM, das der Sozialen Pflegeversicherung 31,9 Mrd. DM.*

3 *Quelle:* Aktuelle Basisdaten des Gesundheitswesens 2003, S. 93.

4 Rürup-Kommission, S. 188.

5 *Ebd.*, S. 189.

6 *Ebd.*, S. 190.

7 *Ebd.*, S. 200f.

8 Herzog-Kommission, Ziff. 37.

9 *Friedrich Breyer, Ökonomische Grundlagen der gesetzlichen Pflegeversicherung, S. 63*

10 *Der Jurist Thomas von Holt hat auf einer Veranstaltung auf den Umstand hingewiesen, daß für die Kriegsgeneration, die nicht in der Lage war, eine eigene Alterssicherung aufzubauen, eine Möglichkeit der Absicherung geschaffen werden mußte, was dann mit dem Begriff des Generationenvertrages maskiert und auf Dauer gestellt worden sei. Spätestens die Enkelgeneration aber hätte jedoch auf eine selbstfinanzierte Variante umsteigen müssen, um so die Folgen des eigenen Handelns, u.a. auch die, keine Kinder mehr in die Welt zu setzen oder setzen zu wollen, eigenverantwortlich abzufangen.*

11 *Was ich bisher noch nie las, war das Argument, daß kinderlose Versicherte deshalb nicht schlechter gestellt werden dürften, weil sie dauerhaft einbezahlt und bei Pflegebedürftigkeit ihr Vermögen schon allein deshalb für ihre Versorgung einsetzen müßten, weil die Pflegeversicherung bekanntlich nur einen Teil der Kosten decke. Wer Kinder hat, kann einen Teil der Kosten auf diese abwälzen, so daß diese wiederum in den Genuß einer Erbschaft kommen.*

# **Straßenjugendliche und Gesundheit**

## **Eindrücke und Reflexionen aus der Arbeit mit Jugendlichen auf der Straße**

Von Christel Kohls

**S**imone, 21 Jahre alt, alkohol- und drogenabhängig: Sie wurde, weil sie im betrunkenen Zustand einen Polizisten beleidigt hatte, von diesem durch einen Hieb mit einer Taschenlampe auf den Schädel so schwer verletzt, daß sie an der Stirn eine etwa fünf Zentimeter lange offene Wunde davontrug.

Für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben, ist es bezeichnend, daß sie aus den unterschiedlichsten Gründen nicht oder nur im Notfall zum Arzt gehen: Dieser Notfall trat bei Simone einige Tage nach der Verletzung auf, als die Wunde immer noch unversorgt und offen war. Der Arzt nähte die Wunde jedoch nicht mehr, weil die Verletzung bereits mehrere Tage alt war. So wurde die klaffende Stelle lediglich mit Jod und Salben versorgt. Mit einer einmaligen Behandlung war es allerdings bei diesem Ausmaß der Verletzung nicht getan. Simone hatte jedoch Hemmungen, den Arzt wieder aufzusuchen, weil sie die erforderliche Praxisgebühr von zehn Euro beim ersten Besuch schuldig geblieben war. Der Arzt hatte sie mit dem Hinweis verabschiedet, daß es „empfindliche Folgen“ für sie haben werde, wenn sie die Gebühr nicht bezahlen würde. Das trifft Simone besonders hart: Mitte des Monats hat sie ihr Geld oft schon ausgegeben und erbetelt sich das Notwendigste dann. Die kompromißlose Mahnung des Arztes schreckt sie ab. Arztbesuche schiebt sie so lange auf, bis sie in der Lage ist, die Praxisgebühr wieder zu zahlen.

So wie Simone ergeht es vielen, die auf der Straße leben oder sich zumindest über längere Zeit – weil sie beispielsweise aufs Betteln angewiesen sind oder sich mit Gleichgesinnten treffen wollen – auf der Straße aufhalten. Simone und ihr Verlobter haben zwar eine Wohnung, die ist jedoch sehr beengt, schäbig ausgestattet und in einem schlechten baulichen Zustand: keine Bleibe, die zum Verweilen einlädt. Das Geld für die Kneipe hat kaum jemand von Simones Freunden. Die Straße ist

daher der Ort für Kommunikation. Sie bietet eine Möglichkeit, der Tristesse und Einsamkeit der Wohnung zu entfliehen.

Allerdings hat das Straßenleben für die Betroffenen nicht nur seine (im wahrsten Sinne des Wortes) Sonnenseiten. Nässe und Kälte setzen den Jugendlichen zu. Viele konsumieren dann Alkohol, von dem sie sagen, daß er sie von innen wärme und ihnen helfe, demütigende Begegnungen beim Betteln leichter zu ertragen. Das Betteln fällt vielen nicht leicht, für manche ist es harte Arbeit. Der Schritt von unzureichenden Wohnverhältnissen zu einem Leben unter der Brücke ist nicht weit. Insbesondere psychisch labile Menschen empfinden beengte Verhältnisse derart bedrückend, daß sie das Leben und Übernachten im Freien einem trockenen und warmen Zuhause vorziehen.

Viele wohnungslose Jugendliche und junge Erwachsene sind aufgrund ihrer Lebensumstände von Erkrankungen besonders bedroht. Zum einen sind es die widrigen äußeren Bedingungen, die die Gesundheit der Betroffenen nachteilig beeinträchtigen – das Übernachten im Freien bei Nässe und Kälte ebenso wie die zumeist schlechte Ernährung –, zum anderen tragen die psychische Verfassung und Labilität zu einer höheren Krankheitsanfälligkeit bei. Eine positive Veränderung der Lebenssituation wird mit anhaltender Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit schwieriger. Im Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und fehlenden Perspektiven dreht sich die Spirale von psychischer und physischer Verelendung immer schneller. Auch auf den Umgang mit dem eigenen Körper wirkt sich dies aus. Typisch sind ein angegriffenes Immunsystem, Magen-Darm-Erkrankungen, Hepatitis B oder Hepatitis C und mangelnde zahnärztliche Versorgung. Psychische Erkrankungen wie Depressionen, Neurosen, Psychoosen und Borderline-Störungen sind sehr häufig festzustellen.

Schon immer war es schwer, sogenannte Straßenjugendliche zu motivieren, den Arzt aufzusuchen. Die Gesundheitsreform hat jedoch verschärfend gewirkt. Viele können es sich nicht leisten, die Praxisgebühr und andere Zuzahlungen aufzubringen. Arztbesuche werden daher noch häufiger als bisher aufgeschoben. Das Gesundheitssystem wird auf lange Sicht durch die späte Inanspruchnahme eines Arztes noch stärker belastet.

# Mehr Gesundheit durch ein neues Gesetz?

## Eine Präventionsstiftung soll die Gesundheitsförderung voranbringen

Von Helga Hudler und Wolfgang Reuter

Die gegenwärtige Bundesregierung ist in ihrer zweiten Amtsperiode auch mit der Intention angetreten, Prävention als eine weitere Säule neben Akutbehandlung, Rehabilitation und Pflege im Gesundheitswesen zu etablieren. Im Juli 2002 rief Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt das *Deutsche Forum Prävention und Gesundheitsförderung* ins Leben, dem inzwischen über 70 Mitgliedsorganisationen angehören. In einer Koordinierungsgruppe sind Teilnehmer von Bund und Ländern, den Krankenkassen, der Bundesärztekammer, aus Patienten- und Selbsthilfeorganisationen vertreten. Diese sogenannte Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat im Frühjahr 2004 ein Eckpunktepapier für ein künftiges Präventionsgesetz vorgelegt.

Das angekündigte Gesetz will einen Paradigmenwechsel im Gesundheitswesen erreichen. Für die im Eckpunktepapier festgelegten Ziele fand sich unter den Beteiligten ein hohes Maß an Konsens. Zu erwarten ist deshalb, daß auch weitere Akteure im Gesundheitswesen mit diese zustimmen werden.

### Konsensfähige Ziele im Eckpunktepapier

Wie andere Maßnahmen im Gesundheitswesen intendiert der Vorschlag insgesamt, daß dieses System „demographiefest“ gemacht werden soll, d.h. den veränderten Lebensbedingungen einer alternden Gesellschaft und den sich wandelnden Morbiditäten und Krankheitsverläufen Rechnung trägt.<sup>1</sup> Das Papier nennt als erstes der drei wichtigsten Ziele,

daß Prävention und Gesundheitsförderung zu einer eigenständigen Säule der gesundheitlichen Versorgung ausgebaut werden. Zweitens steht der Erhalt der Gesundheit und die nachhaltige Verbesserung von Lebensqualität, Mobilität und Leistungsfähigkeit im Fokus der Bemühungen und drittens sollen die Maßnahmen der Gesundheitsförderung allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen.

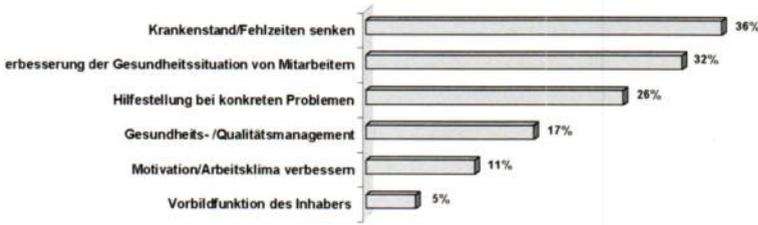
Darüber hinaus soll das Präventionsgesetz dazu beitragen, die Entwicklung eines zeitgemäßen Verständnisses von Prävention in allen gesellschaftlichen Bereichen (die Gesundheitsförderung spricht hier von Lebenswelten oder *settings*) zu fördern und die bestehenden Ressourcen zu bündeln, um damit effizient eine Verbesserung der Gesundheit zu erreichen. Weiterhin wird der Gesundheits-selbsthilfe ein hoher Stellenwert zugemessen. Auch der öffentliche Gesundheitsdienst, das sind in erster Linie die Gesundheitsämter, soll, so der Entwurf, verstärkt in Aktivitäten eingebunden werden. Durch Zusammenarbeit mit Akteuren aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Bildung und Freizeit soll eine bessere Vermittlung des Präventionsgedankens erreicht werden. Schließlich besteht ein nicht unerheblicher Teil der Bedeutung des Präventionsgesetzes in der Forschungsförderung und der Ausweitung von Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten in Gesundheitsberufen.

### Prävention heute

Prävention ist nicht erst ein Thema von morgen. Bereits heute sind Regelungen zur Verstärkung der Gesundheitsprävention im Fünften Sozialgesetzbuch (SGB V), dem Krankenversicherungsrecht, enthalten. Mit Regelungen in den 1990er Jahren wurden sowohl die Gesunderhaltung als auch die Verbesserung der Lebensqualität im SGB V festgeschrieben. Kooperationen zwischen einzelnen Leistungsträgern (u.a. den Berufsgenossenschaften und Krankenkassen) wie auch mit Kommunen (z.B. Präventionsförderung in Schulen und Kindertageseinrichtungen) gehören seither zu den Aktivitäten in der Sozial- und Gesundheitspolitik.

Diese Bestrebungen waren jedoch nicht von dauerhaftem und nachhaltigem Erfolg gekrönt. Unklar ist dabei, ob eher die Mittelkürzungen des Gesetzgebers (z.B. die finanzi-

Motivation und Gründe für die BGF  
Modellvorhaben KMU



Quelle: AOK Bayern

elle Begrenzung der Ausgaben von Krankenkassen für die Prävention im Rahmen des § 20 SGB V) die Ursache dafür sind oder ob nicht die Gründe tiefer liegen und vorrangig mit den Arbeits- und Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft zu tun haben. Zwar wird immer wieder festgestellt, daß etwa für Aktivitäten der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF), beispielsweise der Berufsgenossenschaften, sowohl bei den Beschäftigten als auch – aufgrund des finanziellen Druckes – bei den Arbeitgebern ein ausgeprägtes Interesse existiert (vgl. Abbildung oben). Trotzdem gilt allgemein, daß problematische Konsumgewohnheiten, Bewegungsmangel bereits im Kindesalter, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und insgesamt in der Arbeitswelt – um nur einige Mißstände zu nennen – die Bedingungen setzen, mit denen sich Gesundheitsförderung auseinandersetzen muß.

Für wesentliche Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens erscheint die Einführung des Präventionsgesetzes deshalb dringend erforderlich, damit die bereits bestehenden Anstrengungen einzelner Akteure auch zielführend koordiniert werden. Die Frage muß hier allerdings aufgeworfen werden, ob die angeführten Präventions- und Gesundheitsziele sowie die Instrumente zu ihrer Umsetzung ausreichend und ergebnisorientiert sind.

## Prävention morgen

Im Mittelpunkt des Eckpunkte-papiers steht eine institutionelle Neuerung: die *Stiftung Prävention und Gesundheitsförderung*. Bei ihr soll künftig die bundeseinheitliche Festlegung von Präventionszielen und die Entwicklung von Präventionsstrategien mit besonderer Zielgruppenorientierung liegen (vgl. Abbildung unten). Darüber hinaus soll es Aufgabe der Stiftung sein, Kampagnen für einzelne Zielgruppen

zu finanzieren sowie Projekte für lebensweltbezogene Maßnahmen und Modellprojekte zur Primärprävention voranzutreiben.

Der Kerngedanke dabei ist, daß Prävention mittelfristig alle Zweige der Sozialversicherung entlasten soll. Deshalb soll die Verantwortung nicht mehr allein bei der gesetzlichen Krankenversicherung liegen, sondern nach den Vorstellungen des Gesundheitsministeriums und der Bund-Länder-Arbeitsgruppe auch bei der gesetzlichen Renten-, Unfall- und der sozialen Pflegeversicherung, die finanziell zur Arbeit der Präventionsstiftung beitragen sollen. Der Vorschlag zur Finanzvereinbarung sieht eine Aufteilung der Mittel vor, wobei die gesetzliche Krankenversicherung mit 180 Mio. EUR den größten Anteil tragen würde, die Rentenversicherung 40 Mio. EUR beitragen, die Unfallversicherung 20 Mio. EUR und die Pflegeversicherung 10 Mio. EUR übernehmen müßten.<sup>2</sup>

## Aufbau und Funktionsweise der Prävention



Quelle: IKK Bundesverband

Eine anteilige Finanzierung der Stiftung aus Bundesmitteln ist demnach offensichtlich nicht vorgesehen. Durch die Finanzierung der Stiftung verlieren die Sozialversicherungsträger, die trotz aller rechtlichen Einschränkungen und finanziellen Restriktionen der letzten Jahre bislang noch Erfolge in der Prävention vorweisen konnten, jedoch in erheblichem Maß ihren eigenen finanziellen Spielraum und damit auch die Möglichkeit, weiterhin eigenständig aktiv zu sein. Zu Recht bestehen daher Bedenken bei den Sozialversicherungsträgern, insbesondere bei den gesetzlichen Krankenkassen, gegen die beabsichtigte Einrichtung der Stiftung und deren alleinige Finanzierung aus den Versicherungsbeiträgen. Wie so oft muß befürchtet werden, daß mit der Einführung eines eher zentralistischen Systems regionale Aktivitäten leiden, wenn nicht sogar ganz verdrängt werden. Sinnvoll wäre es vielmehr, wenn die bislang erfolgreichen Konzepte und Kooperationen Bestand haben könnten.

### Diskussion um die Finanzierung

Die Einführung bundesweit geltender Präventionsziele und Qualitätskriterien, die mit der Präventionsstiftung unweigerlich verbunden wären, scheint unter den politischen Akteuren die größte Akzeptanz zu finden. Für spezielle Präventionsprogramme wie die genannten in Kindergärten, Schulen, Hochschulen etc. sollen jedoch die Länder eigene Zuständigkeiten erhalten. Noch dreht sich die Diskussion fast ausschließlich um die Primärprävention im Sinne des bisherigen § 20 SGB V und die hierfür eingesetzten Finanzmittel. Bleibt es bei den aktuellen Vorstellungen, werden die Sozialleistungsträger, darunter vor allem die Krankenkassen die einzigen Finanziere der Stiftung sein. Damit stellt sich die Frage, ob das neuartige System zu einer erfolversprechenden Prävention und Gesundheitsförderung beitragen kann. Oder anders gefragt: Was wäre notwendig, um Prävention und Gesundheitsförderung zum Erfolg zu führen?

Ob die Einführung von bundeseinheitlichen Standards erfolgreich sein wird, sei dahingestellt. Konkrete Anreize für die Umsetzung von präventiven Maßnahmen müssen (so lehren es die Erfahrungen aus unserem Gesundheitswesen) finanzieller Art sein. Die

Gesundheitsökonomie bietet eine Vielzahl von teilweise langjährig erprobten Instrumenten, um Patienten, Klienten oder Versicherte eigenverantwortlich handeln zu lassen und die erwünschten Wirkungen zu erzielen. Auf Seiten der Versicherten zählen dazu in erster Linie Zuzahlungs- und Selbstbehaltregelungen, Beitragsrückerstattungen sowie die Möglichkeit, Leistungen zu- und abzuwählen. Auf Seiten der Leistungserbringer und Kostenträger finden sich Budgetierung, Abrechnungskontrolle, Dokumentationspflichten, Qualitätsprüfungen und -management.

Diese klassischen Instrumente reichen aber für einen langfristigen Erfolg der Prävention nicht aus, da die Gesundheitsversorgung der Zukunft nicht ohne größere Eigenverantwortung denkbar ist.<sup>3</sup> Obwohl die Stärkung von Eigenverantwortlichkeit der Versicherten bereits heute ein bedeutendes Postulat des SGB V ist, bedarf es weiterer Anreize, damit Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Prävention auch Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Oberstes Ziel muß dabei die Schärfung des Bewußtseins über das eigene gesundheitsschädigende oder -fördernde Verhalten sein. Menschen müssen darin bestärkt werden, gesundheitsschädigendes Verhalten zu erkennen und zu ändern. Dazu benötigen sie Informationen, wie sie sich möglichst gesundheitsbewußt verhalten können. Sie brauchen Anregungen und die Motivation, ihre Verhaltenweisen zu überprüfen und zu verändern. Und sie sind nicht zuletzt auch auf Unterricht bzw. Gesundheitserziehung angewiesen. Nur so kann erreicht werden, daß Prävention nicht als lästige Verpflichtung, sondern als Voraussetzung für eine eigene positive Körperwahrnehmung und die Freude an der eigenen Leistungsfähigkeit empfunden wird.

### Anmerkungen

1 Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS), Nationale Aufgabe Prävention. Eckpunkte, 4. Mai 2004.

2 Vgl. Ulf Fink in: DIE ERSATZKASSE, Heft 9/2004.

3 Vgl. Dieter Thomae in: DIE BKK, Heft 9/2004.

# Der Wunsch und das Wesentliche

## Die kastenlose Gesellschaft

Von Jürgen Albers

Buddha war kein Sozialrevolutionär. Aber weil er die Gleichwertigkeit aller Lebewesen betonte, kann man ihn immerhin im Gegensatz zur Kastengesellschaft seiner Heimat sehen. Einige buddhistische Schulen versuchen auch ganz konkret, die Lebensverhältnisse der Armen zu verbessern.

Im fernen Westen verfolgten profane Gesellschaftskritiker wie Herr Marx aus Trier vergleichbare Ziele – auch wenn ihnen Buddhas Erleuchtung und Gelassenheit fehlte.

In ihrer Nachfolge forderten Linke, die Kultur und die Medien müßten „demokratisiert“ werden. Mit Erstaunen bemerkte der Meister, daß diese Forderung nun erfüllt worden ist:

Die Sender machen Hörerforschung, erkunden ganz genau, was die Leute hören wollen.

Die Parteien machen Wählerforschung, erkunden ganz genau, was die Leute hören wollen.

Die Plattenfirmen machen Marktforschung, erkunden ganz genau, was die Leute hören wollen.

Kurz, die Leute bekommen genau das, was sie wollen. Die Diktatur des Proletariats wurde ganz unblutig erreicht.

Und es geht noch weiter: Das alte grün-alternative Rotationsprinzip wird endlich verwirklicht.

Wenn die Journalisten nichts Qualifiziertes mehr zu sagen haben, ist es nur logisch, Straßenumfragen zu senden. Die Leute hören, was sie am allerliebsten hören: sich selbst.

Wenn die Medienleute nichts mehr zu vermitteln haben, ist es nur logisch, die Rollen zu tauschen: Hörer werden Sender, Deutschland sucht den Superstar.

Und in Container oder Dschungel-Camp macht das Proletariat sein eigenes Programm.

Ganz nebenbei wurde auch jede Zensur abgeschafft, weil man nur Gedanken unterdrücken kann, die in einem Kopf vorhanden sind.

Jetzt gibt es nur ein Problem: Der ärgste Feind des Volkes ist das Volk. Nichts ist ärgerlicher und langweiliger, als immer Seinesgleichen zuzusehen. Also müssen die Teile des Volks, die nach oben rotiert sind, auch wieder abserviert werden. In proletarischen Diktaturen dienten hierzu Schauprozesse. Die proletarische Demokratie bevorzugt öffentliche Hinrichtungen in Shows und Schlagzeilen.

Der nächste Schritt könnte an europäischer Kulturgeschichte anknüpfen: So erreichte in Rom der Kampf von Christen gegen wilde Tiere im Colosseum eine hohe Publikumsakzeptanz. Die Hörforschung recherchiert zur Zeit noch, ob Tierfreunde gegen die mögliche Verletzung einer Großkatze protestieren würden. Die Wählerforschung untersucht, wie viel Tierschutz gesetzlich erwünscht wäre. Dazu spielt die Plattenindustrie Popmusik – was ja nichts anderes heißt als Volksmusik, z.B. „The Eye of the Tiger“ (Das Auge des Tigers).

So lebte das Volk glücklich und selbstbestimmt,  
aß Fastfood, trank Cola und Mixery,  
saß vor Bildschirmen und Leinwänden  
und hatte keine Probleme.

Krankheiten bereicherten die Talkshows,  
für soziale Absicherung sorgten Gewinnspiele,  
Gewaltverbrechen und Kriege ermöglichten Reality-TV.

Und wer noch nicht gestorben ist, erlebt es heute noch.

Der Meister beobachtete all dies mit gemischten Gefühlen. Einerseits freute ihn die mediale Aufhebung der Kastengesellschaft, andererseits empfiehlt Buddha, wir sollten nicht an den eigenen Wünschen und Launen kleben. Insofern verstärkt das Eingehen auf die Launen des Volkes die Abhängigkeit von oberflächlichen Wünschen und verhindert tiefergehende Einsichten. Wer alle spontanen Wünsche erfüllt bekommt, erhält letztlich das Wesentliche nicht.

Hier belästigten den Meister höchst ketzerische politische Gedanken:

„Populisten machen das Volk durch Lob fertig“, meinte einst Werner Schneyder. Vulgärer formuliert: Populisten bescheißen das Volk, indem sie ihm in den Arsch kriechen.

Dumm-Dumm-Geschosse  
sind zwar durch die Genfer Konvention verboten.  
Aber leider nur die aus Metall.

In Erinnerung an Axel Caesar (!) Springer, der einst meinte, die demokratische Abstimmung über „BILD“ finde am Zeitungskiosk statt, ergänzte der Meister:

Millionen Fliegen können nicht irren: Eßt Kuhfladen!  
Millionen US-Amerikaner können nicht irren: Krieg ist die  
Antwort auf alle Fragen!  
Millionen Zuschauer können nicht irren: Daniel ist der Superstar!

Hier nun knüpfte der Meister an bei Buddhas Überwindung der Kastengesellschaft: Er schaltete den Kasten einfach ab.

*Expresß ins Nirwana. Neues vom kleinen Großmeister, 112 S. mit vielen Abb. und Fotos,  
ISBN 3-923755-94-5 (12 Euro), Vertrieb: J. Albers, Halbergstr., 64, 66121 Saarbrücken,  
www.albers-kabarett.de*

## Von Seiltänzern, Prozessionen und heißen Wintermonaten

### Aufzeichnungen eines Metzger Bürgers

Aus dem Altfranzösischen des Philippe de Vigneulles

Bei der Erstellung ihrer Ahnentafel stieß Waldtraut Schuh auf einen klangvollen Namen: Philippe de Vigneulles, 1471 geboren in Vigneulles, 1528 gestorben in Metz. Er ist auch heute noch in Metz unvergessen. Nicht nur ein Collège (Gesamtschule), sondern auch ein Platz sind nach ihm benannt. Er schrieb eine Chronik der Stadt Metz, die ihn schon zu Lebzeiten berühmt machte, und außerdem ein *Journal*, das 1852 von Henri Michelant nach der Handschrift herausgegeben wurde.

Als Waldtraut und Eduard Schuh dieses Dokument aus dem Französischen übersetzten, merkten sie, daß sie auf eine hochinteressante Autobiographie des Spätmittelalters gestoßen waren. Sie bietet Einblicke sowohl in das Schicksal des abenteuerlustigen und hochbegabten Kaufmanns als auch Einsichten in die Vielfalt städtischer und sogar europäischer Lebensbezüge aus zeitgenössischer Sicht. Außerdem eignet sich das *Journal*, die zeitliche Lücke zwischen der Lebensbeschreibung des Burkhard Zink (Memmingen, 1396–1468) und dem *Buch Weinsberg* (Hermann von Weinsberg, Köln, 1518–1598) zu schließen. Waldtraut Schuh und ihre Tochter Monika Schlinkmann entschlossen sich deshalb, in Zusammenarbeit mit dem *Conte-Verlag* ihre Übersetzung herauszugeben, um dieses Dokument der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das *Journal* wurde mit gliedernden Zwischenüberschriften und einer Zeitleiste versehen und von Monika Schlinkmann durch ein erläuterndes Vor- und Nachwort ergänzt.

Die Übersetzung aus einem mittelalterlichen französischen Dialekt ins Deutsche stellte sich als Gratwanderung heraus. Wenn man versucht hätte, für die Übersetzung einen spätmittelalterlichen deutschen Dialekt zu imitieren, hätte das einem breiteren Publikum den Zugang zum Text unmöglich gemacht. Eine Sprache, wie sie zum Beispiel J.J. Häßlin im *Buch Weinsberg*, der Autobiographie eines Kölner Rats Herrn, gewählt hat, kommt im 21. Jahrhundert als künstliches Historisieren nicht mehr in Frage. Also wurde die Übersetzung dem heutigen Sprachgebrauch angepaßt, so daß der Leser diesen historischen und zugleich unterhaltsamen Stoff mühelos lesen kann. Mit freundlicher Genehmigung des Verlags dokumentieren wir im folgenden einen Auszug.\*



[...] Sabellin wurde wieder schwanger und trug das Kind aus, wie es Gott gefiel. Sie gebar am Tag von St. Petronella, an einem Freitag, sehr spät und am letzten Tag des Monats Mai, einen Sohn. Dieses Kind wurde am 1. Juni, samstags, am Tag des Märtyrers St. Nico-medis, getauft und bekam

den Namen François. Seine Paten waren Seigneur Dimanche, Pfarrer von St. Étienne, und der kleine Lowiat, der Schreiber. Patin war Jehanne, die Frau des Collignon de Chaitelz zu Lorey. Aber wie es Gott gefiel, lebte es nur zwei Monate und starb am 19. Juli, am Tag des St. Lupi.

Dieses Jahr war zunächst sehr heiß, und wenn ich von der Trockenheit des Vorjahres erzählte, so war das noch gar nichts im Hinblick auf dieses Jahr. Die alten Leute bezeugten, daß sie noch nie eine ähnliche Hitze erlebt hatten. Zuerst wuchsen alle Pflanzen sehr gut, wie schon lange nicht mehr, bis Anfang April. Nach dem ersten Apriltag bis zum 15. Juni fiel kein Tropfen Regen. Es war so heiß, daß die Erde überall aufriß, die Bäume und alles Grün verdorrten. Man machte mehrere Prozessionen, teils Hauptprozessionen, teils lokale, denn allen Pflanzen, außer den Weinstöcken, die wunderbar gut dastanden, ging es schlecht. Wenn die Reben im vergangenen Jahr wenig Holz getrieben hatten, so war es in diesem Jahr um so mehr, und es gab Trauben so viel man wollte. Aber das Gemüse, die Erbsen, Saubohnen und alles andere, war verdorrt, und das, was die Hitze überstand, wie Kirschen, Zwiebeln und die grünen Bohnen, selbst die Pflaumen, war voller Würmer und Maden. Sogar die noch weißen, unreifen Kirschen hatten schon Würmer. Unter dem bißchen Heu, das es auf den Wiesen gab, waren viele Heuschrecken, die alles fraßen, so daß kaum etwas Grünes übrigblieb. Am 23. August gab es ein kleines Erdbeben, aber es richtete, Gott sei Dank, keinen Schaden an. Allerdings herrschte in diesem Jahr eine starke Fieberpestilenz.

In Deutschland war ein großer Krieg zwischen dem König der Römer, Herzog Alexander, und mehreren deutschen Grafen, die sich untereinander verbündet hatten, und den Pfalzgrafen, wie man die Palladingrafen nennt, mit ihren Helfern auf der anderen Seite ausgebrochen. Obwohl der Kaiser so tat, als würde er sich nicht einmischen, ließ er die Grafen gewähren. Gott sei Dank wurde aber um den Saint-Rémy-Tag herum Friede geschlossen.

In diesem Jahr war alles sehr teuer, vom Wein einmal abgesehen, der sehr billig war, denn es hatte jetzt schon zwei Weinlesen hintereinander

gegeben, wo in die Fässer 11 Hotten Wein kamen. Doch das Getreide kostete 13 oder 14 Sous das Quart, Hafer 6 oder 7 Sous, die Saubohnen 7 Francs das Quart, die Erbsen 2 Francs, ein kleiner Karren Heu 5 oder 6 Francs, und alle anderen Dinge waren entsprechend teuer: Milch, Käse, Eier, Knoblauch, Zwiebeln, selbst Wolle und Tuch. Das Jahresende war sehr schön. Es gab eine zweite Mahd, was für die Tiere sehr gut war. Wir hatten die schönste Weinlese, die man je gesehen hat. Bis St. Martin war wunderbares Reisewetter, weil es nicht regnete, und man sah viele Pilger auf den Feldern. Die Arbeit auf den Feldern und das Einsäen gingen leicht von der Hand.

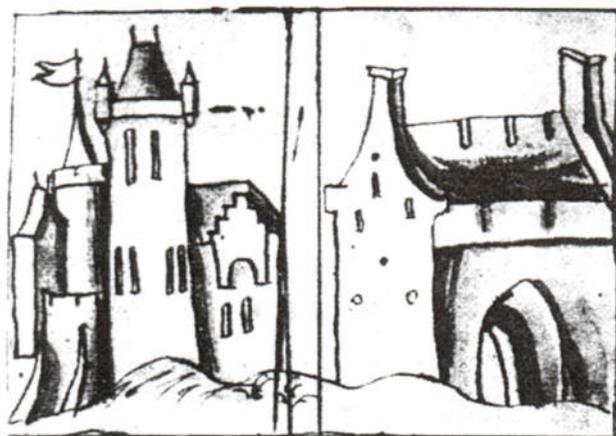
Im Oktober gab es einen äußerst seltsamen Vorfall: Ein Mann tötete sich versehentlich selbst. Ihr könnt mir glauben, daß noch niemand bisher eines solchen Todes gestorben ist, und deshalb will ich es hier erzählen.

Am Mittwoch, dem 9. Oktober, am Morgen der Hochzeit von Blanchair, Sohn des Notars Baudat Blanchair, war ein Metzger eingeladen. Er war verheiratet, wohnte in der alten Metzgerei und hieß Henri Dannoult. Er war einer der stärksten Männer von Metz und einer der kräftigsten, aber nicht sehr groß. Henri tanzte in dem neuen Saal mit den anderen den großen Kosakentanz. Er war ein fröhlicher Mensch. Als er sein Mädchen zu seinem Platz führen wollte, machte er den Kippsprung in der Hocke, indem er sich auf die Hände stützte. Dabei hält man das eine Bein gestreckt vor das andere. Indem er dieses Bein beugte und dann wieder streckte ohne loszulassen, machte er den Kippsprung in der Hocke, was ein schweres Kunststück ist, das er gut auszuführen verstand. Er hatte zwei Metzgermesser, die man breite Schabmesser nennt, in einer Scheide über seinem Gesäß. Als er den Sprung ausführte, fielen sie aus der Scheide und beim Hinunterfallen stellte sich eines der Messer auf und berührte mit dem Griff den Boden, so daß es bei diesem Sprung zwischen Wams und Strumpfhose ganz tief in seinen Körper eindrang. Und zwar so tief, daß man es kaum noch sah. Als er spürte, daß er sich wehgetan hatte, sich aber nicht im Klaren darüber war, was es sein könnte, führte er das Mädchen auf seinen Platz zurück zu den anderen und kam wieder zu der Stelle zurück, um seine Messer zu suchen, deren Fallen er gehört hatte. Als er nur das eine fand, war er sehr verwundert, und als er sich aufrichtete, spürte er zum ersten Mal die Verletzung. Er verlangte sofort, versehen zu werden. Da glaubten alle, er wolle scherzen, aber man



sah, wie er die Farbe wechselte. Deshalb führte man ihn zu einem anderen Metzger des Stadtviertels. Bevor das Messer herausgezogen wurde, wurde er versehen. Zwei Barbiermeister mühten sich mit Zangen ab, um es herauszuziehen, und sie wußten nicht, wie sie es machen sollten, denn es ragte kaum noch aus dem Körper heraus. Es war eines dieser breiten Messer, mit denen man die Tiere häutet und die man Schabmesser nennt. Als es heraus war, war es ganz verbogen, denn es war in der Hüfte auf einen Knochen getroffen. Am Ende des dritten Tages starb Henri daran. Gott sei seiner Seele gnädig, er war ein guter Mensch.

In diesem Jahr kamen viele Gaukler nach Metz, die Kunststücke vorführten, wie man sie noch nie gesehen hatte. Zu Beginn tanzte ein Bursche aus Miaulx in Brie auf einem Seil im Hof von Viller. Er tanzte dabei den maurischen Tanz und alle Arten von Tänzen: mit Rasiermessern, Spindeln oder Eisengewichten unter den Füßen, mit verbundenen Augen oder vollständig bewaffnet und so weiter. Sobald er gegangen war, kam ein anderer, ein Mann aus der Picardie, der führte unvergleichlich schwierigere Kunststücke auf, denn er machte all das, was der erste gezeigt hatte, und darüber hinaus arbeitete er auf einem kurzen, durchhängenden Seil mit Reifen. Er machte noch etwas Unglaublicheres, denn er band ein Seil an das Fenster des Uhrenturms. Das andere Ende des Seils reichte bis zum Boden und wurde an einem Pfahl am Ende der Fournirue festgebunden. Dann ging der Mann zum Uhrenturm hinauf



und ließ sich von dort oben am Seil hinunterrutschen, Kopf voraus, mit dem Bauch am Seil entlang, ohne sich mit den Händen festzuhalten, denn er breitete die Arme und Beine aus und hielt sie so, als ob er fliegen wollte. Das machte er mehrmals hintereinander. Er erreichte dabei eine so große Geschwindigkeit, daß er aussah

wie ein Blitz, und die Zuschauer erschrakten, wenn sie ihn ankommen sahen. Dann fiel er auf einen Haufen Kleider, der unter dem Pfahl lag, aber sofort war er wieder auf den Beinen.

Während er hier seine Kunststücke vorführte, kam ein anderer Meister der Geschicklichkeitsspiele und des Seiles, und zwar des großen Seiles wie des durchhängenden, kleinen Seiles, nach Metz. Dieser Meister hatte seinen kleinen, sehr hübschen und äußerst elegant gekleideten Sohn dabei, der auch Wunder an Geschicklichkeit vollbrachte. Dieser Meister war aus Lucca in Italien, und er bezeichnete sich als Meister aller

Meister, was er auch bald bewies. Er war zum ersten Mal in Metz. Zuerst ließ er seinen kleinen Sohn auf dem Seil tanzen und all das machen, was die anderen auch vorgeführt hatten. Alle Arten von Tänzen auf Rasiermessern, mit Pantoffeln, auf kleinen Pelote- oder Tennisbällen, mit einer Stange und mit verbundenen Augen. Er ließ ihn laufen, darauf springen, den Spagat machen, sich mit dem Kopf nach unten hängen und mit den Zehen oder den Fersen halten, in den Kniekehlen hängen, sich wieder aufschwingen, die Balancierstange hinter den Rücken legen, sie loslassen und wieder auffangen, indem er sich auf dem Seil herumdrehte, ohne Balancierstange laufen und Schwert- und Schildspiele aufführen. Dann stürzte dieser Knabe wie der Vorgänger, vom Uhrenturm und vom Stadthaus an dem Seil herunter. Als aber nun der Mann aus der Picardie, der noch in Metz weilte, sah, daß der andere den Siegespreis bekam, bewaffnete er sich und ließ sich voll bewaffnet vom Uhrenturm herabgleiten, was tollkühn war und das außergewöhnlichste Kunststück, das ich je gesehen habe.

Als der Vater des kleinen Jungen das sah, wollte er selbst um den Ehrenpreis kämpfen, denn bisher hatte er noch gar nichts gezeigt. Er und der Picarde kämpften jetzt eifersüchtig gegeneinander.

Als der Meister aus Italien mit seinen Vorführungen begann, übertraf er alle anderen mit seinen guten Darbietungen, und er machte für diejenigen, die sie noch nicht kannten, die unglaublichste Akrobatik. Sowohl auf dem Spannseil als auch auf dem Hängeseil. Niemand kann die Kunststücke, die er auf dem kleinen Seil vorführte, aufzählen, und er bewältigte alles mit solcher Leichtigkeit, daß er weder Himmel noch Erde zu berühren schien. Er war besser gekleidet als alle Bewohner von Metz. Er war auch ein Meister der Schwertspiele, der Streitaxt, des kurzen Dolches, aller Waffen und des Schildes. Kurz, das, was er uns zeigte, war nicht von dieser Welt.

Unterdessen kamen auch noch sechs Ungarn, die alle sechs Trompete spielten, was sich wunderschön anhörte. Sie spielten auch noch andere ungarische Instrumente. Einer von ihnen zeigte herrliche Bodenakrobatik. Die Ungarn hatten zwei große Bären dabei, die sie mit einem Kopfputz tanzen ließen. Die Bären trugen Instrumente, die sie beim Tanz zu spielen schienen. All das geschah 1504 zur Zeit der Weinlese oder etwas später.

Zu dieser Zeit war, wie schon gesagt, schönes Wetter, das bis Weihnachten dauerte.

*\* Waldtraut und Eduard Schuh / Monika Schlinkmann (Hrsg.), Das Journal des Philippe de Vigneulles, Conte-Verlag, Saarbrücken 2004, ca. 340 Seiten, mit zeitgenössischen Abbildungen, 29,90 EUR (ISBN 3-936950-16-4).*

## Mane Hellenthal

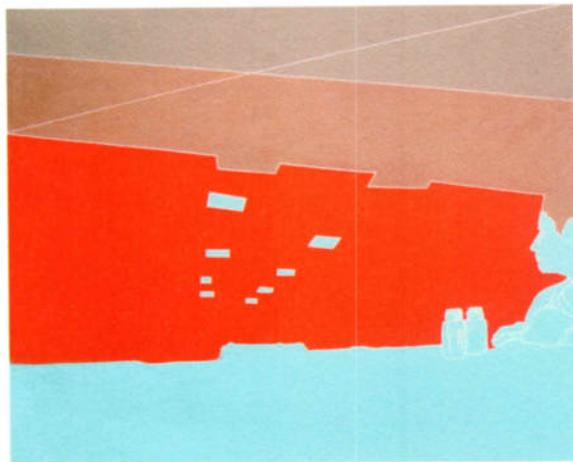
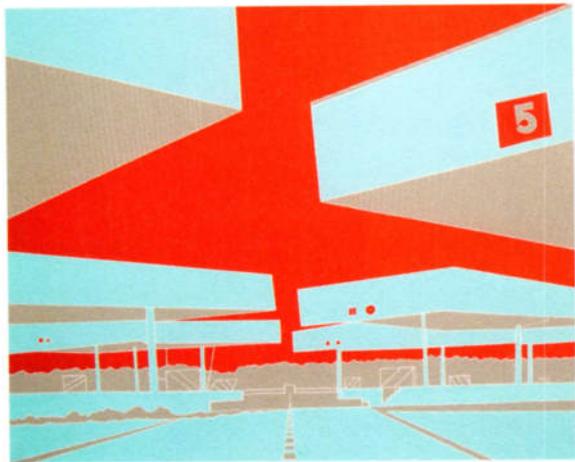
### Malerei

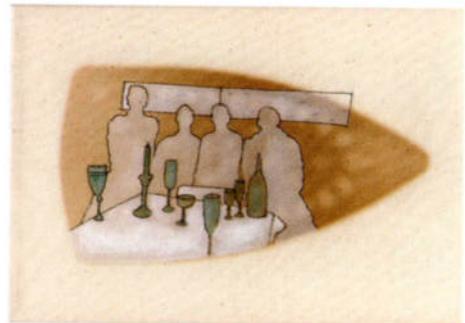
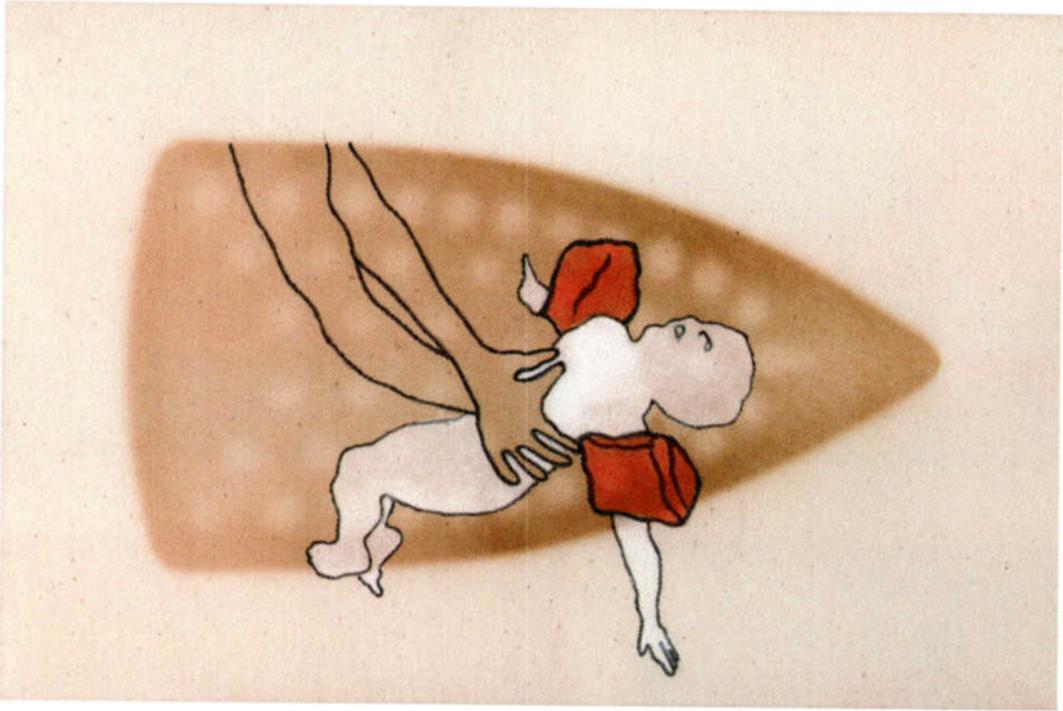
- 1957 geboren in Saarbrücken  
1977-80 Goldschmiedeschule Pforzheim  
1980-84 Auslandsaufenthalte in Spanien, Argentinien, Frankreich  
1984-90 Arbeit als Zahntechnikerin  
1990-97 Kunststudium an der Hochschule für Bildende Künste in Saarbrücken, bei Prof. Bodo Baumgarten (Malerei) und Prof. Ulrike Rosenbach  
1997 Diplom  
1997 Mitaufbau und -organisation der Produzentengalerie o.T.  
1999-2001 Aufbaustudium *Künstlerisches Gestalten und Therapie* an der Akademie der Bildenden Künste in München  
2001-2003 Arbeit in Luxembourg als Atelierleiterin mit geistig behinderten Menschen  
seit 2003 Arbeit als freischaffende Künstlerin

### Ausstellungen (Auswahl)

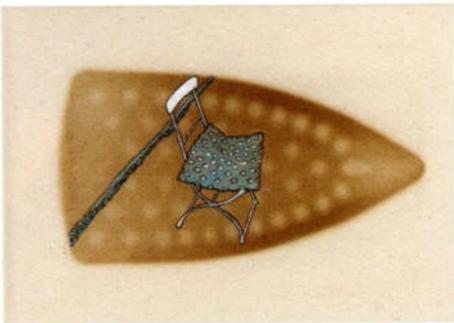
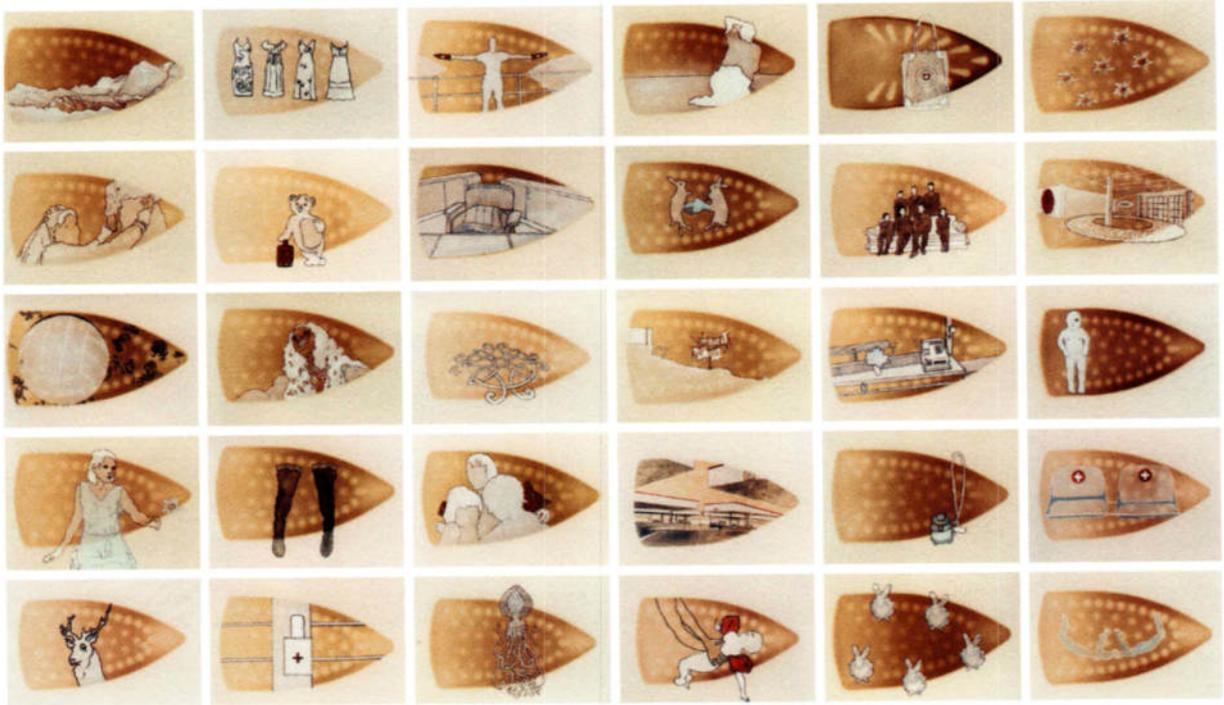
- 1997 *Kopfbild – Brustbild – Kniestück*, Saarländisches Künstlerhaus Saarbrücken  
Landeskunstaussstellung *Kunstszene Saar*, Moderne Galerie, Saarbrücken  
1998 *Kunstmanöver*, Schloßberghöhlen Homburg  
Projekt *Geheimnis Landleben 1, 2 und 3* in Saarbrücken  
1999 *Brise Glace*, Grenoble, Frankreich  
*sans titre*, Museum des Kunstvereins Epinal, Frankreich  
*Kunst im Kasten*, Saarländisches Künstlerhaus Saarbrücken  
Center for curatorial, Bard College, New York  
2001 Kulturfoyer, Saarbrücken (E)  
Projekt mit Ausstellung in der Landesklinik Münsterlingen, in der Schweiz  
2002 *Konradstraße*, München  
*136 Prägungen*, Kulturfoyer Saarbrücken (E)  
*Frauen im Orient – Frauen im Okzident* in Karlsruhe, Bonn, Berlin, München, Bukarest, Casablanca  
2004 *Nord Art 04 – Kunst in der Carlshütte*, Carlshütte  
*postalisch*, mit dem Saarländischen Künstlerhaus in Zürich  
*4 x 13*, Städtische Galerie, Luxembourg  
*Kunstszene Saar – Im Augenblick*, Moderne Galerie, Saarbrücken

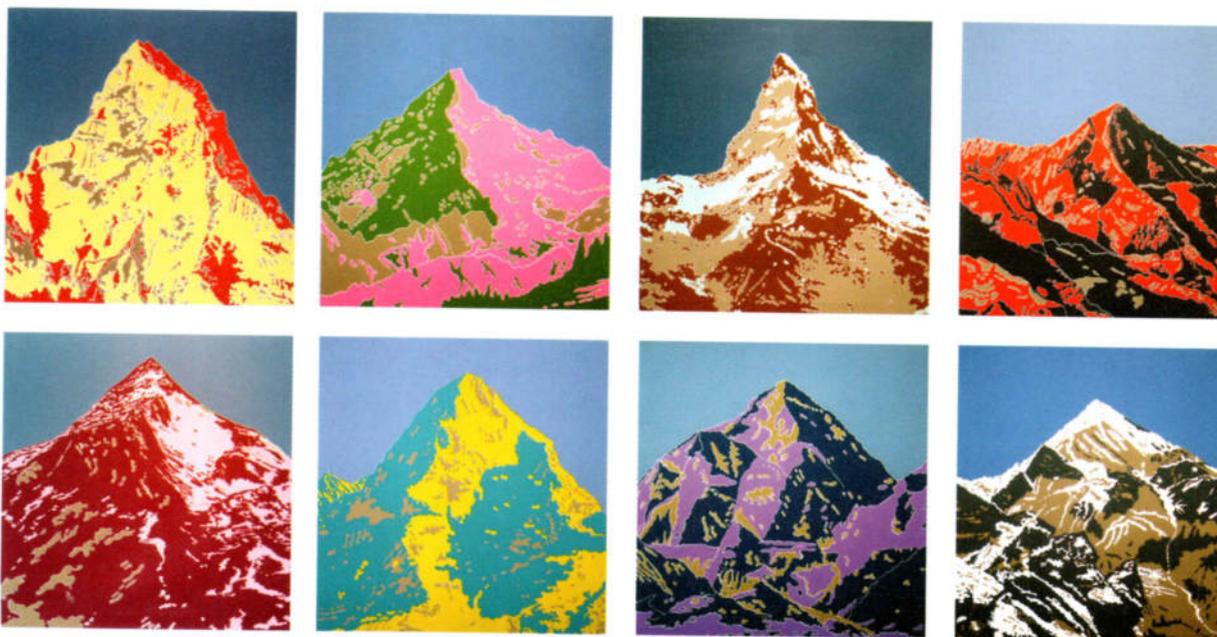






„136 Prägungen“, 2003, Bügeleisenbrandspur, Acryl, Lackstift auf unbehandelter Leinwand, 136-teilig, jeweils 20 x 30 cm





„Berge in Modefarben“, 2004, Acryl auf Leinwand, 8-teilig, jeweils 80 x 80 cm

Titel der einzelnen Bilder von links nach rechts

obere Reihe: „1972“, „1989“, „1969“, „1982“; untere Reihe: „2004“, „1999“, „1991“, „1979“

## Die geträumten Städte

Von Angela Mense

Seit Monaten träumt Saarbrücken einen Traum. Den Traum von der *Stadtmitte am Fluß*. Einer Stadtmitte, die ruhiger, grüner, präsentabler, wirtschaftsfördernder sein soll. Kurz: Es soll all das – naja, fast alles – wiedergutmacht werden, was pragmatisch denkende Stadtplaner in den 1950er und 60er Jahren zwischen Alt-Saarbrücken und St. Johann verbaut haben. Wer möchte da nicht mitträumen? Stichwort Stadtautobahn. Warum ist noch niemand früher ernsthaft auf die Idee gekommen, dieses häßliche und lärmende Biest in einen Tunnel zu verbannen, damit man die Saar wieder plätschern hört? Diesen „Nebenfluß der Saar mit 13 Buchstaben“, wie die Autofahrer die Stadtautobahn liebevoll umschreiben, endlich hochwasserfrei zu machen? Grünanlagen anzulegen, dazu kleine verspielte Wege für flanierende Bürger?

Die Antwort ist kurz und sachlich: „Die direkten Effekte für die Bauwirtschaft bei Durchführung der Maßnahmen sind mit ca. 115 Mio. Euro zu beziffern“, heißt es auf der Homepage des *Förderkreises Stadtmitte am Fluß* ([www.stadtmitte-am-fluss.de](http://www.stadtmitte-am-fluss.de)). Die hier genannten Kosten betreffen lediglich die Eintunnelung der Stadtautobahn, das Anlegen eines Boulevards und der Uferpromenade sowie den dadurch bedingten Umbau der Wilhelm-Heinrich-Brücke. Nicht eingerechnet ist die Umgestaltung des rechten Saarufers einschließlich der Berliner Promenade bis hin zum Staatstheater – das bis dahin ja vielleicht schon zum Einspartenhaus abgespeckt sein könnte.

Aber auch ohne eine fragwürdige Umverteilung von öffentlichen Geldern in Betracht ziehen zu wollen, ist der Preis hoch. Zur Beruhigung der Gemüter heißt es auf der Website des *Förderkreises*, für den Tunnel errechne sich eine Kosten-Nutzen-Relation von 1:3. Was aber nützt es, mehr zu bekommen als zu geben, wenn man nicht geben kann? „Ich frage mich“, fragt sich ein „Christian“ denn auch zu Recht im Forum der *Förderkreis*-Webseiten, „wie eine der am höchsten verschuldeten

Städte Deutschlands auf solche irrsinnigen Ideen kommen kann. Auch wenn die Stadt nicht attraktiv ist, mein Gott das ist Saarbrücken ... – das absolute Gegenteil von Dynamik und Fortschritt. Die Mühlen werden so langsam laufen, daß wahrscheinlich erst unsere Enkel in den Genuß dieses ‚architektonischen Masterplans‘ kommen.“ Harte Worte. Aus der Traum?

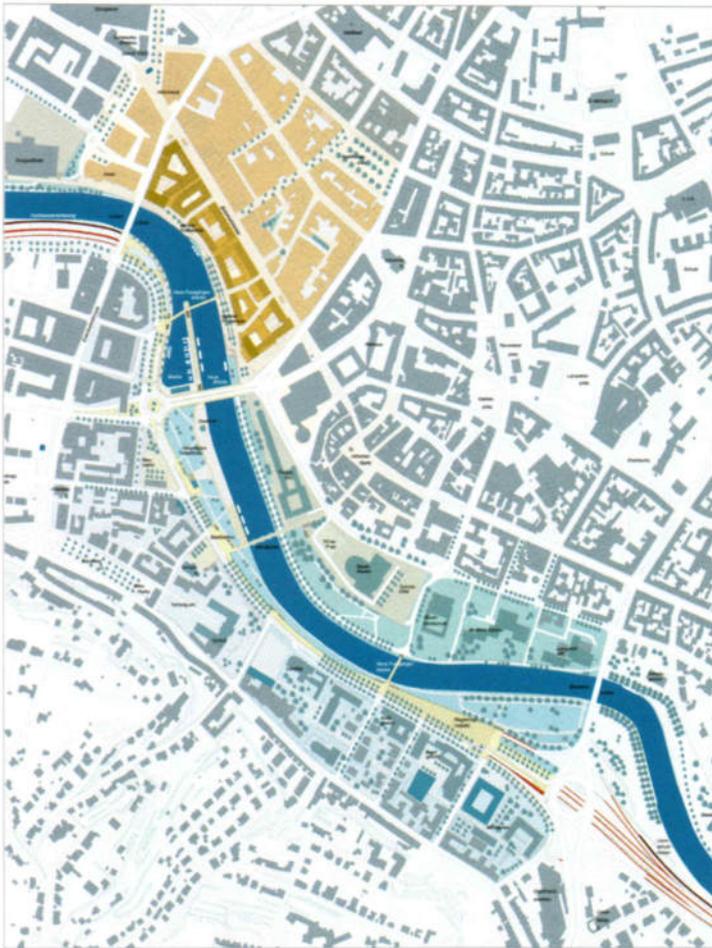
Die Antwort hinsichtlich der Finanzierung muß jedenfalls vorerst offen bleiben. Die EU, aber vor allem das Land und die Stadt sollen Gelder lockermachen. Ob und wie dies geschehen soll, bleibt jedoch ungeklärt. Der Stadtrat hat Ende Mai die Pläne zum Umbau gebilligt. Ende Juni schrieb die Landeshauptstadt einen Ideenwettbewerb zur (Um-)Gestaltung der Berliner Promenade aus. Die Ergebnisse stehen allerdings noch aus. Indes wirbt der *Förderkreis Stadtmitte am Fluß* kräftig für die Akzeptanz des Projekts in Bevölkerung, Politik und Wirtschaft. Da haben sich Hochschulprofessoren, ehemalige Politiker, Vorstandsvorsitzende und leitende Angestellte zusammengefunden, um zu beweisen, daß Saarbrücken städtebaulich und damit wirtschaftlich durchaus fortschrittlich und dynamisch sein kann.

Denn was Planer und Befürworter des Projekts wollen, ist ein Saarbrücken, das „in der Konkurrenz der Regionen innerhalb Deutschlands und besonders des Saar-Lor-Lux-Raumes“ besteht und – warum nicht gleich – sich eventuell als „Oberzentrum für das Saarland und der Region Saar-Lor-Lux“ etabliert. Gleichzeitig soll die Stadt ihren Bewohnern eine „höhere Lebensqualität“ bieten. Und das alles soll geschehen, indem die Stadtmitte – die sich momentan, je nachdem, ob man unter Stadtmitte eine Haupteinkaufszone, den Ort für das gesellige Konsumieren eines Absackers oder das politische und kulturelle Zentrum versteht, irgendwo zwischen Bahnhofstraße, Nauwieser Viertel, St. Johanner Markt, „Kulturmeile“ und Alt-Saarbrücken befindet – indem also die Stadtmitte näher an den Fluß rückt. Welcher Fluß? ist man versucht zu fragen. Und entlarvt sich damit als Bürger und Bürgerin, die – wegen der Autobahn – den Staden meiden und, wenn überhaupt, beim Überqueren der Alten Brücke Augen und Ohren für alles darunter Fließende verschließen.

Man darf sich immerhin wundern, daß von diesem kleinen Fluß, unserer Saar, die seit



*Ist es nicht ein Traum? – die Stadtmitte aus dem Computer ...*



*... und der Masterplan im Überblick: Am Ufer blüh'n wieder die Bäume*

Jahrzehnten fast unbemerkt und -gehört durch ihr Betonbett gluckert, der Impuls des Aufschwungs für eine krisengeschüttelte Region und deren vom „Strukturwandel“ geschädigte Einwohner ausgehen soll. Wie kommt es dazu? Vielleicht verkörpert kein anderes Bild als der Fluß so sehr den Traum von einer glücklichen Verbindung zwischen wirtschaftlichen und privaten Interessen. Frühe Siedler gründeten ihre Städte an fließenden Gewässern, weil sie fruchtbares Schwemmland

und eine natürliche Wasserstraße boten, Grundvoraussetzungen für Produktion und Handel. In der Romantik erlebte man die Natur wieder neu, der Fluß wurde zum Sinnbild des Sehnsens sowohl nach einer unerreichbaren Fremde als auch nach der fernen Heimat.

Bis heute liegt unser Verhältnis zur Natur irgendwo zwischen Ausbeutung und Ehrfurcht. Und nirgends treffen beide, Wirtschaftsboß und Naturfreund, Stadt und Land, berufliches und Privatleben, materielles Streben und heimatliche Gefühle so aufeinander wie am fließenden Gewässer. Daß wirtschaftliche Interessen mit dem Erhalt der Umwelt selten konform gehen, ist ein prägendes Phänomen der Neuzeit. Öffentlicher Raum wird zerstört, die Menschen suchen sich ihre Nischen in einem menschenunwürdigen Umfeld – oder weichen ihm einfach aus. Wer hat schon Lust, abends nach acht Uhr über die Saarbrücker Bahnhofstraße zu flanieren oder sonntags mit der Familie am Staden unterhalb des Staatstheaters zu picknicken? Öffentliches und privates Leben driften immer weiter auseinander.

Daß man den Fluß, an dem die Stadt gebaut ist, wiederentdeckt und ihn für potentiell fähig hält, die zunehmend in Monaten und Nomaden zersplitterte Gesellschaft wieder zusammenzukitteln, ist in-

des kein spezifisch saarländischer Traum. Vielmehr handelt es sich um einen westeuropäischen urbanen Trend. Als Referenzprojekt für die Saarbrücker Stadtplaner gilt die Düsseldorfer Rheinpromenade, wo die Verkehrsstraße unter die Erde verlegt wurde. Die in den letzten Sommern in Paris und Berlin entstandenen Strände boten heisses Sonnenbaden und kühle Caipirinhas. Unter dem Motto *Leben am Fluß* werden in Rotterdam und Kiel entlang der alten Häfen Wohnanlagen gebaut. Parks, Alleen und Promenaden zieren neuerdings (wieder) die Ufer in Frankfurt, Malmö und Maastricht.

Ist es ein Zufall, daß die Natur gerade jetzt Einzug in urbanen Raum hält? Zumindest kommt der Ruf nach einem Zusammenrücken, einem geselligen Miteinander rund um den heimatlichen Strom in einer Zeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise nicht ungelegen. Indes ist das zu einfach gedacht. Für Leute, die sich an den Loriotschen Satz „Ich möchte einfach nur hier sitzen“ halten, ist in der neuen *Stadtmitte am Fluß*, scheint's, kein Platz. Denn damit bloß keine Langeweile aufkommt, will die Natur von gestreßten Großstädtern und Großstadttouristen „gelebt“ und „erlebt“ werden. Der Ereignischarakter, den diese Formulierungen in sich bergen, kommt nicht von ungefähr. Die Menschen sollen sich bewegen, nicht nur im wörtlichen, sondern vor allem im marktwirtschaftlichen Sinne. Mehr Menschen bedeuten mehr potentielle Kaufkraft, weniger leerstehende Geschäfte und mehr Geld in den Kassen.

Auch die Saarbrücker Förderer der *Stadtmitte am Fluß* mögen den Traum eines in zweierlei Hinsicht attraktiveren Saarbrücken nicht ganz verbergen. Das schlägt sich vor allem in ihrer Sprache nieder. Ihr Auftritt im Netz gestaltet sich als eigentümliche Mischung aus handfestem BWLer-Latein und dem prosaischen Idiom von Utopisten aus der Architekturbranche. Da ist einerseits von „Masterplan“ die Rede, von „Imagegewinn“ bzw. einem „imageträchtigen Leuchtturmprojekt“, von „Machbarkeitsstudien“ und von dem „Zentrum einer modernen Großstadt mit allen repräsentativen Funktionen, die eine Landeshauptstadt auszeichnen“. Dazwischen tummeln sich verspielt Sätze wie „Die Berliner Promenade erlangt ihren Reiz durch die unmittelbare Nähe von Saar und City, durch die

Halbierung des Verkehrslärms und die Schaffung eines höchst attraktiven vis-à-vis in Form eines innerstädtischen Yachthafens.“ Irgendwie mondän soll das werden. Aber auch irgendwie sozial und gemeinschaftsfördernd. Neue „Flaniermeilen“ sollen entstehen, „die Stadt rückt wieder ans Wasser und der Fluss wird für die Bürgerinnen und Bürger wieder erlebbar“.

Indes wollen engagierte Bürger und Organisationen sich nicht mit dem kleinen Finger zufriedengeben. Der *Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC)* verlangt gleich die Reduzierung des Autoverkehrs in Saarbrücken und plädiert für mehr Fahrradwege. Warum nicht die Saarbahnlinie 2 von Dudweiler über die Wilhelm-Heinrich-Brücke nach Forbach bauen? Und, wenn man schon dabei ist, könnte man doch auch das Stadtbad sanieren, das *Saar-Center*, diesen „Plattenbau“, platt machen und endlich wieder überall Bäume pflanzen. Und spätestens dann, wenn es heißt, es solle etwas dagegen getan werden, daß „Betrunkene das Stadtbild beherrschen“, hört er auf, der Traum von mehr Gemütlichkeit.

Man kann von Stadtplanern nicht erwarten, daß sie die Welt verbessern. Aber ein wenig versteht sich das Leuchtturmprojekt *Stadtmitte am Fluß* wohl schon als Mission. Etwas mehr Bescheidenheit stünde den Förderern indes gut an. Denn wie sollen der Normal- und der Bildungsbürger verstehen, warum Schulen, Hochschulen, die kulturelle Grundversorgung (das Staatstheater) ebenso wie Prestigeobjekte (das *Perspectives-Festival*) – um nur die aktuellen Problemkinder zu nennen – in die Röhre schauen müssen, während zugleich in neue, angeblich zukunftssträchtige Projekte investiert werden soll. Hat das eine mit dem anderen nichts zu tun? Es mag zwar sein, daß aus der Froschperspektive gerne rundweg gegen „die da oben“ gewettert und unterschiedliche politische Initiativen schon mal in einen Topf geworfen werden. Doch wir erlauben uns zu behaupten, daß das Zentrum einer Region sich nicht nur durch seinen wirtschaftlichen, sondern auch durch seinen kulturellen Status auszeichnet. Daß ein gesellschaftliches Zusammenrücken und ein daraus entstehender „Imagegewinn“ mit einer Identität zu tun hat, die sich nicht per Masterplan herbeizaubern läßt. Und schon gar nicht durch einen kleinen Fluß, der einfach nur ein wenig schöner aussehen will.



# WIR SPIELEN FÜR SIE!



**MUSIKTHEATER | SCHAUSPIEL  
BALLETT | KONZERTE | LESUNGEN  
DISKUSSIONEN UND VIELES MEHR.**

Saarländisches Staatstheater

Schillerplatz 1 | 66111 Saarbrücken

Vorverkaufskasse: 06 81 - 3 22 04 | Abo-Service: 06 81 - 30 92-482

kostenlose Ticket-Hotline für Musicals: 0800 - 30 92 400

E-Mail: [kasse@theater-saarbruecken.de](mailto:kasse@theater-saarbruecken.de)

Das Saarländische Staatstheater

im Internet: [www.theater-saarbruecken.de](http://www.theater-saarbruecken.de)



## «Abwege und Konsequenzen»

Dieter Schnebel  
in Kaiserslautern

hrsg. von Stefan Fricke

28 S., zahlr. Abbildungen, geheftet

ISBN 3-89727-266-0, EUR 8



Neue Musik

PFAU-Verlag  
Hafenstr. 33  
D 66111 Saarbrücken  
tel. +49 681 4163394  
fax +49 681 4163395  
[www.pfau-verlag.de](http://www.pfau-verlag.de)  
[info@pfau-verlag.de](mailto:info@pfau-verlag.de)



## Welchen Abschied werden wir nehmen?

Skizzen zu einem Portrait Werner Reinert

Von Georg Bense

Saarbrücken im Sommer 2004. Johannisstraße 3. Unverhofftes Wiedersehen im Schaufenster von Hofstätters Buchhandlung. Zwischen Arno Schmidt, Claude Simon, Robert Walser und Virginia Wolf – Werner Reinert, der vergessene, ignorierte, übergangene Dichter. *Einmal war die Erde Ohr\**, eine Sammlung seiner Gedichtbände, seiner in Zeitschriften veröffentlichten Lyrik, seines literarischen Nachlasses. 340 Seiten Texte und Gedichte eines Autors aus dem Saarland, der ein Leben lang geschrieben hat, sich dem Wort, seinen wechselnden Bedeutungen und möglichen Bezügen verbunden fühlte. Streng, konsequent, kompromißlos. Nicht ohne einen Hauch von Fanatismus.

*„Ein Dichter darf nicht nachgeben. Er muß am Wort bleiben wie der Matador am Stier. Er darf sich nicht Gefühlen überlassen. Auch das wird oft falsch gesehen. Man glaubt oft, jemand schreibe aus einer bestimmten Stimmungslage heraus, gäbe seine Gefühle wieder. Das mag zwar für den ein oder anderen gelten, aber sicher nicht für jemanden der moderne Gedichte schreibt. Er schreibt eben nicht aus dem Gefühl und er schreibt nicht aus seiner Trauer heraus, er schreibt nicht aus einer überschäumenden Freude heraus, sondern er schreibt aus seiner Phantasie und er bringt viel Arbeit ein, denn der Dichter ist auch ein Facharbeiter.“* (Werner Reinert, Sommer 1981)

Den großen Verdienst, Werner Reinert, den Lyriker, den Facharbeiter, wiederentdeckt zu haben, teilen sich der Journalist Dirk Bubel und der Literaturwissenschaftler Hermann Gätje, die das Wiedersehen möglich gemacht haben, nicht zu vergessen der Gollenstein Verlag, der wahrscheinlich ein Risiko einging, als er das berühmte Brechtzitat *„Keine Zeit für Lyrik“* ignorierte und die Gedichte eines Einzelnen in derart großer Zahl auf den Literaturmarkt brachte. Kein Bändchen, kein Heftchen, nein, es ist ein dicker Band geworden.

Neuentdecktes, Vergessenes, Verschollenes. Worte, nachgelassen und ins Schweigen der Vergangenheit versenkt, zurückgeholt in das Schaufenster der Gegenwart. Erinnerungen.

*Halte den Tag an das Ohr – Steinkreis – Des Todes Sprache öffnet sich nur zögernd – Eine Hand voll Götter – Inseln aus Wasser – Fremdes Licht – Nicht lesbar ist die kleingedruckte Zeit*

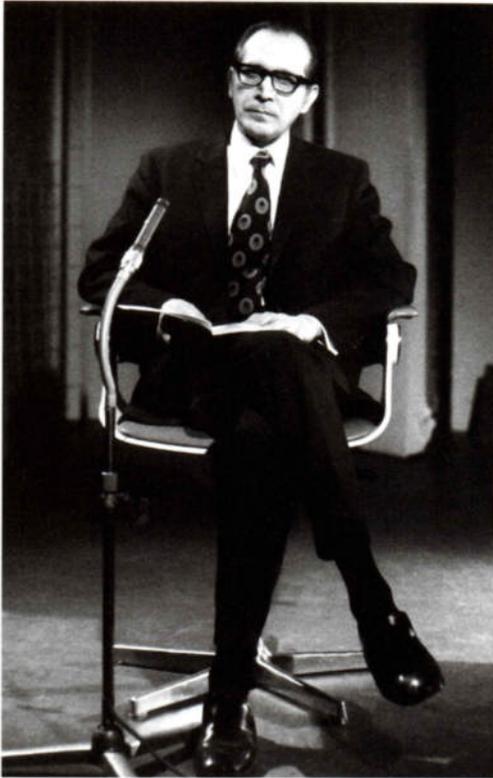
In die Hand nehmen, umblättern, nächste Seite. Erinnerungen an Lesungen, Gespräche und Diskussionen, Postkarten und Briefe, Besuche und Spaziergänge. An Aufnahmen für Fernsehfilme. 1964 zum Beispiel, sein erstes Buch, bis heute sein bekanntestes, wurde viel diskutiert und besprochen. Ein Buch über den Krieg, Fieberphantasien eines sterbenden Soldaten. In einer Collage von Texten aus Kindheits-, Jugend- und Kriegserlebnissen skizziert Reinert das Bild des schwer verwundeten Soldaten Knaut, der auch Reinert heißen könnte. Denn der Krieg, den er, Jahrgang 1922, erleben mußte, warf einen dauernden Schatten auf sein Leben.

*„Als wir zwanzig waren, hatten wir niemand zum schlafen als den Tod, und der Tod war eine, die mit jedem ging.“*

November 1966. Verabredung im Studio des SAARLÄNDISCHEN RUNDFUNKS. Reinert arbeitete damals in der Staatskanzlei. Es war nicht ganz einfach gewesen, zu ihm durchgestellt zu werden. Er war pünktlich. Vornehm und zurückhaltend kam er herein, blieb am Lichtkreis der Scheinwerfer stehen, sah sich suchend um. Hornbrille, Haare zurückgekämmt. Weißes Hemd. Krawatte. Anzug. Steif. Ein Regierungsdirektor kam zum Interview, zur Lesung. Als er im Licht Platz genommen hatte und die Kamera lief, las der Dichter.

*„Charkov, Mai neunzehnhundertzweiundvierzig. Feldweibel mit Schleppsäbeln. Offiziere mit Ukrainerinnen. An jeder Ecke eine Limonadenbude. Bienenstich zwei Rubel fünfzig. Sonnenblumenkerne. An einem Gartenzaun liegt die Partisanin. Löst sich auf. Verfault. Gefreiter Lehmann greift ihr mit dem Gewehrkolben unter den Rock. Eine Maus läuft heraus.“*

Werner Reinert war in Rußland und Italien Soldat. Wurde in der Schlacht um das Kloster Montecassino, die, wie man heute weiß, zu den Sinnlosigkeiten in der Sinnlosigkeit des Krieges gehört, verwundet und verschüttet. Ein lebenslanges Trauma, das immer wieder nach Worten verlangte.



Werner Reinert im Studio des Saarländischen Rundfunks, 1966, Photo: © Rudy Auer

*Unter den Toten / senkt sich die Waage. / Ihre Nacht / macht dich schwer.*

Nach dem Krieg war vor dem Krieg. Die mit Blut geschaffenen Fakten zeugten neue Konflikte. Der kalte Krieg erschien am Horizont. Korea und Vietnam wurden Brennpunkte. Auch für das Saarland begann ein unruhige Zeit. Die Gruben wurden französisch, die Hütten sequestriert, auf Schloß Halberg residierte Gilbert Grandval, der Hohe Kommissar der französischen Republik. Die Frage Saar, deutsch oder französisch, prägte das Gesicht der Zeit. Reinert studierte Germanistik, Philosophie und Geschichte. Nach Abschluß trat er in den Staatsdienst. Zentrale politische Figur an der Saar und Ministerpräsident war damals Johannes Hoffmann, „der Dicke“. Reinert wurde Referent im Kultusministerium, schließlich Presseattaché an der saarländischen Gesandtschaft in Paris. Der Kampf um das europäische Saarstatut sah ihn auf der Seite von Johannes Hoffmann. Auf der Verliererseite. *Der Dicke muß weg* war der Slogan der Statutgegner. Es ist auch der Titel eines Romans von Werner Reinert, Augenzeuge

saarländischer Geschichte.

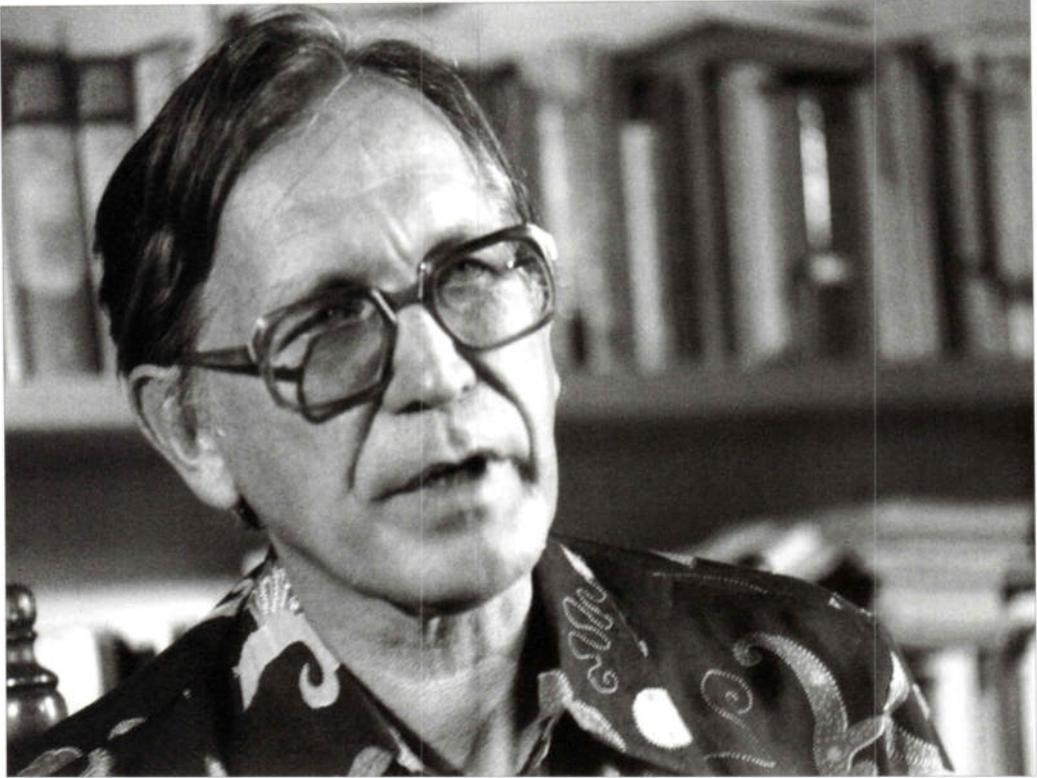
*„Ich war damals erschrocken über die nationalistische Welle, die über die Saar hinweggebrandet ist. Ich sage nicht nationale Welle, ich sage auch nicht national-sozialistische Welle. Ich habe es auch nie so gesehen, daß die Gegner des europäischen Saarstatuts samt und sonders Nationalisten seien, für mich waren es in der Hauptsache patriotisch gesonnene Leute, die glaubten, ihr Deutschtum verpflichtete sie gegen das Statut zu stimmen. Ich glaube, das war ein subjektiver und objektiver Irrtum.“* (Sommer 1981)

Die Sieger verziehen schwer oder gar nicht. Reinert, durch die Kriegserlebnisse introvertiert und eigenbrötlerisch geworden, gehörte fortan zu den Ungeliebten im Land. Um sein Verbleiben im Staatsdienst mußte er prozesieren. Sein Schreiben fand nur wenig Beachtung, seine Gedichte fielen unter den Tisch der Szene. Sein erstes Buch, *Knaut* erschien bei *Kiepenheuer & Witsch* in Köln. Nur wenig später ein Gedichtband bei *Piper* in München. Vor seinem Fenster drängelten andere zum Erfolg. Den Kunstpreis des Landes oder seiner Stadt hat er nie erhalten.

*„In Saarbrücken kam ich mir in meinem Beruf als Regierungsdirektor immer wie in der Verbannung vor. Auch wenn viele Kollegen sehr nett waren. Ich wußte im Grunde genommen nicht, was ich da tun sollte und manche Erlebnisse, die nicht unbedingt mit dem Beruf zu tun hatten, haben sich bei mir sehr negativ niedergeschlagen. Und sie haben mich auch niedergeschlagen. Hier in Südfrankreich bin ich viel gelassener, viel lockerer, viel freier geworden. Jetzt bin ich dem Leben zugewandter. Lange Zeit war ich dem Tod eher verhaftet als dem Leben.“* (Juni 1981)

Werner Reinert wechselte die Fenster. Der neue Wohnort, ein kleines provenzalisches Dorf, rechts der Rhône. Keine Heimat. Mit seiner Frau Colette bewohnte er ein kleines Haus in der Stadtmauer von Castillon-du-Gard, eine Katze kam und ging. „Par Remoulins“ mußte man auf der Postkarte hinter den Dorfnamen schreiben, sonst *„findet man uns nicht.“* In Deutschland erschien *Steinkreis*, sein zweiter Gedichtband und Karl Krowlow schrieb:

*„Reinert lebt nun in Südfrankreich und ist – so scheint mir – in seiner Arbeit französische beeinflusst. Es ist eine gewisse Nähe zu Praktiken des französischen Realismus vorhanden, aber auch diese Nähe ist nicht aufdringlich,*



Werner Reinert in Castillon-du-Gard, Sommer 1981, Photo: © Georg Bense

*weil sie variabel bleibt, individuell ausgesprochen und ausgeführt.“*

Spaziergang durch alte Gassen. Vorbei an mittelalterlichen Fassaden und bröckelnden Mauern. Castillon ist ein bescheidenes Dorf. Alte Steine geben den Ton an. Der *Pont du Gard* wirft seinen Schatten auf das Dorf. *„Die Leute kommen alle, um den Aquädukt zu sehen, hierher kommen wenige und das ist gut so.“* Reinert zeigt, erklärt, führt. Der Weg führt aus dem Dorf hinaus. Steinige Wege durchs Garrigue. Wir gehen langsam. *„Die Sonne stampft mit bloßen Füßen“*, bleiben stehen: *„In Wirbeln aus Licht sinkt unser Tag“*. Gehen weiter. *„Die Vogelschwingen glänzen noch, vom Himmel überspült.“* Gehen. Sprechen. Zuhören.

*„Auch der Himmel ist anders : / klarer am Tag, heller gestirnt. / Sumpfige Felder / waschen die Vogelstimmen aus. / Mit Geierschnäbeln / stürzt sich der Wind / auf weiß verschmürte Städte.“*

Reinerts provenzalische Fenster blicken auf eine literarische Landschaft. Im Osten Grignan mit dem Schloß über Häusern und Menschen, wo im 17. Jahrhundert die Marquise von Sevigné ihre berühmten Briefe schrieb

und *„die sanfte Wärme der Provence“* suchte. Dahinter, an klaren Tagen, der heilige Berg der Provence, der Mont Ventoux, dessen Steinwüsten im 14. Jahrhundert der Humanist Petrarca überwand und die erste Beschreibung einer Bergbesteigung lieferte. Dazwischen und weiter weg haben die anderen, die Großen, die Berühmtheiten der literarischen Provence ihre Wurzeln: Giono, Fabre, Daudet, Mistral. Nicht zu vergessen Philippe Jaccottet, der Wanderer aus Grignan: *„Mein einziges Geschäft war, zu gehen, zu wandern, aber und abermals, mich zu erinnern, zu erraten, zu vergessen, mich zu verlieren.“* Jaccottet, der Homer, Robert Musil und Thomas Mann ins Französische übersetzt hat, pflegt wie Reinert ein emphatisches Verhältnis zu den Wörtern, mit denen er Landschaften in seinen Gedanken spiegelt, reflektiert, Bilder kommen und gehen läßt.

*„Der Ort des Gedichtes ist für mich die Phantasie. Die Phantasie, die Weltstoffe aufnimmt und verwandelt. Verwandelt in Sprache. Man könnte sagen, und es ist auch gesagt worden, daß der Dichter dem Zauberer gleicht, der eins ins andere umsetzt, verwan-*

delt, der die äußere Wirklichkeit zerschlägt, deformiert. Er hat dazu Mittel in der Hand, die man fast technische Mittel nennen könnte. Das wichtigste Mittel, so glaube ich, ist die Metapher. Die Metapher ist ein Wortbild, das in der äußeren oder inneren Welt getrennte Gegenstände zusammenfaßt, sie klammert oder eins ins andere übergehen läßt. Man kommt einem solchen Gedankengang näher; wenn man ans Märchen oder den Traum denkt. Auch im Traum können ja Dinge ineinander übergehen, ist ein Vogel etwa ein Blatt und bedeutet es nicht nur.“

Erinnerung. Es war ein Haus in der Stadtmauer. Alt mit niedrigem Eingang. Fenster hinaus ins Tal, die Ebene, zur Sonne der Provence. Die Schreibmaschine in der Mitte eines kleinen Tisches, bereit, wartend. Kein Papier zu sehen. Reinert schrieb seine Gedichte oft oder meist mit der Hand. Auf kleinen Bögen, großen Notizzetteln gleich, kurze Wortfolgen in gezogenen Satzlinien.

„Mit gelbem Finger / schreibt der Herbst / den Regen an die Wand.“

Mit Tinte und Federhalter am Holztisch. Blick aus dem Fenster. Umgeben von afrikanischen Masken und Statuen. Stumme Zeugen der Arbeitsstunden. „Der Dichter ist auch ein Facharbeiter.“ Hausgeräusche von oben und unten, das Haus ist schmal und zwischen den Räumen führen steinerne Stufen zu steinerne Böden und Wänden. Kühl. Ein provenzalisches Haus, das die Hitze des Tages und der Nacht vergessen läßt.

„Schwer zu lesen ist die Wolke, wenn sie am Abend landeinwärts zieht.“

Er spricht vom Abenteuer des Gedichts. Vom Arsenal der Worte, der unendlichen Zahl von Dingen, die zur Verfügung stehen. „Ich wähle aus, greife heraus und weiß vorher nicht, was ich herausgreife oder auswähle.“ Ständig betritt er Neuland. Jungfräulichen Boden ohne Spuren im unberührten Schnee. Sand, Steine, Wüsten. „Das ist das Abenteuer des Gedichts.“ Ein Abenteuer, das sich in der Sprache vollzieht, wenn Worte, Worten antworten, Zeilen von oben nach unten wandern und am Ende ganz über Bord geworfen werden, um neuen Bildern Platz zu machen, die gerade im Entstehen sind.

„Schließe dein Auge: Das Rätsel löst sich unter dem Lid.“

Reinert war ein aktueller Autor, arbeitete nicht jenseits der Gegenwart und abseits der

Gesellschaft. Er lebte, trotz selbstgewählter Isolation in ihr, mit ihr und schrieb für sie. Sprach von seinen Beobachtungen, Befürchtungen und Ängsten. Mahnte und provozierte. Zusammen mit Aloys Ohlmann, dem Maler apokalyptischer Welten, damals Anfang der achtziger Jahre, initiierte Max Bense an der Universität Stuttgart eine Ausstellung: *Experiment und Provokation*. Kunst als Protest gegen Konvention, Gewalt und Totalitarismus. Darin waren sich Reinert und Ohlmann einig.

„.... schrei Mensch schrei / einer hat am Holz geschrien / einer hat an der Wand geschrien / einer hat unter dem Strick geschrien / einer hat unter dem Fallbeil geschrien / schrei Mensch schrei ...“

Gegen Aggression, Haß und Verlogenheit – die Beklemmung über die Unerträglichkeiten, die täglich und überall geschehen, haben immer wieder Künstler dazu getrieben, Stellung zu nehmen, sich im Rahmen ihrer Kunst zu engagieren. Reinert und Ohlmann gehören mit ihrem engagierten Doppelspiel geistiger Aktivitäten dazu.

„.... schrei Mensch schrei / schrei gegen den Haß / schrei gegen die Dummheit / schrei gegen die Angst / schrei Mensch schrei ...“

Erinnerung. Postkarte Ende Oktober 1983.

„Wir haben ab 1. November 1983 eine neue Adresse : Bab Doukkala, 11 derb Nekla, Marakech – Maroc. Herzlichen Gruß – Werner, Colette.“

Damals hatte Werner Reinert zum letzten Mal die Fenster gewechselt.

*Sahara / Hier deine Steine. / Für dich / Sind sie in der Wüste / Gesammelt. / Sag / stirbst du mit mir ? / Der Tod / würde ein schattiger Garten.*

Werner Reinert starb im Februar 1987 in Berlin.

In diesem Sommer bin ich ihm begegnet. Im Schaufenster der Buchhandlung, dort wo sich die toten mit den lebenden Dichtern treffen. *Einmal war die Erde Ohr*. Gedichte.

*Der weiße Schnee wird schwarz / das weiße Papier / bedecke ich mit Zeichen / wer kann sie lesen?*

Im Herbst 2004.

\* Werner Reinert: *Einmal war die Erde Ohr*. Gesammelte Gedichte, Hrsg. von Dirk Bubel und Hermann Gätje, Nachwort, Erläuterungen, Bibliographie u. Register v. H. Gätje, Illustrationen von Aloys Ohlmann, Blieskastel 2004.

*Sie sind  
Hartz IV-Kundin/-Kunde?  
mobil, flexibel und durchsetzungsfähig?  
geistig rege, teamfähig, engagiert und hochmotiviert?  
Und Sie wollen was tun für Ihr Geld?*

Dann sind Sie bei uns richtig!

**Die Saarbrücker Hefte suchen zum 1.1.2005**

**eine 1-Euro-Kraft**

für diverse Aufgaben zur Pflege der hiesigen Kultur.

Schicken Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen bitte  
bis zum 31.12.2004 an die Redaktion  
Saarbrücker Hefte, Postfach 10 26 16, 66026 Saarbrücken.

Nähere Informationen zu uns und unserer Arbeit finden Sie auch im Internet unter:  
[www.saarbruecker-hefte.de](http://www.saarbruecker-hefte.de)



Wer zu lesen versteht, besitzt  
den Schlüssel zu großen Taten.  
ALDOUS HUXLEY

## Buchhandlung Hofstätter

Johannisstraße 3  
66111 Saarbrücken  
Telefon (0681) 33825

Öffnungszeiten:  
Montag bis Mittwoch 10.00 – 18.30 Uhr  
Donnerstag & Freitag 10.00 – 19.30 Uhr  
Samstag 10.00 – 16.00 Uhr

# Das Geheimnis von Samamo

## Die Einheit von Ost und West

Von Jürgen Albers

„Ost und West, die zwei werden nie zusammenfinden“, meinte der Autor Rudyard Kipling. Er kannte zwar das britische Commonwealth und Indien, aber er kannte das Saarland nicht.

Diese Region im exotischen Südwesten Deutschlands liegt schon sprachlich dicht bei Japan. Wo der Hochdeutsche sagt: „Lassen Sie uns einmal sagen“ oder „Sagen wir einmal“, da übersetzt der Saarländler „Sa' m'r ma“ oder „Samamo“.

„Samamo“, das klingt nicht nur japanisch, das ist es auch: „Sama“ ist ein vornehmer Herr, die Steigerung von „San“ sozusagen, nachgestelltes „mo“ kann „auch“ bedeuten.

„Samamo“ – das hätte auch die Bezeichnung der ganzen Region im Südwesten werden können. Nachdem Experten der Regierungen mit der Abkürzung Saar-Lor-Lux nicht mehr zufrieden waren, weil hier (neben Saarland, Lothringen und Luxemburg) Walonien und die Pfalz nicht vorkamen, wurde viel Geld in einen neuen Namen investiert. (Volksmund: „Mir sin Saarbrigger, mir spiele Kligger, mir schmeiße Geld naus, wo gar käns is!“)

Die Berater empfahlen, die Flüsse zur Benennung zu nutzen: „Maas-Mosel-Saar“, kurz „Mamosa“ (was nach „Formosa“ klingt oder nach „Von der Maas bis an die Mosel“).

Bezeichnenderweise hing die Saar am Schluß, was allen Regeln der Poesie widerspricht, beginnen doch Maas und Mosel mit M, während zwei der Flüsse „aa“ enthalten. Jeder Dichter hätte zu „Saar-Maas-Mosel“ kombiniert – was nicht nur der Saar die gebührende Ehre erweist, sondern auch „Samamo“ abgekürzt würde.

Damit wären nicht nur Ost und West, Japanisch und Saarländisch vereint, es gäbe auch endlich ein saarländisches Mantra. Warum immer „Om“ oder „Om Mani Padme Hum“?

„Samamo“, das ist Zen-Weisheit auf Saarländisch: „samamo (sagen wir mal) das zum Beischbiel“ oder „samamo ebbes anneres“. Man könnte auch etwas ganz anderes sagen. Die Dinge sind austauschbar und ohne Belang.

„Samamo“ – wir müssen nicht unbedingt etwas sagen, wir könnten auch gar nichts sagen. Worte sind eh Schall und Rauch, vertiefen nur menschliche Illusionen.

Ja, so könnte saarländischer Zen-Buddhismus klingen, sa' m'r mo ...

*(Quelle: siehe S. 58)*

# Zu einer Grammatik des Saarländischen

Von Ulrike Demske

Die Verfasserin wurde 2002 ans Germanistische Institut der Universität des Saarlandes berufen und trat dort die Nachfolge von Rainer Rath an, dessen Lehrstuhl in den 1970er und 80er Jahren durch Arbeiten zur gesprochenen deutschen Standardsprache und durch Feldstudien zur Sprache von Gastarbeiterkindern besonderes Profil gewonnen hatte. Daß Ulrike Demske sehr schnell im Saarland heimisch wurde, zeigte insbesondere ihre Antrittsvorlesung, in der die behandelten Sprachbeispiele auch akustisch präsentiert wurden, vorgetragen von einem Muttersprachler. Für die Umarbeitung der Studie zur Veröffentlichung in den SAARBRÜCKER HEFTEN sind wir der Autorin zu besonderem Dank verpflichtet.

Zur Grammatik einer Sprache gehören alle ihre systematischen Aspekte, also neben grammatischen Regeln im engeren Sinn (Syntax) auch Regeln der Bildung von Lautmustern (Phonologie), von Wortformen (Morphologie) und von Bedeutungen (Semantik) sowie der Wortschatz dieser Sprache (Lexikon). Jede solche Grammatik ist erst einmal eine mentale Grammatik, insofern es sich um sprachliches Wissen handelt, über das der Sprecher einer Sprache unbewußt verfügt. Dadurch unterscheidet sich die muttersprachli-

che Kompetenz grundsätzlich von dem in der Schule erworbenen Wissen, z.B. dem geographischen Wissen, welche Nebenflüsse der Saar oder der Mosel links- und rechtsseitig zuzuordnen sind.

Jeder Muttersprachler des Deutschen kann Einsilber wie \*fmal, \*rtus, \*matf, \*kebr als unmögliche<sup>1</sup> Wörter der deutschen Sprache identifizieren, ohne daß er Kenntnis von komplizierten Silbenbaugesetzen, Sonoritätshierarchien oder ähnlichem hat. Weiter konnte jeder Leser der SAARBRÜCKER ZEITUNG innerhalb kürzester Zeit das hervorgehobene Wort im folgenden Beispiel als mögliches Wort des Deutschen identifizieren und verstehen:

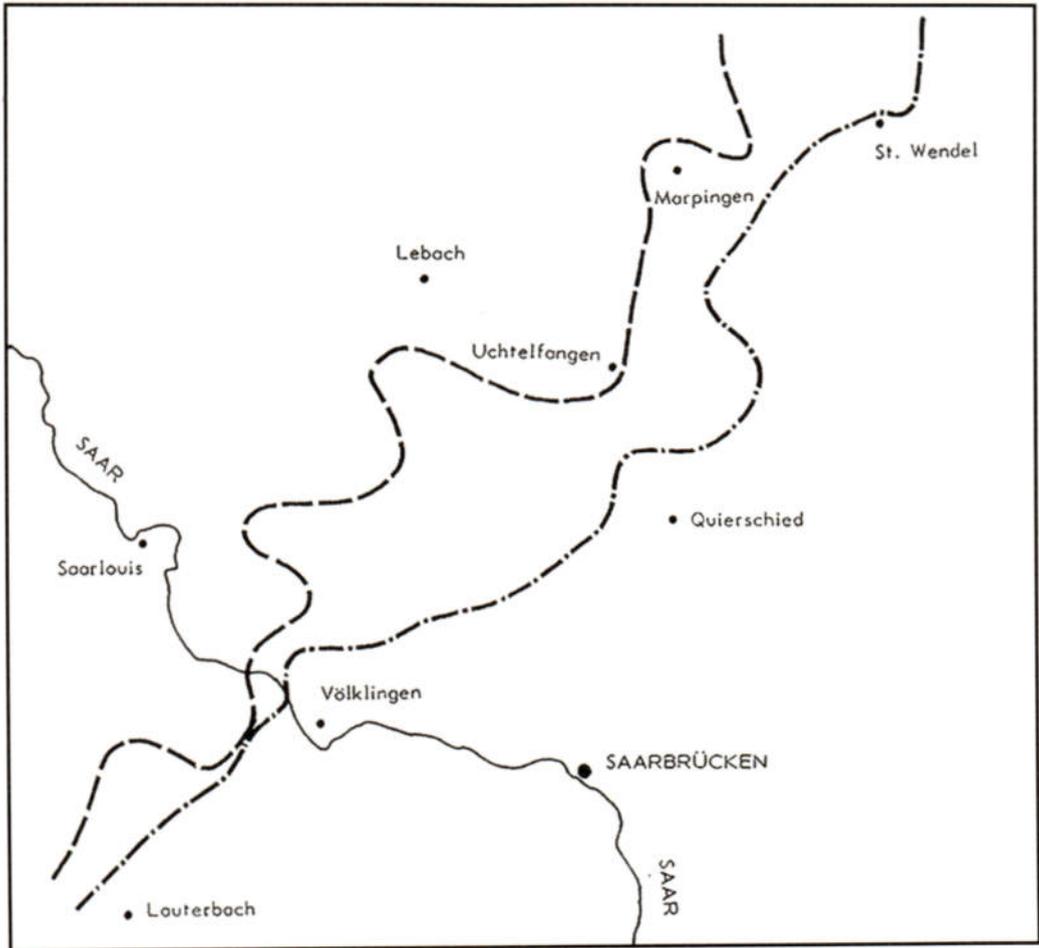
die **Verpollerung** der Saarbrücker Innenstadt

Er wußte jedoch gleichzeitig, daß dieses Wort nicht Teil des üblichen Wortschatzes seiner Sprachgemeinschaft ist. Auch diese Einschätzung war möglich, ohne daß sich der Sprecher je mit den Wortbildungsregeln des Deutschen beschäftigt hätte. Schließlich erkennt jeder Sprecher des Deutschen, ohne sich je in einem sprachwissenschaftlichen Studium den Bedingungen der Vorfeldbesetzung in Verb-zweit-Sätzen des Deutschen gewidmet zu haben, daß von den beiden folgenden Sätzen nur der erste Satz grammatisch wohlgeformt ist:

Eine Arie schmettert der Tenor in der  
Badewanne (und kein Wanderlied).  
\*Der Tenor eine Arie schmettert in der  
Badewanne.

Inwieweit kann nun von einer Grammatik des Saarländischen gesprochen werden? Tatsächlich handelt es sich hier um eine grobe Verallgemeinerung, lassen sich doch mindestens zwei Dialekträume im Saarland ausmachen: der moselfränkische und der rheinfränkische Dialektraum. Die Grenze zwischen beiden bildet die sog. *dat / das*-Linie: Im Moselfränkischen fehlt mit den Formen *dat*, *wat* und *äät* die Lautverschiebung, die wir im Rheinfränkischen in den Formen *das*, *was* und *ääs* beobachten (vgl. Karte folgende Seite).

Zudem endet im Moselfränkischen der Infinitiv wie im Standarddeutschen auf *-en*, während im Rheinfränkischen das Infinitivsuffix auf *-e* reduziert ist (also für das standarddeutsche Verb *nehmen* die beiden saarländischen Formen *holle* und *hollen*). Vor allem das



Diese Karte zeigt die Sprachgrenze zwischen dem Moselfränkischen und dem Rheinfränkischen am Beispiel der Verwendung von „dat“ bzw. „das“; und zwar bedeuten:

- - - - - die Grenze des uneingeschränkten Geltungsbereichs der südlichen, meist rheinfränkischen Dialektformen (vgl.: „das“)
- · - · - · die Grenze des uneingeschränkten Geltungsbereichs der nördlichen, meist moselfränkischen Dialektformen (vgl.: „dat“)

Aus: Albrecht / Raasch (1987)

Rheinfränkische ist gemeint, wenn im folgenden immer wieder vom Saarländischen die Rede ist.

Wie läßt sich überhaupt erklären, daß es nicht-standardsprachliche Muster im Saarländischen gibt? Denkbar sind die folgenden Motive: Es kann sich (1) um Charakteristika gesprochener Sprache handeln; sie lassen sich auf die besonderen Produktionsbedingungen gesprochener Sprache zurückführen. Es können (2) Restformen einst produktiver Muster vorliegen, sprachliche Muster also, die in früheren Perioden der Sprachgeschichte regel-

mäßig auftraten, später aber zugunsten anderer Muster aufgegeben wurden; solche Restformen werden gerade in Dialekten häufig bewahrt. Und (3) kann der bestehende Sprachkontakt des Deutschen mit dem Französischen im Saarländischen eine Quelle typischer Formen sein.

Welche sprachlichen Charakteristika finden sich nun im Saarländischen? Nur der Vollständigkeit halber soll das mentale Lexikon erwähnt werden, gerade weil hier Unterschiede zum Standarddeutschen recht schnell auszumachen sind. Zu den Lexemen, die dem Saar-

ländischen eigen sind, zählen einerseits die nur schwer ins Standarddeutsche übersetzbaren Adjektive *schròò* und *glòòr*:

Es Rennade iss emò aarisch **schròò**.  
Es Annedde iss e **glòòri** Nuudel.

andererseits die häufigen Entlehnungen aus dem Französischen wie *Pissoli* („Löwenzahn“, frz. ‚pissenlit‘) oder eines der wichtigsten Wörter des saarländischen Wortschatzes, die *Flemm*:

Mer steche **Pissoli** uff de Wies.  
Isch hann heit kenn Luscht zum Schaffe, isch  
hann schwer die **Flemm**.

Im Lexikon eines Saarländischsprechers finden sich außerdem Wörter, die auch das Standarddeutsche kennt – wenn auch in ganz anderer Bedeutung. Das bekannteste Beispiel ist sicher das Verb *holen*, das im Saarländischen in der Bedeutung von ‚nehmen‘ verwendet wird, und zwar nicht nur in seiner Grundform, sondern auch in allen denkbaren Ableitungen dieses Verbs:

Kenne Sie misch **mitholle**?  
De Jupp will e paar Killoscher **abholle**.

Auch in den folgenden Beispielen werden standarddeutsche Wörter wie das Adjektiv *gruselig* und das Verb *geben* in Bedeutungen verwendet, die dem Standarddeutschen fremd sind:

Es hänge **grusselich** vill Kirsche aam Bämsche  
draan.  
Es **gebdd** kaoodisch.

Neben diesen Besonderheiten des Wortschatzes sollen im weiteren auch die besonderen phonologischen Eigenschaften des Rhein- und Moselfränkischen nicht näher betrachtet werden, d.h. es wird weder etwas zum Ersatz des palatalen Frikativs durch den palato-alve-laren Frikativ im Saarländischen gesagt (*Isch muss disch mò ebbes Wischdisches fròòe*) noch zu dem typischen Ersatz stimmloser durch stimmhafte Plosive im Wortanlaut (*Brällaad* statt *Prälat*, *grien* statt *kriegen*). Vielmehr gilt die besondere Aufmerksamkeit den Beobachtungen zu typischen Mustern in Morphologie und Syntax. Im einzelnen wird es um die Bildung von zusammengesetzten Wörtern und von Partizipien, um Abfolgeregeln beim Aufeinanderfolgen mehrerer Verbformen sowie um adverbiale Infinitivkonstruktionen gehen.

## Kompositionsbildungen: *sich grumbugglish schaffe*

Wenn sich ein Lexem aus zwei oder mehr sonst frei auftretenden Morphemen zusammensetzt, spricht man von Kompositionsbildungen, im Saarländischen z.B. in den folgenden Fällen, wo die Wörter *fix* und *fertig* sowie *krumm* und *bucklig* aus dem Standarddeutschen im Dialekt zu neuen Wörtern zusammengesetzt wurden:

Die Mamme iss schunn **figgseferdisch**  
aangedsòò.  
Frieher hann sich die Baure **grumbugglish**  
misse schaffe.

Es handelt sich hier um Kopulativkomposita, d.h. die Teile der Neubildung stehen in einem koordinativen Verhältnis zueinander wie etwa auch bei Hosenrock und taubstumm. Häufig findet sich bei den saarländischen Adjektivkomposita die auf *-e-* reduzierte Konjunktion und als Fugenelement: *kurds-e-glään* ‚kurz und klein‘, *greids-e-gweer* ‚kreuz und quer‘.

Wie läßt sich das Auftreten solcher Komposita im Saarländischen erklären? Offensichtlich ist die Kompositionsbildung ein für das Deutsche ausgesprochen wichtiger Wortbildungsprozeß: „Die Teutschen haben die Freiheit, alle Tage neue zusammengesetzte Wörter zu machen“ (C. F. Aichinger, 1754). Im Unterschied zur Kompositionsfreudigkeit der Standardsprache hat die Bildung von Kopulativkomposita in der Mundart jedoch noch eine andere Qualität. Eine Antwort auf die Frage nach der Entstehung läßt sich möglicherweise im Ökonomieprinzip finden, demzufolge wir als Sprecher im allgemeinen ökonomischere, d.h. kürzere Formen gegenüber längeren Formen bevorzugen. Die Verwendung eines Kompositums ist dann ökonomischer als die einer Wortgruppe. Die kürzere Äußerung ist für den Hörer allerdings nicht unbedingt leichter verständlich; die Sprachverarbeitung gelangt hier schnell an ihre Grenzen.

## Partizip der Vergangenheit: *Haubdsach gudd gess!*

Doch nicht nur in der Wortbildungsmorphologie, auch in der Flexionsmorphologie fin-

den sich im Saarländischen Spezifika, die in der Standardsprache so nicht nachweisbar sind. Das gilt ganz besonders für das Partizip II, dessen Bildung auch im Standarddeutschen von der Verbklasse abhängig ist: Schwach flektierende Verben wie *machen* bilden das Partizip mit dem Präfix *ge-* und dem Dentalsuffix *-t* (*ge-mach-t*); stark flektierende Verben wie *singen* verwenden ebenfalls das Präfix *ge-*, zusätzlich aber das Suffix *-en* sowie die Veränderung des Stammvokals (*ge-sung-en*); gemischt flektierende Verben wie *wissen* verwenden die Affixe *ge-* und *-t* sowie die Ablautung des Stammvokals (*ge-wiss-t*).

Während im Saarländischen hinsichtlich der schwach flektierenden Verben kein Unterschied besteht (*gelachd* ‚gelacht‘), ist die Bildung des Partizip II bei den stark flektierenden Verben auffällig verschieden; hier kann nicht nur das Suffix *-en*, sondern auch das Präfix *ge-* fehlen:

ge-schlaa, uff-ge-schrieb  
gang, gebb, kumm, gess

Bei einer Reihe von Verben der starken Flexion konkurrieren die suffixlosen Formen mit Formen mit Dentalsuffix:

ge-bagg / ge-bagg-d  
ge-les / ge-les-d

Zwei gegensätzliche Entwicklungen lassen sich an dieser Formenbildung ablesen: Bei den stark flektierenden Verben ohne *ge-*Präfix handelt es sich um Formen, die aus einer Periode der deutschen Sprachgeschichte stammen, als das Präfix *ge-* noch als Marker für die Perfektivierung von Verben verwendet wurde. Folglich fehlt dieser Perfektmarker bei allen Verben mit einer perfektiven Grundbedeutung. Formen wie *gebb* und *gess* stellen also Restformen eines vergangenen Sprachstandes dar, die sich im Dialekt, aber nicht in der Standardsprache erhalten haben. Das fehlende Suffix *-en* bzw. sein Ersatz durch das Dentalsuffix bei vielen in der Standardsprache stark flektierenden Verben ist im Gegensatz dazu als Reflex einer aktuellen Entwicklung aufzufassen: Den Übergang von Verben der stark flektierenden Flexionsklasse in die Klasse der schwach flektierenden Verben können wir auch in der Standardsprache beobachten, und zwar bereits seit einigen hundert Jahren. Viele Verben in der Standardsprache haben den Wechsel bereits vollzogen, wie sich exempla-

risch für das Verb *bellen* (althochdeutsch *bellan*) zeigen läßt:

bellan	bal / bullun	gi-boll-an
bellen	bell-te / bell-ten	ge-bell-t

Insofern Verben wie *lesen* diesen Wandel in der Mundart früher als in der Standardsprache vollziehen, ist die Mundart nicht nur konservativer, sondern gleichzeitig auch progressiver als die Standardsprache.

Erklärt wird dieser Sprachwandel mit dem Abbau von Markiertheit in der Sprache: Die im Vergleich zu den schwach flektierenden Verben sehr kleine Gruppe von Verben, die der starken Flexionsklasse angehören, wird zugunsten der großen Klasse der schwach flektierenden Verben (d.h. der unmarkierten Verbklasse) abgebaut. Sicher spielt neben dem Abbau von Markiertheit auch das Ökonomieprinzip wieder eine Rolle bei der Formenbildung, wie sich an der Form des Partizip II von im Saarländischen häufig verwendeten Verben wie *machen* und *holen* ablesen läßt; auch bei diesen schwach flektierenden Verben wird das Dentalsuffix oft weggelassen:

Mier hann die Aawed schunn **gemach**.  
Die hann de 9 Uhr-Bus geholl.

### Stellung im Verbalkomplex:

... **weil s heid Höörische hadd solle gewwe**

Nicht nur Wörter, sondern auch Wortgruppen und Sätze weisen im Saarländischen mundarttypische Eigenschaften auf. Das gilt beispielsweise für die Abfolge in zusammengesetzten Verbalgruppen, im Standarddeutschen z.B. aus den Auxiliarverben *sein*, *haben* und *werden* bzw. Modalverben (*müssen*, *können*, ...) und der Form eines Vollverbs zusammengesetzt:

Paul **hat** das Rätsel längst **gelöst**. Das Schaf  
wird von Paula **geschoren**.  
Paul **konnte** niemanden **überzeugen**. Paula  
muß das Schaf **scheren**.

Wenn der zwei- oder mehrgliedrige Komplex am Ende eines Satzes erscheint, gilt die Regel ‚Rektum vor Regens‘ (vgl. unten a.; die Indizes an den Verben markieren die Abhängigkeitsverhältnisse). Abweichend von dieser kanonischen Reihenfolge findet sich im Standarddeutschen auch die Voranstellung des



einen Nullinfinitiv (a.) als auch durch *fer / fier / voor + (d-)se + Infinitiv* ausgedrückt werden (b. bis d.):<sup>5</sup>

- a. Schbring emò dabbersche [<sub>IK</sub> em Babba  
die Dier **uffmache**].
- b. e Bladd [<sub>IK</sub> **fer** de Kuuche druff **se lee'e**]
- c. Er iss kumm, [<sub>IK</sub> **fier dse helfe**].
- d. e Feierzeich [<sub>IK</sub> **voor** de Kamin **aansemache**]

Interessanterweise beobachtet man im Pennsylvaniadeutschen, einer deutschen Sprachvarietät, die in den USA gesprochen wird, Infinitivkonstruktionen, die demselben Bauplan folgen:

Mer muss gude Aage hawwe, [<sub>IK</sub> fer sell zu lese].

Diese Konstruktionen wurden im Pennsylvaniadeutschen lange Zeit mit Verweis auf den bestehenden Kontakt zwischen der deutschen und der englischen Sprache erklärt. Denn im Standarddeutschen wird in adverbialen Infinitivkonstruktionen anstelle der Präposition *fer* die Präposition *um* verwendet, während im Englischen unter bestimmten Bedingungen die Präposition *for* erscheinen kann:

Paula lernt Ungarisch [<sub>IK</sub> um ihren  
Freunden zu imponieren].  
Time is too short [<sub>IK</sub> for me to give a full account].

Dem amerikanischen Linguisten Mark Lou- den ist die Einsicht zu verdanken, daß diese Infinitivkonstruktionen auch in anderen nicht-standardsprachlichen Varietäten des Deutschen verwendet werden (neben dem Rheinfränkischen auch in manchen oberdeutschen Mundarten). Die Infinitivkonstruktionen des Pennsylvaniadeutschen sind deshalb auch keine Folge deutsch-englischen Sprachkontakts, sondern Relikte aus dem Dialekt der im 17. und 18. Jahrhundert in die USA ausgewanderten Sprecher des Rheinfränkischen.

Weshalb der Dialekt in den adverbialen Infinitivkonstruktionen mit *für* eine andere Präposition verwendet als die Standardsprache mit der Präposition *um*, wäre dann möglicherweise aus dem Sprachkontakt mit dem Französischen zu erklären, da adverbiale Infinitive im Französischen durch *pour* ‚für‘ eingeleitet werden können. Allerdings spricht gegen diese Vermutung, daß durch *für* eingeleitete Infinitive auch in den skandinavischen Sprachen belegt sind (Börjars/Burridge 2003):

Han åt banan **för att kunna** spela på top.  
er aß Bananen **für zu können** spielen am besten  
,Er aß Bananen, um in Bestform spielen  
zu können‘

Alles in allem erschließt die Beschreibung dialektsprachlichen Materials eine zusätzliche Perspektive für die Ermittlung unserer Sprachkompetenz, d.h. unserer mentalen Grammatik. Ein normativer Ansatz bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Grammatik und damit der Ausschluß von Dialektdaten aus dem Forschungsgegenstand ‚Sprache‘ würde bedeuten, eine reiche Materialbasis leichtfertig aufzugeben. Eines dagegen sollen diese Ausführungen ganz sicher nicht sein: eine Anleitung dazu, „wie ma rischdisch schwätze soll“ (SAARBRÜCKER ZEITUNG VOM 30.12.2003).

#### Anmerkungen

1 In der Sprachwissenschaft werden beispielhaft angeführte ‚ungrammatische‘ Bildungen durch ein vorangestelltes Sternchen gekennzeichnet.

2 Die Verbalphrase wird durch [VP...] abgegrenzt, die Indices entsprechen der hierarchischen Stellung der jeweiligen Verbform. (Vgl. auch V<sub>1</sub>... V<sub>4</sub> in Tab. 1 bzw. 2.)

3 Die Infinitivkonstruktionen werden durch [IK...] gekennzeichnet.

#### Literatur

Vera Albrecht / Albert Raasch, Wörter französischen Ursprungs in saarländischen Dialekten, Saarbrücken 1987.

Kersti Börjars / Kate Burridge, Origins and development of the Pennsylvania German for...to construction, Mskr. Univ. Manchester / La Trobe Univ. 2003.

Edith Braun, Saarbrücker Mundart-Lektionen. Ein vergnügliches Lern- und Lesebuch, Saarbrücken 1986.

Aloys Lehmert, Studien zur Dialektgeographie des Kreises Saarlouis, Bonn 1926.

Lothar Steitz, Grammatik der Saarbrücker Mundart, Saarbrücken 1981.

Wilhelm Will, Saarländische Sprachgeschichte, Saarbrücken 1932/1979.

## Kafka am Schloß

Nachlese zu einem internationalen  
Kongreß im VHS-Zentrum  
des Stadtverbands  
Von Herbert Wender

Gleich drei Saarbrücker Literaturwissenschaftler organisierten hier zwischen Ende August und Anfang Oktober je ein internationales Kolloquium: Gerhard Sauder als Präsident der Internationalen Herder-Gesellschaft (*Der frühe und der späte Herder*), Manfred Engel (zusammen mit dem Mainzer Komparatisten Dieter Lamping: *Kafka und die Weltliteratur*) und Pierre Béhar als Leiter der Arbeitsstelle für österreichische Literatur und Kultur (zusammen mit Eva Philippoff, Lille: *Von der Doppelmonarchie zur Europäischen Union*). Daß der Kafka-Kongreß mit dem Tagungsort in der Stadtmitte und einem Abendprogramm im Filmhaus ein Publikum auch ausserhalb der Universität fand, sicherte ihm die Aufmerksamkeit der SAARBRÜCKER HEFTE.

**K**aum einem Schriftsteller ist weniger gelungen als Kafka. Wenig läßt er gelten in dem berühmten Vermächtnis, mit dem er alles übrige verwirft: *ausnahmslos zu verbrennen*, beauftragt er den Freund Max Brod, *was sonst an Geschriebenem von mir vorliegt*. Weniger als 300 Seiten Umfang hätte eine Ausgabe der autorisierten Werke, wäre Kafkas Urteil über seine Schriften angenommen worden. Daß dies aber nicht so ist, daß schon die von Brod herausgegebene Werkausgabe auf acht Bände kam, deren schmalster nicht weniger als 200 Seiten Kafka-Text bietet (in der Fischer Taschenbuch-Kassette, die nach dem 70. Todestag frisch gepreßt – 73.-78. Tsd., Oktober 1996 – als Restseller vermarktet wurde), das ist dem Umstand geschuldet, daß der gebetene Vollstrecker das Testament als genuinen Kaf-

ka-Text deutete: als paradoxe Rede, von der in der Metaparabel *Von den Gleichnissen* gesagt wird:

*Viele beklagen sich, daß die Worte der Weisen immer wieder nur Gleichnisse seien, aber unverwendbar im täglichen Leben ... Wenn der Weise sagt: „Gehe hinüber“, so meint er nicht, daß man auf die andere Seite hinübergehen solle ...*

Gilt das nicht erst recht, wenn der Weise verlangt, die Worte des Weisen zu verbrennen?

Kaum einem ist mehr gelungen als dem Schriftsteller Max Brod, der die Bitte des Freundes nicht ernst nehmen konnte: Kafka „kannte die fanatische Verehrung, die ich jedem seiner Worte entgegenbrachte, und die mich ... veranlaßte, auch nicht das kleinste Zettelchen, keine Ansichtskarte, die von ihm kam, wegzuzwerfen“, rechtfertigt sich der Herausgeber des (unvollendeten) Prozeß-Romans im Nachwort zur Erstausgabe von 1925. In der Folge blieb nicht das kleinste

Zettelchen ungedruckt. Seit Editionsspezialisten Zugang zu den Handschriften haben, bleibt keine Tilgung, keine Überschreibung, bleibt kein

... es war, als sollte die Scham ihn überleben.  
(Kafka, *Der Prozeß*)

Federstrich unerwähnt – vgl. die Kritische Kafka-Ausgabe im Verlag S. Fischer, deren Apparabände die philologischen Tatbestände sorgfältig verzeichnen –, und seit die Radikalphilologen am Werk sind – vgl. die im Verlag Stroemfeld/Roter Stern von Roland Reuß und Peter Staengle herausgegebene Historisch-Kritische Ausgabe sämtlicher Handschriften, Drucke und Typoskripte –, wird auch alles faksimiliert, sobald die entsprechenden Rechte erworben und/oder ertrotzt sind.

Erwartungsgemäß blieb auch diese Abbildungswut nicht ohne negative Schlagzeilen: Im Feuilleton der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG meldete sich Anfang dieses Jahres mit Hanns Zischler und Klaus Wagenbach die bibliophile Fraktion der Kafka-Liebhaber zu Wort: Die aufwendig in Kassette vorgelegte Reproduktion der Erstausgabe von *Die Verwandlung* sei das Werk von Stümpfern, die einem im Antiquariatshandel aus zwei verschiedenen Ausgaben zusammengeleitmen Wechselbalg aufgesessen seien; statt der Rarität werde dem Käufer ein Unikum zugemutet.

Mit javanischen Kampfhähnen hat einmal der Literaturwissenschaftler Peter von Matt das Hickhack der zünftigen Editoren verglichen. Vielleicht wollte er damit ja nur unterstreichen, daß die feineren Interpreten im Wettstreit das Florett bevorzugen, selbst wo ein Säbelrasseln im Krieg der Deutungen nicht zu überhören ist. Mehrfach wurde beim aktuellen Kongreß die Unübersichtlichkeit der Lage angesprochen, in der Berge von Sekundärliteratur den Blick auf das Werk verstellen und der Zank der Wissenschaftler das Lesepublikum ratlos macht. Ganze Einführungskurse kann man auf den „Zehn Modellanalysen“ zur Kafka-Erzählung *Das Urteil* aufbauen, die in einem handlichen Reclam-Bändchen (RUB 17636) versammelt sind: Von Hermeneutik und Strukturalismus über Sozialgeschichte und Psychoanalyse bis zu Systemtheorie und Dekonstruktion spannt sich ein Horizont theoretischer Topoi, von denen aus die labyrinthischen Gänge des kafkaschen Werkes vermessen werden sollen.

**Jeder Satz spricht:  
deute mich, und  
keiner will es dulden.  
(Adorno, *Aufzeichnungen  
zu Kafka*)**

Ein vermessenem Unterfangen? Zumindest wäre es wohl euphemistisch, den von den professionellen Deutern errichteten Bau mit dem Babylonischen Turm zu vergleichen. Zwar ist ihnen eine gewisse Ähnlichkeit mit den K.s nicht abzusprechen, die auf der Strecke bleiben, ohne daß der Weg das Ziel wäre, doch liegt es sicher näher, an jenes wuchernde Dornengestrüpp zu denken, unter dem ein Schatz träumt, der wachgeküßt werden will... Ich weiß: Das sind romantisierende Vorstellungen, deren moderne Version - und doch war auch die Romantik einst Moderne - sich anders schreibt: ... unter dem ein Rhizom zu entdecken ist von Texten, die gelesen werden wollen, als seien sie gerade erst geschrieben.

Die Veranstalter des Saarbrücker Kafka-Kongresses gingen dem Deutungsstreit wie der Editorenkontroverse mit dem Thema *Kafka und die Weltliteratur* geschickt aus dem Weg. Hans-Gerd Koch etwa, einer der Herausgeber der Kritischen Kafka-Ausgabe, sprach über „Brod als Leser Kafkas“, Gerhard Neumann, vielleicht der analytischste unter den lebenden Kafka-Exegeten, über „Kafka und Goethe“. Mit den entsprechenden Schwerpunkten - „Kafkas Lektüren“ und „Kafka-Lek-

türen“; der dritte, „Kafka und die moderne Literatur“, war komparatistisch akzentuiert: „typologische Vergleiche“ - waren die meisten Beiträge ohnehin diesseits und jenseits von Textanalyse und Werkdeutung angesiedelt: Prätexte, Kontexte und intertextuelle Fernwirkungen wurden thematisiert, „Kafka als Leser“ (Dieter Lamping, Mainz), seine Wahrnehmung durch Zeitgenossen wie Tucholsky - „Wir dürfen lesen, staunen, danken“ (Sascha Kiefer, Saarbrücken) - und seine Wirkung auf Nachgeborene wie den gelehrten, mit dem Literaturnobelpreis geehrten Kafka-Kenner Coetzee (Rüdiger Zymner, Wuppertal). Nur Karl Richter, Emeritus hiesiger Universität, ließ es sich nicht nehmen, dem Auditorium die Texte, die er unter dem Titel „Der erschwerte Vergleich“ ausführlicher behandelte, um die Besonderheiten parabolischer Rede bei Kafka herauszuarbeiten, in Kopie vor Augen zu bringen - und einige der Anwesenden in dem zu diesem Zeitpunkt voll besetzten Konferenzraum werden sich dabei, nicht ohne eine gewisse Wehmut, an die Seminarstunden ihres akademischen Lehrers erinnern haben.

Im übrigen dienten themenbedingt insbesondere Tagebücher und Briefe als Zitierquelle, wobei für die einzelnen Vortragenden das Reservoir jeweils relativ eng begrenzt war, obgleich das Gesamt der Zeugnisse ein außerordentlich breit gefächertes Bild von Kafkas Interesse an jeder Art von Literatur belegt, an den dichterischen Höchstleistungen von der Antike bis in seine Gegenwart wie an den kurzlebigeren Produkten der Abenteuer- und Jugendliteratur, immer wieder aber auch an autobiographischen und biographischen Schriften, um sich möglichst umfassend über Leben und Schreiben der geschätzten Autoren zu informieren. Den Zaungästen des Kongresses boten die unvermeidlichen Wiederaufnahmen markanter Tagebuch- und Briefstellen willkommene Fixpunkte der Orientierung im disparaten Feld des Lesestoffs. Manches von dem, was Lamping im Überblick des Eröffnungsvortrags anführte, konnte in den sieben Beiträgen zu Kafkas Lektüren - Bibel (Jürgen Söring, Neuchâtel), Goethe (Gerhard Neumann, München), Kleist (Walter Hinderer,

**Einmal dem Fehl-  
läuten der Nachtglock  
gefolgt - es ist niema!  
gutzumachen.  
(Kafka, *Ein Landarzt*)**

**Denn wir sind wie  
Baumstämme im Schre  
(Kafka, *Die Bäume*)**

Princeton), Stifter (Hartmut Reinhardt, Trier), Kierkegaard (Thomas Anz, Marburg), Flaubert (Manfred Schmeling, Saarbrücken), Strindberg (Ritchie Robertson, Oxford) – nicht unerwähnt bleiben; anderes belegte Lektüren, die im dichten Tagungsprogramm nur am Rande Erwähnung finden konnten (z.B. Lenz oder Mörike, Dickens oder Dostojewski). Und nicht nur Lamping machte deutlich, daß Kafka mit einer Hemmungslosigkeit liest, wie sie sich kaum ein Literaturwissenschaftler bewahren kann, daß der gierig Lesende und ebenso notorisch Schreibende, der einmal bekennt: *Alles, was sich nicht auf Literatur bezieht, hasse ich*, das Gelesene sich regelrecht einverleibt. Nicht selten protokollieren Kafkas Notizen die physiologische Wirkung der Lektüre:

*Gestern abend habe ich mich übrigens mit Absicht dumpf gemacht, war spazieren, habe Dickens gelesen, war dann etwas gesünder und hatte die Kraft zu der Traurigkeit verloren, die ich als berechtigt ansah, wenn sie mir auch etwas in die Ferne gerückt schien, wovon ich mir einen bessern Schlaf erhoffte.*  
(4.10.1911)

*Unaufhörlich Lenz gelesen und mir aus ihm – so steht es mit mir – Besinnung geholt.*  
(21.8.1912)

Einem besonders drastischen Beleg solcher schonungslosen Selbstbeobachtung entnahm Walter Hinderer in alter Frische seinen Vortragstitel:

*Kleist fährt in mich wie in eine alte Schweinsblase. Damit es nicht zu arg wird und weil ich es mir vorgenommen habe, gehe ich jetzt in die Lucerna.*  
(Postkarte an Max Brod, gestempelt 27.1.1911; Lucerna: ein Prager Kabarett)

Und schließlich blieb auch nicht unerwähnt, mit welcher Genugtuung Kafka die Wirkung seiner Stimme registriert, wenn er als Vorleser, zunächst vor allem im Kreise der Familie, fremden Worten Macht verleiht:

*Wie ich letzthin meinen Schwestern die Selbstbiographie Mörikes vorlas, schon gut anfang, aber noch besser fortsetzte und schließlich, die Fingerspitzen aufeinander gelegt, mit meiner ruhig bleibenden Stimme innere Hindernisse bezwang, einen immer mehr sich ausbreitenden Ausblick meiner Stimme verschaffte und schließlich das ganze Zimmer rings um mich*

*nichts anderes aufnehmen durfte als meine Stimme. Bis dann meine aus dem Geschäft zurückkehrenden Eltern läuteten.*  
(Anfang Dezember 1911)

Daß Kafka den Hörtetest der von ihm adaptierten Brüllmethode – Hans-Gerd Koch erläuterte in einer der Diskussionen diesen zeitgenössischen Qualitätstest, bei dem geprüft wird, ob ein Stück Literatur unter der akustischen Extrembedingung lautstarken Vortragens Bestand hat –, daß Kafka dies auch beim Vorlesen etwa von Flauberts *Education Sentimentale* vor Publikum praktiziert hätte, diese Vorstellung befremdete dann doch etwas. Eingängiger war da der Hinweis desselben Kenners auf den problematischen Aussagewert der bezeugten Bibliothek Kafkas: Gerade besonders geschätzte Stücke seien weggegeben worden.

Die zweite Sektion eröffnete Manfred Engel mit einem systematischen Aufriß der Relation „Kafka und die Klassische Moderne“, wobei er zunächst den Epochenbegriff in drei fundamentalen Abgrenzungen zum vorausliegenden Realismus bestimmte – festzumachen an den Konzepten ‚Wirklichkeit‘ und ‚Subjektivität‘ sowie an der Formensprache realistischen Schreibens – und anschließend die entsprechenden spezifischen Differenzen erläuterte, welche die Zuordnung Kafkas zu der so bestimmten Moderne begründen, typischerweise etwa, wenn Außenwelt und Innenwelt der Protagonisten nicht mehr deutlich zu unterscheiden sind.

**Bin ich nicht schon allzu erschöpft durch das Theoretische? (Kafka, Ein Bericht für eine Akademie)**

Einen ganz anderen komparatistischen Zugang bot Gerald Gillespie (Stanford) mit der Gegenüberstellung zweier voneinander völlig unabhängiger Protagonisten der Moderne: „Kafka und Joyce“. Selbst Komparatisten halten solche typologischen Vergleiche für gewagt; wo kein Kontakt belegt ist, vermittelt scheinbar nur der Zeitgeist zwischen den Autoren. Gillespies Tertium comparationis liegt indessen weit in der Vorzeit der verglichenen Autoren, seine Pointe war die Hypothese, daß ein neuer Weg zur Erschließung von Kafkas Türhüter-Parabel bei Nikolaus von Kues, Bezugsautor von Joyce, ansetzen könne.

Nachdem Virgil Nemoianu (Washington) Kafkas erzählerisches Werk den Kontexten „Phantasy, Dystopia, Multiculturalism“ zugeordnet hatte, zogen die beiden abschließenden Beiträge von Rüdiger Görner (London) und Dorothea Lauterbach (Saarbrücken) Verbindungslinien zu Existenzphilosophie, Existentialismus und Absurdismus, und zwar Görner am Beispiel von Kafkas Amerika-Roman *Der Verschollene*, Lauterbach in der Analyse von Camus' Kafka-Rezeption, so daß ihr Vortrag bereits zum Schlußteil der Tagung – „Kafka-Lektüren“ – überleitete.

An dieser Stelle wurde der Galeriebesucher besonders nachdenklich: nicht nur, weil gerade der jüngsten im Kreis der Vortragenden mit dem Hinweis auf die ablaufende Redezeit in die Parade gefahren wurde,

In diesem Augenblick ging über die Brücke ein geradezu unendlicher Verkehr. (Kafka, *Das Urteil*)

sondern auch, weil gerade der Bezug auf Camus lebhaftere Erinnerungen an eigene Lektüren weckte. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, als im Gymnasium das Fischer-Taschenbuch mit Kafka-Erzählungen zum Lektürepensum gehörte, inszenierten wir außerhalb der Schule, in einer Baracke am unteren Rotenbühl, mit der Theatergruppe *Die Tür* absurdes Theater (Ionesco, Tardieu, Arrabal), und wir lasen Kafkas Erzähltexte wie Büchners Stücke gleichermassen als Zeugnisse absurder Weltsicht. Mancher Gegenstand solcher Lektüren steht noch heute im Regal, zum Beispiel das Bändchen aus der Reihe ROWOHLTS DEUTSCHE ENZYKLOPÄDIE, das die Übersetzung von Camus' Kafka-Essay enthält.<sup>1</sup> Die Kafka-Rezeption der 1960er Jahre dokumentierte dann auch der Film am Abend, in den ein Vortrag der Filmwissenschaftlerin Sandra Poppe (Mainz) einführte: Orson Welles' Prozeß-Adaption von 1963 (mit Anthony Perkins, Jeanne Moreau und Romy Schneider sowie Welles selber als Advokat und als Erzählstimme der illustrativ vorgeschalteten Türhüterpaar).

Am letzten Kongreßtag schließlich wurde beim Blick auf die Kafka-Lektüren von Hermann Broch und Elias Canetti einerseits – im Vortrag von Monika Ritzer (Leipzig) – und Paul Celan andererseits – bei Vivian Liska (Antwerpen) – ebenso deutlich wie in der ersten Sektion, daß die Schriftsteller bei ande-

ren Autoren vorzugsweise sich selbst suchen und finden: Wie Kafka Vergleichbares bei Kleist, Kierkegaard oder Flaubert sieht, so die Nachgeborenen bei Kafka. Nicht bei allen aber läßt sich das so deutlich belegen, weshalb es ungleich diffiziler war, den Einfluß Kafkas auf seine osteuropäischen Leser Danilo Kiš und Peter Esterhazy nachzuweisen (John Neubauer, Amsterdam).

Die Germanisten versäumten nicht, das Verdikt des abtrünnigen Studenten der Germanistik zu zitieren: *in der Hölle soll sie braten* (Brief an Oskar Pollak, 24.8.1902), und auffällig häufig zitierten die Akademiker des menschengewordenen Ex-Affen Rotpeter *Bericht für eine Akademie*, Rotpeter läßt es sich, wenn er *spät nachts ... aus wissenschaftlichen Gesellschaften ... nach Hause* kommt, bei einer kleinen Schimpansin *nach Affenart ... wohlgehen*. Vielleicht tut es auch ein gutes Buch, es muß ja nicht der Kongreßband sein, der unter dem Titel *Kafka und die Weltliteratur* erscheinen wird. Kafka-Lektüre zu empfehlen überlasse ich Manfred Engel, dessen Abendvortrag wir im Schluß dokumentieren. Wie wäre es mit etwas ganz neuem – Haruki Murakamis jüngstem Roman etwa: *Kafka am Strand*.

Kafkas ganze Kunst besteht darin, den Leser zum Wiederlesen zu zwingen. (A. Camus)

Das Leben ist erstaunlich kurz. (Kafka, *Das nächste Dorf*)

<sup>1</sup> Es wurde im Sommer 1969 von dem Geld gekauft, das ich gleich nach dem Abitur als Aushilfskorrektor bei der SAARBRÜCKER ZEITUNG verdient hatte: Albert Camus, *Der Mythos von Sisyphos. Ein Versuch über das Absurde. 127-133. Tausend, Mai 1969, Reinbek b. Hamburg (rdc Nr. 90); anstelle des 1943 erschienenen Essays: Die Hoffnung und das Absurde im Werk von Franz Kafka enthielt der Anhang in der Erstausgabe von 1959, die ich aus der Stadtbücherei kannte, den Text Dostojewskij und der Selbstmord.*

# Franz Kafka, Der Proceß – eine Einführung

Von Manfred Engel

Seit Oktober 2002 lehrt Manfred Engel Neue Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes. Seine Einführung – der Text wurde für den Abdruck leicht gekürzt, aber in seinem Vortragsstil belassen – wurde am Rande des Internationalen Kafka-Symposiums (vgl. unseren voranstehenden Bericht) im Saarbrücker Filmhaus vorgetragen. Mit einer Reihe von Kafka-Verfilmungen – unterstützt wurde dieses Abendprogramm vom Mainzer Filmhaus – wollten die Veranstalter ein breiteres Publikum für das Kongreß-Thema interessieren.

Geschrieben hat Kafka am Roman *Der Proceß* zwischen August 1914 und Januar 1915. Der Text ist bekanntlich Fragment geblieben. Überliefert sind 161 handschriftlich beschriebene Blätter, die der Autor aus Heften herausgerissen und dann in kleinen Bündeln geordnet hat, auf deren Umschlagblättern jeweils mit ein paar Stichworten der Inhalt vermerkt ist. Viele dieser Konvolute enthalten fertige Kapitel, einige fast fertige, andere nur Kapitelanfänge – die vielleicht noch ausgeführt, vielleicht verworfen worden wären. Zur geplanten Reihenfolge der Konvolute hat der Autor keinerlei Hinweise hinterlassen.

Noch umstrittener als die Anordnung dieser Romanteile ist natürlich die Deutung des Textes. Unter den vielen Schulen der Kafka-Interpretation sind die „biographische“, die „realistische“ und die „selbstbezügliche“ Lesart die heute wohl populärsten Zugangswege. Alle drei sind nicht einfach falsch – aber alle haben ihre blinden Flecke.

Kafkas Werk *biographisch* lesen heißt, es als dichterische Umsetzung seines Lebens zu verstehen. Dann gestaltet der *Proceß* letztlich

Kafkas problematische Beziehung zu seiner Verlobten Felice Bauer. Das Dilemma dieser gleich zweimal gescheiterten Verlobung können wir psychologisch oder gar psychoanalytisch zu erklären suchen – und werden dann natürlich auf die bekannte problematische Vater-Sohn-Beziehung stoßen und auf die Schuld- und Minderwertigkeitskomplexe, unter denen Kafka in der Tat litt. Wer so liest, verfehlt den symbolischen Mehrwert, also die verallgemeinernde Deutung, die Kafka selbst seinem Leben abgewonnen hat, indem er es als repräsentativ für die Problematik seiner Zeit deutete. Ohne diesen „Mehrwert“ aber läßt sich die breite Wirkung Kafkas kaum erklären: Wenn seine Texte wirklich nur von den ganz privaten Existenzproblemen eines recht sonderlingshaften und hypochondrischen Prager Juden handelten, der unter seinem dominanten Vater und unter einem alpträumhaften Schuldkomplex litt – was sollten sie uns Leser angehen, zumindest diejenigen von uns, auf die diese Bestimmungen *nicht* zutreffen?

Kafkas Werk *realistisch* lesen heißt, es als dichterisches Abbild unserer Lebenswelt zu verstehen. Das tun wir alle, wenn wir bei irgendeinem Verwaltungs- oder Behördenakt wütend oder verzweifelt ausrufen: „Das ist ja geradezu kafkaesk!“ Wer den *Proceß* so liest, liest ihn als Gestaltung der verwalteten Welt, der vielfältigen Einengung und Bedrohung, die das Individuum heute durch anonyme Mächte erfährt. Oder er liest ihn, auch das eine gängige Variante, als prophetische Vorwegnahme der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts: des Nationalsozialismus und/oder des Stalinismus. Wenn Kafkas Texte aber wirklich nichts anderes wären als eine Gestaltung des Opfermythos, mit dem auch wir so gerne unser eigenes Leben deuten und uns zu armen unschuldigen Opfern von Bürokratie, Staat, Kapitalismus oder „der Gesellschaft“ stilisieren – dann müßten die Helden der Texte ja auch arme, unschuldige Opfer sein. Das aber trifft selbst für Karl Roßmann aus dem frühen Roman *Der Verschollene (Amerika)* nur bedingt zu. Und die Hauptfiguren von *Der Proceß* und *Das Schloß* sind ganz offensichtlich mindestens ebenso sehr Täter wie Opfer.

Kafkas Texte *selbstbezüglich* lesen heißt schließlich, sie als Thematisierung ihrer eigenen Deutungsproblematik und/oder ihres Literatur-Seins zu verstehen. Im *Proceß* läßt sich

das wohl am besten an der Türhüterparabel zeigen, die im anschließenden Deutungsge- spräch immer wieder neu und immer vergeb- lich ausgelegt wird und so nichts anderes zu erweisen scheint als die Vergeblichkeit aller Deutungsakte. Eine solche Lektüre scheint mir letztlich auf einer *déformation professionnelle* von Literaturwissenschaftlern zu beruhen, die glauben, daß Literatur immer nur von Litera- tur oder vom Deuten handle. Auch diese Les- art erfaßt jedenfalls nur einen (sicher wichti- gen) Teilaspekt der Texte – und grenzt viele andere aus, die gerade für den nicht-literatur- wissenschaftlichen Leser von besonderem Interesse sein dürften.

**W**ie aber soll man denn lesen, wenn diese drei gängigen Wege nicht ans Ziel führen? Ich kann meinen Alternativvor- schlag hier nur ganz grob skizzieren, indem ich auf vier Aspekte des Buches eingehe: den Aufbau der Romanwelt, die Hauptfigur, die Erzählweise und die Parabel *Vor dem Gesetz*.

Von der Romanwelt und nicht von der Handlung des *Proceß* rede ich, weil dieser im strengen Sinne keine Handlung hat. Denn was geschieht eigentlich im *Proceß*? Anfang und Ende des Romans sind wohl auch den meis- ten Nichtlesern bekannt: Im ersten Kapitel wird der Bankprokurist Josef K. am Morgen seines 30. Geburtstages verhaftet. Es ist freilich eine Verhaftung von sehr eigentümlicher Art: K. kann sich weiter unbehelligt bewegen und seinen Beruf ausüben. Aber er weiß von nun an, daß er unter der Anklage eines Gerichtes steht, das nach ganz anderen Regeln funk- tioniert, als die ihm und uns vertrauten Organe der Rechtsprechung. Genau ein Jahr später, am Vorabend seines 31. Geburtstages, wird K. von zwei (wiederum sehr eigentümlichen) Henkern in seiner Wohnung abgeholt, zu einem außerhalb der Stadt gelegenen Stein- bruch geführt und dort erstochen. Der be- rühmte Schluß des Romans lautet: „es war, als sollte die Scham ihn überleben.“

Wir wissen heute, daß Kafka dieses Schluß- kapitel unmittelbar nach dem Anfangskapitel schrieb. Mit diesen zwei Kapiteln ist ein Rah- men abgesteckt, ein Spiel-Raum eröffnet, der im Hauptteil des Textes nur noch ausgeschrit- ten wird: Wir erfahren einiges von K.s Berufs- und Privatleben; von seinen Konfrontationen mit dem Gericht: in Verhören, bei Besuchen in

den Gerichtskanzleien und beim Gespräch mit dem Gefängniskaplan im Dom; von sei- nen Bemühungen um Helfer und Verbündete, die ihm aber nicht wirklich weiterhelfen (er nimmt sich etwa einen Anwalt namens Dr. Huld, er sucht Rat beim Maler Titorelli, bei der Ehefrau eines Gerichtsdieners und bei Leni, der Bediensteten des Advokaten). So geschieht viel – und es ändert sich doch eigentlich nichts. Allenfalls dieses: Der Prozeß schwächt K.s berufliche Position, er schwächt seinen Lebenswillen und er schwächt seine (schon von Anfang an brüchige) Überzeu- gung, unschuldig zu sein. Hätte Kafka das Buch zuende geschrieben, hätte es sicher mehr Personen und mehr Verwicklungen gegeben. Prinzipiell hätte sich aber nichts geändert.

Die Romanwelt, durch die sich Josef K. in der beschriebenen Weise bewegt, scheint vor allem dadurch charakterisiert, daß sich in ihr zwei Realitätsebenen überschneiden. Die eine ist K.s Privat- und Berufswelt, die uns prinzipi- ell durchaus vertraut scheint. Ganz anders die Welt des Gerichtes. Diese widerspricht nicht nur fast allem, was wir über das Arbeiten von Gerichten wissen, sondern setzt Realitätsprin- zipien außer Kraft, die wir alle für fundamen- tal halten. Ich gebe nur zwei Beispiele: Der Maler Titorelli erzählt einmal, daß Gerichts- kanzleien „fast auf jedem Dachboden“ sind, und fügt lakonisch hinzu: „es gehört ja alles zum Gericht“. Das ist uns neu – auf unserem Dachboden haben wir wohl noch nie eine Gerichtskanzlei gefunden. Noch erstaunlicher ist, daß in der Gerichtswelt auch die Gesetze der Zeit keine Geltung zu haben scheinen: K. muß einmal miterleben, wie in einer Abstell- kammer seiner Bank die beiden Wärter, die ihn verhaftet hatten, von einem Prügler be- straft werden, weil K. sie der Korruption be- schuldigt hatte. Als er die Tür der Kammer 24 Stunden später erneut öffnet, findet dort immer noch dieselbe Prügelszene statt – als sei die Zeit in diesem Raum stehengeblieben.

Im Roman scheinen sich also zwei ganz verschiedene Wirklichkeiten zu begegnen. Wenn wir aber genauer hinschauen, merken wir, daß es eigentlich *drei* Wirklichkeiten sind. Denn die Gerichtswelt ist wiederum zweige- teilt: Was Josef K. und damit auch wir kennen- lernen, sind nur die unteren Instanzen. Über diesen aber stehen ein sagenhaftes „oberstes Gericht“ und das „Gesetz“. Dieser dritte Be-

reich bleibt völlig unzugänglich – weder K. noch irgendeine andere Romanfigur weiß Genaues darüber. Zentralbegriffe wie „Prozess“, „Gesetz“ und „Schuld“ legen nahe, daß mit dieser dritten Textebene ein absoluter ethischer Maßstab in unsere Lebenswelt eingeführt wird, der ihre Schwächen und Fehler mit erbarmungsloser Strenge bloßlegt.

**W**er den Roman so liest, knüpft an eine alte, heute kaum noch gepflegte Deutungstradition an, die Kafkas Werk in den Horizont der Metaphysik stellt. Das tue ich in der Tat, wenn auch mit einem wichtigen Unterschied: Ich beziehe mich dabei auf keine bestimmte, bekannte Metaphysik – etwa die des Christen- oder Judentums. In Kafkas Welt scheint mir das Meta-Physische vor allem die Funktion eines inhaltlich nicht mehr ausgefüllten Platzhalters zu haben: Es vertritt ein Anderes zur schlechten Realität: nicht eine bestimmte Gottesvorstellung oder Religion, sondern nicht mehr und nicht weniger als die Bedingung der Möglichkeit eines Lebens, das nicht allein von egoistischem Gewinn-, Lust- und Machtstreben bestimmt wäre.

In der Gerichtswelt der unteren Instanzen, die K. und wir allein kennenlernen, also der Mittelebene zwischen der Alltagswelt und dem „Gesetz“, ist das ganz Andere untrennbar vermischt mit dem Hier und Jetzt unseres Lebens. Es erscheint so einerseits als durch und durch korrupt: schäbig und schmutzig, von den gleichen Trieb- und Machtstrukturen regiert wie die Geschäftswelt von K.s Bank. Zugleich wird jedoch im Zerrspiegel dieser Gerichtswelt unsere wohlvertraute Lebenswelt (um eine schöne Formulierung Ernst Blochs aufzugreifen) zur Kenntlichkeit entstellt. Die Macht- und Herrschaftsstrukturen, die etwa in K.s Machtkämpfen mit dem Direktor-Stellvertreter der Bank unter den Höflichkeitsformen der Konvention verborgen bleiben, sind dort sozusagen offen- und bloßgelegt.

Sie merken sicher schon, wie einfach und in seinem Erklärungsanspruch begrenzt der Deutungsansatz ist, den ich hier vorschlage. Denn er besteht letztlich in nichts anderem, als im Ernst- und Wörtlichnehmen der zentralen Metaphern des Textes: Mit dem „Prozess“ tritt ein absoluter Maßstab in K.s wohlangepasstes Leben. Und wohlangepasst ist der Pro-

kurist Josef K. ja durchaus. Er ist nicht einfach ein Jedermann, sondern zugleich etwas mehr, weil energischer und durchsetzungsstärker, und etwas weniger: weil noch angepaßter als der Durchschnittsmensch, noch verarmter in seinen menschlichen Beziehungen. Eigentlich lebt K. nur für seinen Beruf und für sein berufliches Fortkommen; die einzigen Verhaltensweisen, die er kennt, sind die des Geschäftslebens. Deutlich wird das in einer entlarvenden Textpassage im Roman, in der K. die folgenden Überlegungen anstellt:

*Vor allem war es, wenn etwas erreicht werden sollte, notwendig jeden Gedanken an eine mögliche Schuld von vornherein abzulehnen. Es gab keine Schuld. Der Proceß war nichts anderes, als ein großes Geschäft, wie er es schon oft mit Vorteil für die Bank abgeschlossen hatte [...]. Zu diesem Zweck durfte man allerdings nicht mit Gedanken an irgendeine Schuld spielen, sondern den Gedanken an den eigenen Vorteil möglichst festhalten.*

Das ist Josef K., wie er leibt und lebt. Metaphysischem Denken ist er ebenso entfremdet wie die meisten von uns. Kafka hat dafür ein Bild gefunden, das wir alle sicher gut nachvollziehen können: Wie Josef K. den Dom besucht, so haben wir alle schon Kirchen besucht, nämlich ausschließlich aus touristischem Interesse. Nur dürften den meisten von uns dabei Erinnerungen an kindliche Religionserlebnisse gekommen sein – und mit ihnen auch ein leichtes Unbehagen. Was tut man etwa, wenn man am Altar vorbeigeht? Schlägt man, sozusagen als kleine Konzession an den Genius loci, noch das Kreuzzeichen oder sieht man lieber nach, was im Reiseführer über die Altarschnitzereien berichtet wird? Josef K. aber sind selbst solche Zweifel fremd. Er macht sich oft lächerlich, weil er den hohen Anspruch, der so plötzlich an ihn gerichtet wird, auf geradezu groteske Weise unterschreitet. Eine der komischsten Passagen im Roman findet sich im Verhaftungs-Kapitel: Auf der Suche nach seinen Legitimationspapieren – auch dieses Wort ist ganz wörtlich zu nehmen – stößt K. ausgerechnet auf seine „Radfahrlegitimation“. Und er überlegt ernstlich, diese den Gerichtsbeamten vorzuzeigen, um sich zu legitimieren – Josef K., der ewige Radfahrer.

Das ist entlarvend – und auf solche Entlarvung des Helden ist die Erzählweise des

Romans angelegt. Kafka beschränkt uns einerseits ganz auf den Wahrnehmungs- und Wissenshorizont des Helden. Mehr als dieser weiß oder zu wissen glaubt, erfahren wir fast nie. Zugleich aber zeigt uns Kafka, daß Josef K.s Deutungen und Handlungsstrategien immer wieder scheitern, weil sie völlig inadäquat sind. So lesen wir den Roman zugleich mit dem Helden (wir sind wie Josef K. ) wie auch gegen ihn (so wie Josef K. sollten wir nicht sein).

Mit der Angeklagtenrolle wird unser tüchtiger Bankprokurist in Schuhe gezwungen, die eindeutig zu groß für ihn sind. Daher ist er eine lächerliche Figur. Zugleich aber ist er nicht ohne Tragik: Denn selbst wenn Josef K. viel weniger beschränkt wäre, als er nun einmal ist, könnte er vor dem absoluten Maßstab, mit dem er durch seine Verhaftung konfrontiert wird, nicht bestehen. Wenn wir uns auch von ihm distanzieren sollen – einfach erheben können wir uns nicht über ihn. Die Machtkämpfe, in die sich alle Begegnungen zwischen Personen im Roman sofort verwandeln, sind uns nur allzu vertraut, und das keineswegs nur aus unserem Berufsleben.

Ich hatte Ihnen noch ein Wort zur Türhüterparabel versprochen. Da sie sicher der bekannteste Teil des Romans ist, gebe ich hier nur eine stark vereinfachte Kurzfassung: Ein Mann vom Lande kommt zum Gesetz und bittet den davor stehenden Türhüter um Einlaß. Der verneint: *Jetzt* sei ein Eintritt nicht möglich. Der Mann wartet und versucht vergeblich, den Türhüter umzustimmen. So erwartet er sein ganzes Leben. Kurz vor seinem Tode sieht er ein strahlendes Licht aus dem

Tor hervorleuchten. Auf seine letzte Frage antwortet der Türhüter: „dieser Eingang war nur für Dich bestimmt. Ich gehe jetzt und schließe ihn.“

Eine schlimme Geschichte. Und natürlich eine viel gedeutete. Besonders gerne hat man zwei Lösungen des Dilemmas erwogen: Der Mann hätte einfach weggehen sollen und sein Leben leben, statt es zu erwarten, sagen die einen. Er hätte einfach hineingehen sollen, ohne sich um den Türhüter zu scheren, sagen die anderen. Ich denke, daß beide Unrecht haben. Einfach weggehen, hieße: so zu leben, wie Josef K. vor seinem Prozeß lebte. Wäre das wirklich eine Lösung? Für die Option des Hineingehens aber gilt die simple Alltagsmaxime: Wer kann, der tut. Der Mann vom Lande konnte es offensichtlich nicht.

Auch diese Geschichte ist, so meine ich, wörtlich zu nehmen; sie umschreibt eine Paradoxie, die keine Aporie sein muß. Lesbar wäre sie etwa so: Es gibt keinen direkten Zugang zu einem Absoluten – vielleicht gibt es ihn *heute* nicht mehr, aber schon da können wir nicht mit Sicherheit wissen. Trotzdem stehen wir, ganz individuell und jeder als je einzelnes Individuum, vor diesem absoluten Gesetz – was wir ignorieren oder zugestehen können. Je nachdem – und je nachdem, wie wir diesen Bezug zu einem absoluten Maßstab gestalten – wird unser Leben ausfallen. Henrik Ibsen schrieb einmal: „Dichten“ sei „Gerichtstag halten über das eigene Ich“. Das könnte auch ein Kafka-Satz sein. Eigentlich müßte er dann aber lauten: Leben ist Gerichtstag halten über das eigene Ich.

## Leben in der Schachtel

Andreas Dury, *Schachtelkäfer*. Roman (Topicana Nr. 9/10), Edition Saarländisches Künstlerhaus, Saarbrücken 2003, 271 S.

Gleich auf der ersten Seite seines Romans *Schachtelkäfer* präsentiert Andreas Dury dem Leser einen amputierten Fuß, fein säuberlich abgetrennt, steril verpackt und im Kühlschrank aufbewahrt. Und irgendwie spielt dieses makabre Fundstück auch in der Folge im Roman eine wichtige Rolle. Dennoch ist Durys *Schachtelkäfer* kein Krimi. Dazu fehlen Mord, Mörder, Leiche und der Kommissar natürlich, der den mysteriösen Fall aufklärt. Durys Hauptperson ist Physiker und Philosoph, er heißt Jakob und schlägt sich mehr schlecht als recht mit seinem kleinen Sohn Robert durch ein reichlich unbehaustes und verqueres Leben: Ein alleinerziehender Vater mit Halbtagsjobs, einigen Frauenbeziehungen und viel Talent zu einer unangepaßten und verschrobenen Existenz. Jakob arbeitet an einer Welterklärungstheorie, einer Art Formel für alles. Er glaubt, daß wir Menschen „eingesperrt in unsere Haut wie der Käfer in die Schachtel“ (22) sind. Diese Metapher des in die Schachtel gesperrten Käfers, die dem Roman als Titel programmatisch voransteht, ist die Formel für Jakobs grundlegendes Lebensgefühl. Wie ein roter Faden zieht sie sich durch den Roman. Es geht dabei nicht nur um das Eingesperrtsein, sondern auch um die Schwierigkeiten, die der Eingesperrte hat, das, was in der Welt außerhalb der Schachtel vor sich geht, zu erkennen. Daß diese Schachtelkäfer-Metapher von Ludwig Wittgenstein, dem Wiener sprachanalytischen Philosophen, stammt, erwähnt Dury am Ende des Buches, wenn Jakob sagt: „Ich bin nichts in mir und nichts außer mir, ich bin der Morgenstern und der Abendstern, ich bin der Käfer in Wittgensteins Schachtel.“ (255) Und tatsächlich: In Absatz 293 der *Philosophischen Untersuchungen, Teil I*, notiert Wittgenstein: „Angenommen, es hätte Jeder eine Schachtel, darin wäre etwas, was wir Käfer nennen. Niemand kann je in die Schachtel des Anderen schauen; Und Jeder sagt, er wisse nur vom Anblick seines Käfers, was ein Käfer ist. – Da könnte es ja sein, daß Jeder ein anderes Ding in seiner Schachtel hätte.“

Auch Jakobs Sohn Robert hat nicht gerade das große Los im Leben gezogen. Er leidet an

einem Proteus-Syndrom, einer sehr seltenen Krankheit, bei der Wachstumsanomalien auftreten. Robert hat einen überdimensionalen Mittelfinger und einen viel zu großen Fuß. Zunächst leben Vater Jakob und der kleine Robert im links-alternativen Milieu von Berlin während der Wendezeit und des Mauerfalls. Dann ziehen sie zu Jakobs Tante ins Rheinhessische und anschließend zu seiner Schwester in den Schwarzwald. Nächste Station ihres Wanderlebens ist die Pfalz, bevor sie schließlich – zusammen mit Ira, die inzwischen Jakobs Frau geworden ist – im namentlich nicht genannten, aber unschwer identifizierbaren Saarbrücken landen. Dury, der seit einigen Jahren selbst in Saarbrücken lebt, erzählt Jakobs und Roberts Geschichte jedoch keineswegs in dieser chronologischen Reihenfolge, sondern er springt in ihr hin und her und mixt die Zeiten und Orte des Lebens seiner Personen kräftig durcheinander. Das ergibt einen epischen Flickenteppich, der sich erst nach und nach zu einem Ganzen zusammensetzt und der mit seinen Bruchstücken und Mosaikteilchen, die manchmal nur aus einzelnen Sätzen bestehen, nicht immer leicht zu überblicken ist. So fragt Jakobs Schwester Sarah den Bruder zu Beginn des Romans: „Sag, ist es wahr, daß du den Fuß deines Sohnes gefressen hast, mit Lefzen, von denen Haut hing, und mit Zähnen, die knirschen in all meine Träume?“ (34). Was dieser Satz zu bedeuten hat, bleibt zunächst völlig unklar. Erst ganz am Schluß des Romans löst Dury dieses Rätsel auf. Und noch etwas fällt auf in Durys Roman: Es gibt keine einheitliche Erzählperspektive. Der Roman springt zwischen den Perspektiven der verschiedenen Romanpersonen und der Autorperspektive ungeniert hin und her. Außerdem wiederholt, variiert und spiegelt Dury unentwegt seine Geschichten. Also: Jakob erzählt etwas, was Sarah oder Ira wenige Seiten später noch einmal erzählen und umgekehrt. Oder: Sarah, Ira oder Jakob erzählen etwas, was sie selbst, teilweise wortwörtlich, wenige Seiten vorher schon einmal erzählt haben.

Es ist klar, daß bei dieser Art zu erzählen in immer neuen Ansätzen, mit wechselnden Erzählperspektiven und wechselnden Zeiten und Orten der Leser immer wieder Probleme hat, nachzukommen und den Überblick zu behalten. Dennoch liest sich der Roman eigentlich sehr gut, dennoch ist er unterhaltsam und manchmal sogar ausgesprochen amüsant. Das liegt vor allem an den vielen komischen und makabren

Einfallen. Dury hat einen Hang zu verrückten, bizarren und manchmal surrealen Geschichten, Geschichten, wie die von der Arbeiterin in der Brotfabrik, die in die Teigbütte fällt, oder die von der Freßborgie mit Kaninchenlebern, zu der Jakobs Vater seine Gäste einlädt, Geschichten vom listig-dreisten Taubenfänger auf der Cafehaus-Terrasse, von den Blutrauschtänzen aztekischer Priester, und, und, und.

Durys Roman, der vom *Förderkreis Deutscher Schriftsteller in Rheinland-Pfalz* zum Buch des Jahres 2003 gewählt wurde, erinnert mich in seiner Komplexität und Polyphonie, in seiner un-

gewöhnlichen Konzeption mit Hauptthema, Nebenthemen, Durchführungen, Wiederholungen, Spiegelungen und Variationen an eine musikalische Komposition, einen Sonatensatz oder den Satz einer Sinfonie. Auch wenn man die komplexe Struktur des Romans beim Lesen nicht immer sofort und rückstandslos durchschaut, auch wenn es im Hin und Her der vielen Einzelteile nicht immer leicht ist, den Überblick zu behalten, ist der *Schachtelkäfer* dennoch eine sehr empfehlenswerte Lektüre.

Dietmar Schmitz

## Saarländische Rechtsgeschichte

Peter Wettmann-Jungbluth, *Rechtsanwälte an der Saar 1800-1960: Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes*, Gollenstein Verlag, Blieskastel 2004, 572 S.

Ist Rechtsgeschichte nun ein Spezialgebiet der Geschichts- oder der Rechtswissenschaften? Betrieben wird sie im Regelfall jedenfalls von Juristen. Dabei sind ihre Ergebnisse jedoch nicht nur für den rechtswissenschaftlich Geschulten von Interesse. Gerichtsprozesse sowie das Verhalten und Selbstverständnis der in ihnen agierenden Personen spiegeln das Denken und die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse der jeweiligen Zeitepoche, in der sie angesiedelt sind, wieder. Gesetze und rechtliche Vorschriften sind selbst Ausdruck der jeweils herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und damit auch Gegenstand geschichtswissenschaftlichen Interesses.

Peter Wettmann-Jungbluth, der nach eigenen Ausführungen „nur“ Historiker ist, hat nunmehr im Auftrag des *Saarländischen AnwaltVer eins* eine Studie zur Geschichte der Rechtsanwälte an der Saar veröffentlicht. Es handelt sich um eine kritische Bestandsaufnahme, die zunächst einmal die Entwicklung des heutigen anwaltlichen Berufsbildes aus historischen Formen „von Sachwalterschaft und Rechtsberatung“ über den *avoué* und den *avocat* bis zum heutigen Stand darlegt. Aufgezeigt wird sodann

das beherzte Eintreten von Anwälten an der Saar für Freiheitsrechte im Vorfeld und während der bürgerlichen Revolution von 1848, die Teilnahme am Hambacher Fest und das Verlangen nach einer vom Obrigkeitsstaat nicht gegängelt, „freien Advokatur“, die dann mit der Rechtsanwaltsordnung von 1878 Wirklichkeit wurde. Der Autor zeigt auf, wie die Anwaltschaft über einen zunehmenden Nationalismus die mühsam erkämpften Errungenschaften wieder aufs Spiel setzt, was dann während der Nazidiktatur einen Höhepunkt erreicht. Herausgearbeitet wird auch die mangelnde Bereitschaft der Mehrheit der Anwälte, sich für Arbeiterschaft und Gewerkschaftsbewegung einzusetzen. Der Autor illustriert dies am Beispiel von Nikolaus Warken sowie des Bergarbeiterstreiks von 1892/93. Einzig ein Metzger Anwalt war bereit, sich mit „König“ Stumm und anderen Arbeitgebern anzulegen, was ihm dann den Ausschluß aus der Anwaltschaft brachte.

Der Autor macht im übrigen deutlich, wie unter der Völkerbundregierung von 1914-1933 ein guter Teil der saarländischen Rechtsanwälte sich für einen Wiederanschluß an das Deutsche Reich einsetzte. Erkennbar wird aber auch, daß es in dieser Zeit Angehörige des Berufsstandes gegeben hat, die in der Lage waren, frei von nationalistischen Scheuklappen differenzierend für die Interessen von Mandanten einzutreten. So standen die Anwälte Eduard Lehmann und Dr. Walter Sender in ihrer Tätigkeit der Völkerbundregierung zwar kritisch gegenüber, vergaßen dabei jedoch nicht ihre Überzeugung als Republikaner. Beide waren Mitglied der SPD. Sie traten in politischen Prozessen als Verteidiger

gegen Militarismus und Nationalismus auf und waren über das Saargebiet hinaus gefragte Strafverteidiger. So bemühte sich Georgy Dimitroff nach der gegen ihn erhobenen Anklage im Reichstagsbrandprozeß von 1933 darum, von den beiden Saarländern vertreten zu werden, was dann jedoch mit der fadenscheinigen Begründung, saarländische Anwälte könnten keine Vertretungen am Reichsgericht übernehmen, zurückgewiesen wurde.

Ein besonderer Verdienst Wettmann-Jungbluths ist die Darstellung der saarländischen Anwaltschaft und ihres Verhaltens im Abstimmungskampf 1933-1935, nach dem „Anschluß“ und dann nach 1945. Unter Nennung der Verantwortlichen zeigt der Autor auf, wie die jüdischen Rechtsanwälte, die 20 Prozent der saarländischen Anwaltschaft ausmachten, als lästige Konkurrenz stigmatisiert und systematisch ausgegrenzt wurden. Dabei zeigt der Verfasser auch, daß Angehörige des jüdischen Glaubens bereits vor 1933 auf Grund ihrer Diskriminierung nach einem Studium der Rechtswissenschaften im Grunde genommen nur die Möglichkeit hatten, Rechtsanwälte zu werden; der Zugang zur Verwaltung, zum Richteramt sowie zur Laufbahn des Staatsanwaltes blieb ihnen nahezu völlig verschlossen. Mit der Nennung der Namen der nach der Abstimmung von 1935 vertriebenen jüdischen Anwälte und der Schilderung ihrer Schicksale, setzt ihnen der Autor ein Denkmal, und zwar ganz im Sinne des Auftraggebers seiner Arbeit.

Der *Saarländische AnwaltVerein* hat es mit der Vergabe seines Auftrages auch ermöglicht aufzuzeigen, welchen Repressalien Rechtsanwälte ausgesetzt waren, die sich während der Nazidiktatur nicht bereit fanden, die mühsam erkämpfte „freie Advokatur“ ohne weiteres preiszugeben. Hier sind die Ausführungen Wettmann-Jungbluths allerdings in sich widersprüchlich. So stellt er einerseits dar, daß bereits die Übernahme von Mandaten von im „Dritten Reich“ mißliebigen Personen zu Verfolgungsmaßnahmen für die ihren beruflichen Auftrag ernstnehmenden Rechtsanwälte führte. Die in diesem Zusammenhang geschilderten Schicksale von Hans Folz und Dr. Erich Krämer belegen dies eindeutig. Andererseits gelangt der Autor in einem „Ausblick“ dann überraschenderweise zum Ergebnis, ein Rechtsanwalt habe im Falle der Übernahme eines politischen Mandates während der Nazizeit nicht mit schwerwiegenden Nachteilen rechnen müssen.

Im Zusammenhang mit dem Ausschluß der jüdischen Rechtsanwälte an der Saar ist die Schilderung zu lesen, wie diejenigen, die diesen Ausschluß betrieben haben, nach Ende der Naziherrschaft ihre Rehabilitierung erreichten und wie sie gleichzeitig die ins Saarland zurückgekehrten jüdischen Rechtsanwälte als „Remigranten“ verfeimten. Dr. Bernd Luxenburger weist in seinem Vorwort für den *Saarländischen AnwaltVerein* darauf hin, daß engagierte Verfechter der nationalsozialistischen Sache nach dem Krieg Mitglieder des Vorstandes der Rechtsanwaltskammer des Saarlandes werden konnten und daß sie mit der Verleihung des Titels eines Justizrates für „herausragende Leistungen für den Berufsstand“ bedacht wurden. Selbst die Mitgliedschaft in SS-Gerichten habe der Verleihung des Ehrenzeichens der Deutschen Anwaltschaft nicht entgegengestanden, wobei ähnliche Ehrungen den Opfern der Nazidiktatur meist versagt geblieben seien.

Es ehrt den *Saarländischen AnwaltVerein*, die Untersuchung Wettmann-Jungbluths in Auftrag gegeben zu haben. Mit ihr wird es den Anwälten unter den Lesern auch ermöglicht, das eigene Berufsbild als Verfechter der Freiheitsrechte des Bürgers zu reflektieren. Die Arbeit ermöglicht eine solche Auseinandersetzung insbesondere vor dem Hintergrund der Darstellung der nationalsozialistischen Rechtsauffassung, wonach es Aufgabe des Juristen und damit auch des Rechtsanwaltes gewesen war, als „Rechtswahrer“ der „Volksgemeinschaft“ zu dienen, wobei dann die Freiheitsrechte des Einzelnen hintan zu stehen hatten. Es handelt sich insoweit um eine Auseinandersetzung, die immer wieder aktuell wird, nicht zuletzt im Hinblick auf die Einschränkungen der Bürgerrechte in Folge des Anschlags vom 11. September 2001.

Mit dem Werk Wettmann-Jungbluths legen dieser und der *Saarländische AnwaltVerein* eine erste umfassende Geschichte der saarländischen Anwaltschaft vor. Die von Rainer Möhler verfaßte Fallstudie *Rechtsanwalt Dr. Heinrich Schneider: Trommler oder Mitläufer* vervollständigt das Bild und wirft Fragen hinsichtlich des Verhaltens des umstrittenen Rechtsanwalts und Politikers vor, während und nach dem „Dritten Reich“ auf. Dem mit zahlreichen Anmerkungen, einer umfangreichen Dokumentation sowie Kurzbiographien saarländischer Anwälte und Anwältinnen versehenen Werk sind viele Leser, Juristen und Nicht-Juristen, zu wünschen.

Bernhard Dahm

## Autorinnen und Autoren

**Jürgen Albers**, Dr., geb. 1951 in Saarbrücken, Studium Deutsch, Geschichte, Latein in Saarbrücken und Marburg, nach dem Studium Karate-Trainer, drei Jahre Gymnasiallehrer, Tätigkeit als Journalist, Tanz- und Gymnastiktrainer, in den 70er Jahren Mundart-Kabarettist; Veröffentlichung der LP *Es Saarland is e rischdisches Gärdsche*, zahlreiche Kabarett-Programme, z.B. *Bodykarma. Das erste deutsche Ganzkörperkabarett*, seit 1981 beim SAARLÄNDISCHEN RUND-FUNK angestellt, zunächst als Funkkolleg-Redakteur, heute zuständig für Sachbücher, veröffentlichte zuletzt *Der kleine Großmeister. Erleuchtete Satiren*.

**Georg Bense**, geb. in Köln, aufgewachsen in Stuttgart, seit 1963 Fernsehjournalist beim SAARLÄNDISCHEN RUND-FUNK, Autor, Regisseur und Kameramann zahlreicher Filme für ARD, ZDF und arte.

**Bernhard Dahm**, geb. 1953, Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Asyl- und Ausländerrecht.

**Ulrike Demske**, Prof. Dr., geb. 1961, seit 2002 Professorin für Sprachwissenschaft des Deutschen an der Universität des Saarlandes, davor Lehr- und Forschungstätigkeit an den Universitäten Stuttgart, Leipzig und Jena sowie der University of Massachusetts in Amherst und dem Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft in Berlin, Veröffentlichungen zur Morphologie und Syntax des Deutschen wie auch zur historischen Sprachwissenschaft.

**Manfred Engel**, Prof. Dr., geb. 1953, seit 2002 Professor für Neuere deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes, 1997-2002 Professor für Neuere deutsche und europäische Literatur an der FernUniversität Hagen.

**Andreas Fiehn**, Dr. med., geb. 1955, Studium der Medizin in Düsseldorf, ärztliche Tätigkeiten in Kiel, Essen, Berlin, München, Cleveland (USA), leitender Arzt Kardioanästhesie am Klinikum Kassel, derzeit Aufbaustudiengang MBA Gesundheitsmanagement/health management Fachhochschule Osnabrück.

**Wolfram Henn**, Prof. Dr., geb. 1961, Facharzt für Humangenetik mit Arbeitsschwerpunkt genetische Familienberatung, Professor für Humangenetik und Ethik in der Medizin an der Universität des Saarlandes, Mitglied der Kommission für Grundpositionen und ethische Fragen der Deutschen Gesellschaft für Humangenetik; Koordinator der Arbeitsgruppe „Reproduktionsmedizin und Embryonenschutz“ in der Akademie für Ethik und Medizin, Mitglied des Kuratoriums der Evangelischen Akademie der Pfalz.

**Hans Horch**, Dr., geb. 1949, Ausbildung als Deutschlehrer und Sozialwissenschaftler, in der außerschulischen Jugendbildung beschäftigt.

**Helga Hudler**, geb. 1955, Betriebswirtin, Geschäftsführerin in verschiedenen Gesundheits- und Sozial-einrichtungen, zur Zeit Leiterin des Gemeindeunfallversicherungsverbandes in Ostwestfalen-Lippe.

**Christel Kohls**, Dipl. Sozialarbeiterin, arbeitet beim SOS-Kinderdorf e.V., SOS Jugendhilfen Saarbrücken.

**Angela Mense**, geb. 1976, studiert Interkulturelle Kommunikation und Germanistik an der Universität des Saarlandes, Tätigkeit als freie Journalistin.

**Wolfgang Reuter**, geb. 1946, Betriebswirt, Dipl.-Verwaltungswirt, Geschäftsführer von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, zur Zeit Geschäftsführer „Kompetenzzentrum Management und Bildung“ (KMB), Osnabrück.

**Eckart Rolshoven**, Dr. med., Facharzt für Allgemeinmedizin in Püttlingen, Mitglied im Vorstand der Ärztekammer des Saarlandes.

**Dietmar Schmitz**, Dr., Studium der Politikwissenschaft und Germanistik u.a. in Wien, Bern und Berlin, tätig als Gymnasiallehrer, in der Privatwirtschaft, im saarländischen Umweltministerium, seit 1988 in der kommunalen Kultur- und Umweltverwaltung beschäftigt, journalistische Tätigkeit.

**Herbert Temmes**, geb. 1969, Studium der Geschichte und Germanistik, Geschäftsführer der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft IV Saarland e.V.

**Elisabeth Thalhoffer**, geb. 1976, Studium der Geschichte sowie der Neueren deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität des Saarlandes.

**Herbert Wender**, Dr., geb. 1949, Literaturwissenschaftler und Schriftsteller.

## **Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Land!**

Bevor Sparzwänge, Sparbeschlüsse, Sparwut oder andere Vergatterungen zu spärlicherer Förderung den Saarbrücker Heften den Garaus machen:

**Beteiligen Sie sich bitte an dem**

## **Überbrückungsfonds**

**mit dessen Hilfe wir das Überleben in schwieriger Zeit organisieren wollen.**

Nach Eingang Ihrer Spende bei uns (Verein Saarbrücker Hefte e.V., Kto.-Nr. 781 819 14, Sparkasse Saarbrücken, BLZ 590 501 01, Verwendungszweck: „Überbrückungsfonds“) erhalten Sie (ab 20 EUR Spende) eine Spendenquittung, die Sie dem Finanzamt vorlegen können. Der Verein Saarbrücker Hefte e.V. ist als gemeinnützig anerkannt.

### **Vorschau auf Heft Nr. 93:**

Welche Früchte tragen die Ganztagschulen im Saarland? Wie ist der Stand der Renovierung öffentlicher Plätze in Saarbrücken? Vielleicht letztmals beschäftigen wir uns mit dem Ex-Napoleon von der Saar. Mit dem vierten Teil schließen wir unseren monumentalen Rückblick zur Geschichte des Saarländischen Staatsorchesters ab. Auch die weiteren Abbrucharbeiten am Sozialstaat werden nochmals betrachtet. Der Abschied von Ophüls-Erneuerer Boris Penth soll angemessen gewürdigt werden. Und nicht zuletzt stellt sich die Frage: Zoo oder Opernhaus - worauf müssen wir verzichten?

Bevor es die **alten** Hefte der  
**neuen saarbrücker hefte** nicht mehr gibt ...  
... erwerben Sie noch **Anteile** an den  
schönsten Seiten des *Saarlandes*

Diese Saarbrücker Hefte können Sie noch bestellen.

**Veränderung der Stadtlandschaft**

Nr. 61/62, Dez. '89 / Das allererste der neuen Hefte,  
Doppelheft für nur EUR 3,50

**Saarlanditis**

Nr. 63, Juni '90 / Das ultimative Saarland-Brevier,  
nur EUR 3,50

**Industriekultur und Industriearchäologie**

Nr. 64, Nov. '90 / Das Heft zur Hütte, fast vergriffen,  
nur EUR 5,-

**Künstliche Intelligenz**

Nr. 65, Mai '91 / Das KI-Heft – lange vor dem Internet,  
nur EUR 3,50

**Mitten im Abseits**

Nr. 66, Dez. '91 / Das Armutsheft – lange vor der  
Globalisierung, nur EUR 3,50

**Die Vergangenheit bringt sich in Erinnerung**

Nr. 67, Juni '92 / Das Heft zum Gerz-Denkmal, nur EUR 3,50

**Das Gute Leben**

Nr. 68, Dez. '92 / Das Heft für Gutmenschen?, nur EUR 3,50

**Die Krise als Dauerbeschäftigung**

Nr. 69, Juni '93 / Das legendäre Heft zur  
Wirtschaftspolitik im Saarland, nur EUR 3,50

**Stadtkörper Saarbrücken**

Nr. 70, Dez. '93 / Das Stadtplanungs-Heft – lange vor der  
Saarbahn, nur EUR 3,50

**Politische Kultur?**

Nr. 71/72, Sept. '94 / Das Heft zur Gegendarstellung,  
Doppelheft für nur EUR 3,50

**Melange**

Nr. 73, März '95 / Kein Heft zum clash of civilizations,  
nur EUR 3,50

**Jugend**

Nr. 74, Sept. '95 / Das erste Heft der 89er-Generation,  
nur EUR 3,50

**Kunst und Chaos im Saarland**

Nr. 75, März '96 / Das Heft zum Kunst-Kartell, nur EUR 3,50

**Internet im Saarland**

Nr. 76, Sept. '96 / Das Heft für Einsteiger, nur EUR 3,50

**Stadt der Superlative: Völklingen**

Nr. 77, Frühjahr '97 / Das Heft zum Reiseland Saarland?,  
nur EUR 3,50

**Bildung: Ballast oder Bereicherung?**

Nr. 78, Herbst '97 / Das Heft zur Katastrophe?, nur EUR 3,50

**Zerbrochene Utopien – Verlorene Illusionen?**

Nr. 79/80, Herbst '98 / Das Heft zum Abschied von 68,  
Doppelheft für nur EUR 3,50

**Erinnern, Mahnen, Gedenken**

Nr. 81, Sommer '99 / Das Heft zur Wehrmachtausstellung,  
nur EUR 3,50

**10 von 1000 Jahren**

Nr. 82, Winter '99 / Kein Heft zum Millenium, nur EUR 3,50

**Nr. 83, Sommer 2000** / Die Hefte im neuen Gewand  
(mit Register Heft 61/62 – 82), EUR 7,41

**Nr. 84, Winter 2000** / Es geht voran, EUR 7,41

**Nr. 85, Sommer 2001** / Gute Zeiten, schlechte Zeiten,  
EUR 7,41

**Nr. 86, Winter 2001** / Früher war sowieso alles besser,  
EUR 7,41

**Nr. 87, Frühjahr 2002** / Schuld ist der Euro, EUR 7,80

**Nr. 88, Herbst 2002** / Kultur? Ach was!, EUR 7,80

**Nr. 89, Frühjahr 2003** / Kakophonie – das SR-Special,  
EUR 7,80

**Nr. 90, Herbst 2003** / Citoyens & Sponsoren, EUR 7,80

**Nr. 91, Frühjahr 2004** / Durchatmen, EUR 7,80

Die Preise verstehen sich zzgl. Porto, bei Abnahme von  
drei und mehr Exemplaren erfolgt Lieferung frei Haus.

Bestellungen an: Pfau-Verlag, Postfach 102314, 66023 Saarbrücken, Tel. 0681-4163394 / Fax -95 / e-mail: info@pfau-verlag.de  
Bei Bestellung von zwei und mehr Heften gibt es gratis ein Exemplar von Nr. 63: Saarlanditis. Erhältlich sind noch Restexemplare der Hefte Nr. 1–60, erschienen von 1955 bis 1988. Restlos vergriffen sind die Nummern 1–15, 18, 20, 22 und 24.